

Stenographisches Protokoll

2. Sitzung des Kärntner Landtages – 29. Gesetzgebungsperiode
Donnerstag, 22. April 2004

Inhalt

Nachruf auf Landtagsabgeordneten a.D. Rupert Schiffrer (S. 40)

Fragestunde (S. 40)

Erweiterung der Tagesordnung (S. 47)

Tagesordnung

1. Ldtgs.Zl. 12-1/29:

Regierungsprogramm von FPÖ und SPÖ für die 29. Gesetzgebungsperiode 2004 – 2009

Redner: Dr. Strutz (S. 47), Markut (S. 51), Mag. Grilc (S. 54), Gunzer (S. 56), Mag. Dr. Kaiser (S. 58), Holub (S. 61), Lutschounig (S. 62), Warmuth (S. 65), Arbeiter (S. 68), Mag. Lesjak (S. 70), Mag. Dr. Martinz (S. 71), Dr. Ambrozy (S. 73), Dr. Haider (S. 78)

2. Ldtgs.Zl. 81-2/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr zum selbstständigen Antrag des Ausschusses gem. § 17 Abs. 1 K-LTGO betreffend den Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Kärntner Landesholding-Gesetz geändert wird
./.. mit Gesetzentwurf

Berichterstatter: Gritsch (S. 86)

Redner: Dr. Strutz (S. 87), Tauschitz (S. 88), Willegger (S. 90)

Einstimmige Annahme in 2. und 3. Lesung (S. 91)

3. Ldtgs.Zl. 82-1/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für

Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr zum selbstständigen Antrag des Ausschusses gem. § 17 Abs. 1 K-LTGO betreffend ESG Wohnungsgesellschaft mbH Villach, Ausübung des Vorkaufsrechtes

Berichterstatter: Gritsch (S. 92)

Redner: Seiser (S. 92), Ing. Hueter (S. 93), Holub (S. 94), Dipl.-Ing. Gallo (S. 94), Mock (S. 96)

Mehrheitliche Annahme (FPÖ: ja; SPÖ: ja; ÖVP: nein; Grüne: nein) (S. 97)

4. Ldtgs.Zl. 13-2/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa zur Regierungsvorlage betreffend den Entwurf einer Verordnung, mit der die Referate auf die Mitglieder der Landesregierung aufgeteilt werden (Referatseinteilung)

Berichterstatter: Mag. Ragger (S. 98)

Einstimmige Annahme (S. 98)

5. Ldtgs.Zl. 83-2/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa zur Regierungsvorlage betreffend Grundversorgungsvereinbarung gem. Art. 15a B-VG
./.. mit Vereinbarung

Berichterstatter: Dipl.-Ing. Gallo (S. 98)

Einstimmige Annahme (S. 99)

Mitteilung des Einlaufes

Anträge von Abgeordneten (S. 99)

Beginn: Donnerstag, 22. 04. 2004, 9.00 Uhr

Ende: Donnerstag, 22. 4. 2004, 13.43 Uhr □ □

Beginn der Sitzung: 09.00 Uhr

V o r s i t z : Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag**, Zweiter Präsident **Ferlitsch**

A n w e s e n d : 36 Abgeordnete

M i t g l i e d e r d e s B u n d e s r a t e s :
Ing. Kampl, Molzbichler, Zellot

A m R e g i e r u n g s t i s c h : Landeshauptmann **Dr. Haider** (ab 9.39 Uhr), Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Pfeifenberger**, Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (ab 9.45 Uhr), Landesrat **Dörfler**, Landesrat **Ing. Rohr** (ab 11.25 Uhr)

S c h r i f t f ü h r e r : Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 2. Sitzung des Kärntner Landtages und begrüße Sie recht herzlich! Ich begrüße Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Pfeifenberger, Herrn Landesrat Dörfler und Herrn Landesrat Dr. Martinz! Ich begrüße die Mitarbeiter, die Beamten des Landes sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Es hat sich für die heutige Sitzung Herr Landesrat Ing. Rohr entschuldigt. Er ist bei einem unaufschieblichen Termin in

Spittal. Der Herr Landeshauptmann wird etwas später eintreffen. Wir werden die Sitzung zügig durchmachen und keine Mittagspause einlegen. Der Landtag ist beschlussfähig. Ich stelle fest, dass Geburtstage – die ich immer erwähne – derzeit keine anliegen.

Ich möchte den Damen und Herren des Hohen Hauses allerdings eine Mitteilung machen: Der langjährige Landtagsabgeordnete Kommerzialrat Rupert Schiffrer ist vor wenigen Wochen im 80. Lebensjahr verstorben. Er war zehn Jahre Abgeordneter in diesem Hause. Er war im Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus, Umwelt, Gemeinde, Bauwesen und Raumordnung tätig. Alle, die wir ihn gekannt haben, wissen, wie er gewirkt hat und mit welchem Engagement er seine Tätigkeit geleistet hat. Er war auch viele Jahre Gemeinderat der Stadt Klagenfurt, Vizepräsident der Wirtschaftskammer Kärnten, Bundeskammerrat der Wirtschaftskammer Österreich und hat auch hohe politische Funktionen innerhalb der FPÖ gehabt. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Meine Damen und Herren! Wir kommen nunmehr zum Beginn der Fragestunde unserer 2. Sitzung.

Fragestunde

Ich rufe die 1. Anfrage auf:

1. Ldtgs.Zl. 1/M/29: Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landesrat Ing. Rohr

Diese Anfrage kann nicht umgesetzt werden, weil Landesrat Ing. Rohr nicht anwesend ist. Ich frage den Fragesteller, wie er diese Anfrage beantwortet haben möchte. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Mündlich, in der nächsten Sitzung!*) Mündlich, in der nächsten Sitzung.

Ich komme daher zur 2. Anfrage:

2. Ldtgs.Zl. 2/M/29: Anfrage der Abgeordneten Mag. Lesjak an Landeshauptmann Dr. Haider

Infolge des Noch-nicht-Eintreffens des Herrn Landeshauptmannes kann ich diese Anfrage heute ebenfalls nicht aufrufen. Ich frage Sie, Frau Abgeordnete: Wollen Sie eine schriftliche Beantwortung haben oder eine mündliche Anfrage in der nächsten Sitzung stellen? (*Abg. Mag. Lesjak: Mündliche Beantwortung!*) Gut! Dann wird das in der nächsten Sitzung, wie auch bei der 1. Anfrage, entsprechend berücksichtigt und aufgerufen werden.

Ich komme nun zur 3. Anfrage:

Dipl.-Ing. Freunschlag**3. Ldtgs.Zl. 3/M/29:
Anfrage des Abgeordneten Holub an
Landesrat Dörfler**

Bitte, Herr Abgeordneter, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Wie aus den Medien zu entnehmen war, wurden im Zuge des Wahlkampfes Pannensachen verteilt. Ich hätte eben gerne den Herrn Landesrat Dörfler gefragt: Mit welchen Budgetmitteln haben Sie die konkret zu beziffernden Kosten der von Ihnen im Zuge des Kärntner Landtagswahlkampfes verteilten Pannensachen gedeckt?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter! Meinen Sie diese Pannensacke? (*zeigt eine Jacke vor*) – Dann kann ich Ihnen sagen, dass das ein Projekt der „Aktion Wintersicher“ war, gemeinsam mit der „Kleinen Zeitung“. Diese Jacken kosten pro Stück zirka 4,60 Euro und wurden aus dem Verkehrssicherheitsfonds gezahlt.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? – Herr Abgeordneter Schober, ich bitte, sie zu stellen! (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Die FPÖ ist zuerst dran!*) Entschuldigung! Die FPÖ ist zuerst dran. Wird eine Zusatzfrage gewünscht? – Bitte, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

(*Der Redner beginnt mit seinen Ausführungen ohne eingeschaltete Mikrofonanlage. – 3. Präs. Ing. Scheuch: Vielleicht brauchen wir zuerst einmal einen Ton! – Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ich beginne nochmals von vorne.*)

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Landesrat! In einer Kärntner Tageszeitung von vorgestern findet sich der Hinweis, dass die Gemeinde Althofen 200 dieser

Jacken für ihre Bürger angekauft hat und dass diese Westen ab sofort im Stadtamt, selbstverständlich kostenlos, abgeholt werden können. Meines Wissens ist in der Gemeinde Althofen im April kein Wahlkampf. Daher scheint das eine gute Sache zu sein.

Ich frage Sie daher: Welche Philosophie steckt hinter der Verteilung dieser Jacken?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Geschätzter Herr Abgeordneter! Ich darf noch einmal wiederholen, dass es sich hierbei um das Projekt „Wintersicher“ handelt. Das Hauptthema war mit unserem Medienpartner „Kleine Zeitung“ und mit dem Verkehrssicherheitsfonds auch das Thema „Sehen und gesehen werden“. Ich will als Verkehrsreferent nicht schwerste Unfälle kommentieren, sondern ich will sie verhindern. Das Projekt „Wintersicher“ wurde auch vom Österreichischen Verkehrssicherheitskuratorium bereits im ersten Jahr ausgezeichnet, weil das eben die unfallträchtigste Zeit des Jahres ist. Bereits am 4. November – ich zitierte da den Geschäftsführer des ARBÖs -: „Fußgänger sollten mit heller Kleidung, Taschenlampen, reflektierenden Materialien wie Armbinden dafür sorgen, dass sie gesehen werden.“ Mit drei Reflektoren ist man im Dunkeln schon auf 180 Meter Entfernung sichtbar, ohne Reflektoren erst ab 90 oder gar 60 Metern. Das heißt, dieses Projekt ist über einige Wochen gelaufen. Es war dann nicht möglich, entsprechende Jacken bereits im Dezember zu bekommen, weil durch die gesetzliche Einführung in Italien die Industrie nicht lieferfähig war. Wir konnten aber Gott sei Dank im Jänner die ersten Jacken bekommen. Es waren 10.000! Ich habe dann erreichen können - nachdem ich auch dem Vizekanzler und Verkehrsminister Gorbach vorgeschlagen habe, in Österreich über eine derartige gesetzliche Regelung nachzudenken (was derzeit in Ausarbeitung ist) -, dass auch aus dem Verkehrssicherheitsfonds des Bundes zusätzlich 10.000 Jacken für diese Aktion angekauft werden. Das heißt, es ist keine Wahlaktion. Verkehrssicherheit kann man ja sozusagen zu Wahlkampfzeiten nicht zum Thema machen, sondern es ist eine Sicherheitsaktion. Allein, dass die Kärntner sich massiv dafür interessiert haben und immer noch daran interessiert sind, hat gezeigt, dass diese Aktion

Dörfler

sehr stark angenommen wurde. Es freut uns natürlich auch, dass auch in Österreich, auf unsere Initiative hin, ein derartiges Gesetz, übrigens noch adaptiert, um das Thema „Fußgänger“ entwickelt wird. Ich glaube, das ist ein gutes Zeichen, wenn der Österreichische Verkehrssicherheitsfonds die Kärntner Sicherheitsaktion mit 10.000 Jacken zusätzlich unterstützt.

Wenn jetzt auch die Gemeinde Althofen und auch andere, wie zum Beispiel Autofahrerklubs, wie die „Kronenzeitung“, die Wiener Städtische Versicherung bei Versicherungsabschlüssen, derartige Jacken austeilte, dann ist das ein Zeichen, dass diese Aktion gut angenommen wurde und nationale Konzerne sich dieser anschließen. Ich meine, dass Kärnten hier wieder einmal gezeigt hat, dass wir im Thema „Verkehrssicherheit“ führend sind.

Wir haben übrigens auch im letzten Jahr die beste Unfallstatistik seit 36 Jahren. Es freut mich, dass es uns gemeinsam mit allen Einrichtungen, mit den Autofahrerklubs, mit der Exekutive, aber auch durch unsere Sicherheitsaktivitäten gelungen ist, die Todesrate in Kärnten drastisch zu senken. Das ist schon ein Erfolg! Ich sage: Jeder Tote, der passiert, ist sicher zu viel! Wir haben aber immerhin erzielt, dass es die beste Unfallsbilanz seit 36 Jahren gibt. Darauf sind wir stolz! Wir werden auch weiterhin dafür arbeiten. Dieses Thema „Sicherheit“ ist eines dazu, diese Bilanz weiter zu vertreten! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Für die nächste Zusatzfrage hat sich Herr Abgeordneter Schober gemeldet. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Schober** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf einmal festhalten, dass die Idee dieser Sicherheitsjacke sicherlich gut und der Verkehrssicherheit dienlich ist.

Meine Frage, Herr Landesrat: Wurden ausschließlich Jacken mit Aufschrift „Kärnten“ verteilt oder gibt es solche Jacken ohne Auf-

schrift oder eventuell mit anderen Aufschriften auch noch?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Ich habe diese Aktion sehr genau durchgeführt. Ich kann Ihnen so zu sagen auf Grund der Statistik zeigen, dass diese 20.000 Jacken ausschließlich bei dieser Sicherheitsaktion verteilt wurden, dass aber auch eine Partei in Kärnten, die des Landeshauptmannes, selbst Jacken angekauft und diese verteilt hat. Das ist aber eine Aktion der Partei. Das war eine gute Wahl „Sicherheit-PR-Aktion“, das sage ich dazu. Das hat aber nichts mit dieser Aktion zu tun, sondern es hat eine Partei auch das Recht, eine gute Idee einzusetzen, das ist so eine Sicherheits-Wahlwerbeidee. Das ist die beste Idee, die es für mich gibt, wie auch der ARBÖ, die Wiener Städtische Versicherung oder der Bürgermeister von Treibach-Althofen belegen.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hat noch jemand eine Zusatzfrage? – Bitte, Herr Abgeordneter Lutschounig, sie zu stellen!

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Geschätzter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Dass die Aktion in der Sache selbst gut war ist: Daran ist nicht zu rütteln.

Aber meine Frage: Wird auch nach dem Wahlkampf intensiv dieser Sicherheitskurs von Ihnen verfolgt bzw. werden die Jacken auch weiterhin verteilt werden?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Wir haben vor – das ist auch mit dem Bundesministerium bzw. mit dem Verkehrsminister besprochen –, dass wenn in Kärnten bzw. in Österreich dieses Gesetz eingeführt sein wird, wir noch einmal eine zweite Welle dieser Sicherheitsaktion durchführen werden. Das ist das Erste.

Dörfler

Das Zweite ist: Wir werden im Herbst einen Schwerpunkt setzen „Sicherer Schulweg“ und damit – das haben wir auch mit dem Verkehrssicherheitsfonds immer wieder diskutiert – sinnvoll eine derartige Aktion für Jugendliche, Schüler, Kindergartenkinder starten, weil wir auch da entsprechend Sicherheit brauchen. Ich zitiere noch einmal: „Die Sichtbarkeit ist wichtig!“ Wir haben zum Beispiel gerade im ländlichen Raum in den Wintermonaten viele Kinder und Jugendliche, die auf dem Weg zur Bushaltestelle bei düsterem Wetter nicht wirklich gut erkennbar sind. Deshalb ist die nächste Aktion mit Sicherheit für die Sicherheit, wenn ich das so formulieren kann, für die Jugendlichen und Kinder, vor allen am Schulweg. Wenn dann das Gesetz in Österreich eingeführt sein wird, werden wir uns auch bemühen, eine zweite Welle dieser Sicherheitsjacken durchzumachen. *(Beifall des Abg. Schwager)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens des Fragestellers noch eine Zusatzfrage gewünscht? – Dann bitte ich, sie zu stellen!

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Landesrat, eine letzte Frage: Können Sie mir sagen, aus welchen Mitteln (Landesmitteln oder Parteimiteln) die Jacken, die für die wahlwerbende Partei vom Landeshauptmann angekauft worden sind, berappt worden sind? *(Lärm und Heiterkeit im Hause)*

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Nachdem Sie neu im Landtag sind, würde ich Sie bitten, sich zu informieren, wo Sie konkret die Anfrage stellen sollten. Sie können mir als Verkehrsreferent eine Anfrage stellen. Sie können aber gerne unseren Landesparteiobmann Martin Strutz fragen. Er wird Ihnen alle Auskünfte, die Sie haben wollen, gerne übermitteln. *(Abg. Arbeiter: Das ist aber uncharmant gegenüber einem neuen Abgeordneten! – Lärm im Hause.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit, meine Damen und Herren, ist die 3. Anfrage erledigt. – Wir kommen zur 4. Anfrage:

**4. Ldtgs.Zl. 4/M/29:
Anfrage des Abgeordneten Schober
an Landesrat Dörfler**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Schober** (SPÖ):

Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren! Bereits mit Inbetriebnahme der A 2 im Bereich Klagenfurt und Völkermarkt hat es Diskussionen um den Rückbau der so genannten B 70 gegeben, weil es zum einen einfach im Sinne der Verkehrssicherheit und zum anderen als Schutz dienlich war. Schon damals wurden Initiativen eingeleitet, in Richtung Rückbau verkehrsberuhigende Maßnahmen zu setzen, wie zum Beispiel die Errichtung von Kreisverkehren. Das ist schon einige Jahre her.

Herr Landesrat, ich frage Sie: Wann ist mit der Errichtung eines Kreisverkehrs im Kreuzungsbereich der L 87, das ist die Poggersdorfer Landesstraße, und der B 70 Packer Straße im Bereiche von Dolina zu rechnen?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Herr Abgeordneter Schober, es ist bekannt, dass bereits im Jahre 1999 das Land Kärnten eine Planung für einen Rückbau der Packer Bundesstraße durchgeführt hat, das heißt von vier Spuren auf zwei Spuren. Im Rahmen dieser Projektierung wurde auch ein Kreisverkehr für diesen Bereich vorgeschlagen. Es hat sich aber seinerzeit massiv die Region, haben sich die einzelnen Gemeinden, aber vor allem der Gemeindebund gegen den Rückbau der Packer Bundesstraße ausgesprochen. Deshalb ist es nicht zum Rückbau und auch nie zu diesem Kreisverkehr gekommen.

Es hat heuer im Frühjahr eine neue Diskussion gegeben, durch eine gewisse Verkehrsverlagerung. Ich muss dazu festhalten, keine Transit-

Dörfler

verkehrsverlagerung, sondern auf der B 70 sind es zu fast 100 % Verkehre, die praktisch zwischen Klagenfurt und dem Bezirk Völkermarkt stattfinden bzw. wo Ziel- und Quellverkehre in den Bezirk Völkermarkt hinein oder vom Bezirk Völkermarkt weg gehen. Das heißt, das haben wir feststellen können, es geht also um die anderen Transitausweichrouten wie die B 100, zum Beispiel zwischen Spittal und Villach, wo die heimische Wirtschaft, die früher die Autobahn benutzt hat, jetzt durchaus auch auf die B 100 ausweicht.

Aber nun konkret zum Kreisverkehr und zur Problematik: Am 17. 2. 2004 habe ich eine Resolution der Gemeinde Poggersdorf erhalten, wo in dieser Resolution gefordert wird, die Querschnittsanpassung der B 70 auf Grundlage der Korridoruntersuchung, das heißt von vier auf zwei Spuren, gleichzeitig die Realisierung eines nördlich der B 70 verlaufenden landwirtschaftlichen Begleitrad- und -fußgängerweges, welcher nach Möglichkeit durch einen mindestens zwei Meter von der Straße getrennten Grünstreifen geführt werden soll - was natürlich aus meiner Sicht ein bisschen die Problematik der Verkehrsthemen aufzeigt, größtmögliche Unterstützung und finanzielle Hilfestellung des Landes bei der Errichtung der Zu- und Abfahrten der Gewerbe- und Wirtschaftsparks von Poggersdorf und Grafenstein. Das heißt, es ist einfach ein Zeichen: Wirtschaftspark heißt auch Verkehr.

Das Interessante ist dann, dass ich als Verkehrsreferent angeboten habe, auch auf Grund der Intervention der Bürgerinitiative, dass die B 70 rückgebaut werden soll, wie das seinerzeit das Land vorgeschlagen hat. Das beinhaltet natürlich dann auch diesen seinerzeit geplanten Kreisverkehr. Wir haben aber einige Wochen später, am 2. April, mit den Bürgermeistern der Region eine Besprechung bei mir im Büro gehabt, wo sich alle Bürgermeister derzeit gegen den Rückbau der Packer Bundesstraße aussprachen. Es sind der Bürgermeister von Völkermarkt, der Bürgermeister von St. Kanzian, der Bürgermeister von Eberndorf, der Bürgermeister von Poggersdorf eingeschränkt derzeit dagegen: „Wir werden es fünf Jahre beobachten.“ und somit vorläufig dagegen. Globasnitz: gegen Rückbau. Grafenstein: grundsätzlich gegen Rückbau. Das heißt, es haben sich auch wieder alle Gemeinden gegen den Rückbau ausgesprochen. Damit ist auch das Problem Kreisverkehr erledigt. Man

kann nicht eine vierspurige Straße mit einem zweispurigen Kreisverkehr befahren. Die Verkehrsexperten sagen uns, dass es nicht möglich ist, einen vierspurigen Kreis zu bauen.

Ich möchte aber auch noch darauf hindeuten, dass es für mich ein bisschen eine Kuriosität ist, dass die Gemeinde Poggersdorf am 17. 2. mir diese Resolution überreicht, gleichzeitig am 2. April der Herr Bürgermeister sagt, dass sämtliche Benutzer des Gewerbeparks sich gegen den Rückbau aussprechen. Ich frage dich, Herr Bürgermeister, Landesbeamter und Beteiligter der Firma Euroline, in welcher Funktion du sprichst: Einmal als Bürgermeister, scheinbar, wenn es um eine Resolution geht, und das zweite Mal als Beteiligter einer Spedition, wo es um Wirtschaftsinteressen geht. Ich würde mir nur wünschen, dass immer mit einer Sprache gesprochen wird. Als Verkehrsreferent habe ich Entscheidungen zu treffen, die nicht einmal so sind und einmal so. Ich nehme jedenfalls jetzt zur Kenntnis, dass es einstimmig von allen Gemeinden so ist, dass kein Rückbau gewünscht wird und dass damit auch der Kreisverkehr schwer bis nicht sinnvoll ist.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der Freiheitlichen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Seitens der ÖVP? – Das ist auch nicht der Fall. Dann hat der Anfrager noch eine Zusatzfrage, wenn er sie wünscht. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Schober** (SPÖ):

Herr Landesrat! Es gibt ein Grundsatzprotokoll von einer Besprechung 16. Oktober 2002. Ich darf einen Satz daraus zitieren: „Von Seiten des Straßenbauamtes Klagenfurt wird der Kreisverkehr bei der B 70 und der L 87 schon seit längerer Zeit an die Wirtschaftsabteilung gemeldet. Es erfolgte jedoch bis dato noch keine Dotierung, da es wichtigere Baulose gibt.“

Meine Frage: Scheitert es am Geld oder gibt es andere Gründe?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Ich bin als Verkehrsreferent versucht, mit den Gemeinden eine Einstimmigkeit für Projekte herbeizuführen. Wenn bei der letzten Besprechung, Anfang April, die Gemeinden sich, wie schon seinerzeit (1999, 2000), gegen den Rückbau aussprechen, dann hat der Kreisverkehr nichts mit Finanzierung zu tun, sondern dann hat er damit zu tun, dass die Gemeinden diesen Rückbau derzeit ablehnen. Das akzeptiere ich. Wenn von allen anwesenden Gemeinden die Bürgermeister derzeit gegen den Rückbau sind, dann hat es keinen Sinn, über den Kreisverkehr und auch nicht über die Mittel zu philosophieren. Ich habe zugesagt, auch dem Herrn Bürgermeister Marbek und allen anderen Bürgermeistern seiner Bürgerversammlung, dass ich für den Rückbau bin und dass ich auch für den Kreisverkehr bin. Wenn aber die Gemeinden eine andere Meinung haben, dann werde ich als Verkehrsreferent sicher nichts tun gegen die Gemeinden der Region. Ich gehe davon aus, dass die Gemeinden die Interessen ihrer Bürger, ihrer Region und ihrer Wirtschaft vertreten. Das heißt, das ist keine finanzielle Frage. *(Abg. Schober dankt.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hohes Haus! Damit ist die 4. Anfrage erledigt. – Wir kommen zur 5. Anfrage:

**5. Ldtgs.Zl. 5/M/29:
Anfrage des Abgeordneten Mag. Dr. Kaiser an Landesrat Mag. Dr. Martinz**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In genau acht Tagen steht die Europäische Union vor ihrer größten Erweiterung, von derzeit 15 auf somit dann 25 Mitglieder. Diese Tatsache wird dadurch unterstrichen, dass bereits jetzt die europäische Dimension in der Politik und somit

auch in der Landespolitik allgegenwärtig ist. Wir werden mit dieser Erweiterung auch durch die Nachbarregion Slowenien weitaus mehr als bisher auch mit europäischen Richtlinien, mit europäischen Politiken zu tun haben.

Es ist daher zu begrüßen, dass in der „Referatseinteilung der Kärntner Landesregierung“ die EU-Agenden gebündelt in einem Referat sind. Gleichzeitig erhebt sich damit aber auch die politische Frage, wie es dem zuständigen Referenten gelingen wird, diese Durchdringung mit europäischer Politik in alle Referate und Zuständigkeiten so zu bündeln, dass damit für das Land Kärnten die effektivste Politik heraus kommt.

Ich frage Sie daher, Herr Landesrat Dr. Martinz: In welcher Form planen Sie, die Ihnen per „Referatseinteilung“ zugewiesenen EU-Agenden referatsübergreifend zu koordinieren?

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Bevor ich Herrn Landesrat Dr. Martinz das Wort gebe, möchte ich darauf hinweisen, dass die Zeit zur Beantwortung mit fünf Minuten limitiert ist. Ich bitte, das auch zu beachten! Herr Landesrat, bitte, zu Ihrer ersten Anfragebeantwortung!

Landesrat Mag. **Dr. Martinz** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Gemäß der „Referatseinteilung“ vom 7. April und auf Grund des „Regierungsbeschlusses“ vom 31. März sind mir die EU-Agenden mit den Zuständigkeiten „Koordination in den Angelegenheiten der EU, Alpe-Adria-Geschäftsstelle und die Geschäftsstelle der EU-Programmkoordination“ übertragen worden.

In der 1. Regierungssitzung sind dazugekommen: die „Nominierungen für den Ausschuss der Regionen als stellvertretendes Mitglied, in den Vereinigungen der Regionen Europas Vertretung für Kärnten, in der Alpe-Adria-Region Vertretung Kärntens in der Vollversammlung und in der ArGe Europäischer Grenzregionen Kärntens.

In meinem Büro habe ich mit Herrn Dr. Platzer sowie Herrn Dr. Maier und Herrn Dr. Valentin und in der Abteilung 20 mit Herrn Dr. Rako-

Dr. Martinz

witsch die entsprechenden Experten, die schon bisher und auch in Zukunft den EU-Bereich abdecken werden. Die Vorfrage, die zu klären ist, ob die Koalition und ob wir ein EU-Referat haben wollen und, wenn ja, dann sind ja alle diese Maßnahmen und diese nötigen inhaltlichen Kompetenzen auch mit entsprechenden finanziellen Mitteln auszustatten.

Die referatsübergreifenden Aktivitäten in den Gremien und Institutionen werde ich entsprechend vertreten. Die Koordinierung wird über die Referate hinweg in den jeweiligen Fachabteilungen geschehen, über die Unterabteilung der Landesamtsdirektion in erster Linie, die in meinem Referatsbereich liegt. Das Verbindungsbüro Brüssel braucht die Informationen über Förderungen an die jeweiligen Fachabteilungen. Das ist ein sehr breit gestreutes Spektrum.

Über die Landesamtsdirektion gibt es ein quartalsmäßiges Update über den Stand der Förderungen. Sollte es bei Förderungen auf Brüsseler Ebene Probleme geben, stehe ich natürlich für Interventionen zur Verfügung, auch in Verbindung mit unseren Europa-Abgeordneten.

Spezifische Kärntner Themen sollen also auch im Rahmen von Veranstaltungen in Brüssel auf europäischer Ebene präsentiert werden. Über die EU-Programm-Geschäftsstelle, die eine sehr gut organisierte Geschäftsstelle ist, werden gemäß den Programmen INTERREG IIIa Österreich – Italien, INTERREG IIIa Österreich – Slowenien und LEADER PLUS festgelegte Prioritätsachsen ebenfalls referatsübergreifend mit allen Abteilungen gemeinsam und somit auch die Förderungen, die in diesen Projekten liegen, gemeinsam mit den Abteilungen abgewickelt werden – vorbehaltlich natürlich der Genehmigung der entsprechenden Gremien, wie Lenkungsausschüsse, die ja ebenfalls dafür eingerichtet sind.

Ein Schwerpunkt wird jedenfalls eine Sicherung der entsprechenden Strukturfondsmittel über die nächste Programmperiode hinaus ab 2007 sein, wo alle Kräfte eingebunden sind, auf Kärntner und natürlich auf nationaler Ebene. Ich persönlich kann mich also einbringen, auch mit den Verbindungen nach Wien.

Referatsübergreifend wird es EU-Informationsveranstaltungen, die Errichtung einer Servicestelle für die EU betreffend die Förderungen und die Angelegenheiten mit der Weiterleitung an

die zuständigen EU-Experten in die Fachabteilungen geben. Es ist dieses ganze Gebiet wirklich sehr verästelt und auf den ersten Blick undurchsichtig. Es benötigt hier einer guten und effizienten Zusammenfassung.

Europa ist Wirklichkeit, meine Damen und Herren! Wir haben 350 Millionen Einwohner ab 1. Mai; wir haben 25 Staaten, 250 Regionen und 100.000 Gemeinden in Europa. Sicherheit, Bahntransfer und freier Personenverkehr sind ein sicheres Konzept. Wir als ÖVP, als Europa-Partei, stehen hinter diesem Konzept für klare Kooperationen in Zusammenarbeit vor allem auch mit unseren südlichen Partnern Slowenien und Italien. Wir sind allerdings auch für klare politische Grenzen, haben aber sehr viel Mut für die Öffnung. Wir müssen einerseits Chancen suchen und entwickeln und auf der anderen Seite die EU-Normen, die Auflagen, die ja sehr vehement kommen, rechtzeitig erkennen, im Vorfeld erkennen, abfedern und durch entsprechende *(Vorsitzender: Sie haben noch eine halbe Minute Redezeit!)* Gesetze im Vorfeld versuchen zu lösen und für Kärnten schützend zu entwickeln. Ich lade alle ein, hier an diesem „Projekt Europa“ mitzuarbeiten! Besonders hat sich hier Dr. Kaiser als weit vorausdenkender Mensch bewiesen, in einem zukünftigen, auch jugendlich und dynamisch zu sehenden Kärnten, damit es dann nicht heißt: „Hallo Kärnten, wo bist du?“, sondern „Hallo Europa, hier sind wir!“ *(Vorsitzender: Punktgenau! – Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Das war eine punktgenaue Landung bei fünf Minuten. – Wird seitens der Freiheitlichen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Seitens der ÖVP? – Auch nicht. Dann hat der Anfrager noch eine Zusatzfrage. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Herr Landesrat, werden Sie den auf ursprünglichen Antrag der SPÖ zustande gekommenen, seit nunmehr drei Jahren nicht mehr einberufenen Entwicklungspoliti-

Mag. Dr. Kaiser

schen Beirat des Landes Kärnten, der während seiner Tätigkeit mehr als 30 Projekte mit ausgewiesenem Kärnten-Bezug in Südamerika, Afrika, Südosteuropa und Ozeanien (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo lacht.*) essenziell unterstützte, als nunmehr neuer Referent wieder einberufen?

Landesrat **Mag. Dr. Martinz** (ÖVP):

Ich freue mich darauf, in Zusammenarbeit mit dir dort, wenn wir auch kaum Dienstreisen in diese Gegenden machen werden. (*Heiterkeit im Hause*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Damit ist die Fragestunde beendet, da keine weitere Anfrage vorliegt. – Bevor ich zur Tagesordnung komme, möchte ich noch zur Erstellung der Tagesordnung eine Information geben. Es sind seit des Versendens der Einladung noch zwei Behandlungsgegenstände in den Ausschüssen erledigt worden. Die Obmännerkonferenz hat empfohlen, diese beiden Anträge auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu nehmen. Ich stelle daher den Antrag, diese beiden Behandlungsstücke als Tagesordnungspunkte 4 und 5 in die Tagesordnung aufzunehmen. Der Tagesordnungspunkt 4 mit der Ldtgs.Zl. 13-2/29 wäre der Bericht und

Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa zur Regierungsvorlage betreffend den Entwurf einer Verordnung, mit der die Referate auf die Mitglieder der Landesregierung aufgeteilt werden (Referatseinteilung). Der Tagesordnungspunkt 5 mit der Ldtgs.Zl. 83-2/29 wäre der Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa zur Regierungsvorlage betreffend Grundversorgungsvereinbarung gemäß Art. 15a B-VG ./.. mit Vereinbarung. Wer dieser Erweiterung zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen. Ich werde entsprechend vorgehen.

Ich darf dem Hohen Haus noch mitteilen, dass wegen der Bedeutung des Tagesordnungspunktes 1, der Diskussion über das Regierungsprogramm von FPÖ und SPÖ der 29. Periode von 2004 bis 2009, auf die Abhaltung einer Aktuellen Stunde von allen Fraktionen verzichtet wurde und wir dadurch den Tagesordnungspunkt 1 stärker in den Mittelpunkt stellen können.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 1 aufrufe, möchte ich darauf hinweisen, dass die Frist für das Einbringen von Dringlichkeitsanträgen in einer Stunde, das heißt um 10.29 Uhr, endet.

Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zur Tagesordnung.

Tagesordnung

1. Ldtgs.Zl. 12-1/29: Regierungsprogramm von FPÖ und SPÖ für die 29. Gesetzgebungsperiode 2004 – 2009

Als Erster hat sich Herr Klubobmann Dr. Strutz zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm dieses!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Geschätzte Regierungsmitglieder! Hoher Landtag! Der höchste Souverän in unserem politischen System - der Wähler -, die Kärntnerinnen und Kärntner,

haben am 7. März 2004 bei der Landtagswahl klare Worte gesprochen und haben festgelegt, in welchem Stärkeverhältnis die wahlwerbenden Gruppen, die politischen Parteien, in den nächsten fünf Jahren in der Kärntner Landesregierung, im Kärntner Landtag vertreten sein werden. Sie haben den Regierungsmitglieder, aber auch jedem einzelnen Abgeordneten hier im Hohen Haus einen klaren Arbeitsauftrag mitgegeben.

Die Zeit des Wahlkampfes, der in Kärnten ein sehr intensiver gewesen ist, der auch bereits im Vorfeld über Monate, ich würde sagen über Jahre geführt wurde, in dem die unterschiedlichen Positionen der einzelnen Parteien im Vordergrund gestanden sind, die Unterschiede, ist jetzt

Dr. Strutz

beendet. Wir haben nun jene Phase für das Land eröffnet und sind verpflichtet, diese auch umzusetzen, in der nicht die unterschiedlichen Positionen sondern in der die Gemeinsamkeiten, vor allem aber die Arbeit für das Land im Vordergrund stehen und die Arbeit für das Land auf der Grundlage des vom Wähler erteilten Auftrages zu erfolgen hat.

Ich bin überzeugt und für mich ist es klar, dass dieser Auftrag vom 7. März, den uns die Kärntnerinnen und Kärntner mitgegeben haben, ein sehr klarer gewesen ist. Der Ausgang der Landtagswahl, der Wille des Wählers waren es, die beiden großen Parteien FPÖ und SPÖ zu stärken und damit auch zu einer Zusammenarbeit zu veranlassen.

Die Arbeitskoalition, die zwischen FPÖ und den Sozialdemokraten geschlossen wurde, ist nicht den Strategien der Parteizentralen entsprungen, sondern es ist für mich die klare Umsetzung auch des Wählerwillens, der gesagt hat: „Die Freiheitlichen und Landeshauptmann Jörg Haider haben vom Wähler klar das Vertrauen als stimmenstärkste Partei zur Führung dieses Landes wieder ausgesprochen bekommen.“ Die Sozialdemokratische Partei ist auch klar gestärkt worden.

In der Folge wurden daher auch politische Gespräche aufgenommen, die für Kärnten aus meiner Sicht eine enorme Chance beinhalten und mit sich bringen. Die beiden großen Parteien, die rund 80 % der Wählerinnen und Wähler in Kärnten vertreten, haben sich zu einem Arbeitsprogramm zusammen gefunden, das letztendlich in der „Regierungserklärung“ gipfelt, die wir heute hier zur Kenntnis nehmen und wo ich glaube, dass diese Koalition der beiden großen Parteien plus der Grundkonsens, der in der 1. Sitzung des Landtages durch die Wortmeldung auch des Parteibannes der ÖVP für mich deutlich zum Tragen gekommen ist, eine neue Qualität der politischen Zusammenarbeit beinhaltet.

Ausdruck dieses Grundkonsenses ist einerseits die Ermöglichung der Wahl des Landeshauptmannes durch – mit Ausnahme der Grünen – alle hier im Landtag vertretenen Parteien, aber auch die Zusammenarbeit in der Landesregierung, wie sie in den ersten Tagen angelaufen ist. Sie enthält vor allem im Rahmen der „Regierungserklärung“ die Reformvorschläge der einzelnen Regierungsglieder.

Ich glaube, es ist entscheidend, auch hier zu betonen, dass dieses „Regierungsprogramm“, das jetzt für die Legislaturperiode der kommenden fünf Jahre vorliegt, schwerpunktmäßig aus den Vorhaben, aus den Ideen der einzelnen Regierungsgliedern erwachsen ist. Jeder Einzelne hat in seinem Zuständigkeitsbereich nicht nur die parteipolitischen Interessen vertreten, die im Rahmen der Wahlwerbung auch zu Tage getreten sind, sondern es haben aus seinem Zuständigkeitsbereich in der Landesregierung sich ja – mit Ausnahme der ÖVP – die handelnden Personen nicht geändert, sondern haben auf die Schwerpunkte in ihren Referaten und die Möglichkeiten der Lösung der Probleme der Zukunft Einfluss genommen. Natürlich wurden hier in den Verhandlungen, in den Gesprächen auch Kompromisse, positive Kompromisse im demokratischen Sinne gefunden, um das Land voranzutreiben. Ich glaube, das ist die Aufgabe der kommenden Jahre.

Das erarbeitete Regierungsprogramm zeigt letztendlich – und das ist das Positive für Kärnten! –, dass nach einer sehr schwierigen politischen Phase das Gemeinsame stärker war als das Trennende (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*), das uns in den letzten Jahren auch massiv begleitet hat. Die gemeinsame Verantwortung für das Land hat über parteipolitische Überlegungen letztendlich gesiegt. Jeder Einzelne – einzelne Persönlichkeiten mehr, die anderen weniger – ist über seinen persönlichen Schatten gesprungen.

FPÖ und SPÖ wagen erstmals in diesem Bundesland, in Kärnten, auch den Versuch einer engeren Zusammenarbeit auf Landesebene. Dieser „Modellfall Kärnten“, wie er auch in den öffentlichen Medien bereits kommentiert wurde, wird natürlich mit besonderem Interesse, nicht nur in den Medien sondern in ganz Österreich, beobachtet. Es wird an uns liegen, ob er vom Erfolg gekrönt sein wird. Aber die ersten Wochen der Zusammenarbeit zeigen, glaube ich, dass es funktionieren kann und dass vor allem das Land profitiert. Beispiel: Schlagzeile nach der 1. Regierungssitzung (*einen Zeitungsausschnitt herzeigend*): „Land baut mehr Wohnungen“. Das Land stellt zukünftig mehr finanzielle Mittel zur Verfügung. Wir haben durch das Zinsniveau die Chance, den Wohnungssuchenden in Kärnten, vor allem den sozial bedürftigen Familien, unter die Arme zu greifen und hier eines der brennendsten Probleme zu lösen, das

Dr. Strutz

vor allem in den städtischen Bereichen (in Klagenfurt, in Villach und in den Bezirksstädten) aufgetreten ist. So stelle ich mir auch die Arbeit und die Umsetzung dieses „Regierungsprogramms“ vor, (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) wo wir nämlich einzelne Punkte vereinbart haben und wo wir jetzt daran gehen, möglichst rasch positive Lösungen für die Kärntnerinnen und Kärntner herbeizuführen.

Nach Jahren des „freien Spiels der Kräfte“ in Kärnten, wie es so schön geheißen hat, was nicht wirklich die optimalen Rahmenbedingungen für die Kärntnerinnen und Kärntner sowie für die Wirtschaft mit sich gebracht hat, wo oft auch aus parteipolitischen Überlegungen von unseren Mitbewerbern die Frage „Wie kann ich etwas verhindern? Wie kann ich etwas blockieren?“ als Idee des politischen Mitbewerbers im Vordergrund gestanden ist, war es nicht nur der Wille der Kärntnerinnen und Kärntner, hier jetzt klare Verhältnisse zu schaffen, sondern es war auch für mich ein persönliches Anliegen, Gemeinsamkeiten zu suchen, um hier zu einer arbeitsfähigen und tragfähigen Koalition zu kommen, um diese Rahmenbedingungen zu verbessern. Ich glaube, es war auch die Verantwortung von allen, hier diese Brücken zueinander zu bauen. Und sie sind gebaut worden: im Interesse unserer Kärntner Heimat!

Kärnten braucht gemeinsame Anstrengungen, um weiter auf der Überholspur zu bleiben. Kärnten braucht diese gemeinsamen Anstrengungen, um die Pole-Position, die wir ja erringen wollen, auch abzusichern, gemeinsame Anstrengungen für mehr Beschäftigung, für mehr Einkommen, für mehr soziale Sicherheit, die auch schwerpunktmäßig in diesem Regierungsprogramm sehr ambitioniert festgeschrieben wurden. (*Um 09.39 Uhr trifft Regierungschef LH Dr. Jörg Haider im Plenum ein.*)

Es sind drei Schwerpunkte, aus meiner Sicht, die hier auch umgesetzt und verwirklicht werden. Zum einen ist es eine große Herausforderung auch für den Finanzreferenten und für den Kärntner Landtag, der ja die Budgethoheit hat, dass wir weiterhin durch neue Strategien, durch gezielte Maßnahmen dafür sorgen, dass die finanziellen Spielräume des Landes sich weiterhin in einem Rahmen bewegen, in dem wir finanzielle Mittel für wichtige soziale und wirtschaftspolitische Maßnahmen auch freischaufeln. Des-

halb hat dieses Regierungsübereinkommen nicht nur strategische Überlegungen, wie wir auf der Ausgabenseite das eine oder andere für die Kärntnerinnen und Kärntner gestalten wollen, sondern wir haben uns in der Arbeitskoalition auch Gedanken darüber gemacht, wie wir einmenseitig die Situation Kärntens finanziell langfristig verbessern können. Es ist die Aufgabe der Freiheitlichen und der Sozialdemokraten, in den kommenden Wochen ein Budget beschlussreif dem Kärntner Landtag vorzulegen, in dem wir auch bereits für die nächsten fünf Jahre – wir sind ja gesetzlich dazu verpflichtet – diese Finanzsituation, diesen Finanzfahrplan dem Landtag klar vorlegen. Ich glaube, es sollte so sein, dass wir den Kurs, den Finanzreferent Pfeifenberger in der Vergangenheit sehr erfolgreich vorgegeben hat (nämlich Schulden abzubauen und durch neue Strategien wirtschaftliche Spielräume zu bekommen), weiterhin fortführen.

In der Vergangenheit war es der Verkauf der Beteiligung von einzelnen Unternehmen, der ja strategisch erfolgt ist und, wie wir im Bereich der Hypo Adria Bank, im Bereich der KELAG gesehen haben, von außerordentlichem Erfolg gekrönt gewesen ist. Es war strategisch richtig, in der Vergangenheit die Wohnbauförderungen zu veranlassen und mit diesen Mitteln wichtige sozialpolitische und wirtschaftspolitische Maßnahmen zu setzen. Das wollen wir auch in dieser Legislaturperiode schaffen.

Wenn der Herr Landeshauptmann darüber nachgedacht hat, eine „Kärnten-Anleihe“ aufzulegen, dann sind das diese Überlegungen, wo wir einmenseitig wieder etwas bewegen wollen. Wenn wir darüber nachdenken wollen, wie wir auch die Immobilien des Landes zukünftig besser managen wollen, damit wir finanzielle Spielräume bekommen, dann schaffen wir einmenseitig einen Schwerpunkt, damit wir auch ausgabenseitig – vor allem für die sozial bedürftigen Menschen in Kärnten! – etwas zu Stande bringen wollen.

Es gibt ein Zitat von Dante Alighieri, zu dem ich mich bekenne und das eigentlich zur Maxime auch der Zusammenarbeit der kommenden fünf Jahre werden sollte: „Der eine wartet, dass die Zeit sich wandelt – der andere packt sie kräftig an und handelt.“ Ich glaube, das ist der Auftrag für diesen Hohen Landtag, für die Mitglieder der Landesregierung: anzupacken und dieses ambi-

Dr. Strutz

tionierte „Regierungsprogramm“ Schritt für Schritt auch umzusetzen. In unserem Bundesland Kärnten leben gut ausgebildete, fleißige und leistungsbereite Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir haben so viele kreative Unternehmen und Unternehmerinnen. Wir haben erfolgreiche und ambitionierte junge Menschen und haben deshalb alle Chancen, die Herausforderungen – die auch mit einer erweiterten Europäischen Union, die mit einer wirtschaftlich instabilen Weltlage auf uns zukommen – tatsächlich zu bewältigen. Wir müssen Arbeit schaffen, die Zukunft unserer Kinder sichern, für Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft sorgen! Das ist der klare Auftrag. Bildung, Ausbildung und Qualifizierung sind, aus meiner Sicht, der Schlüssel auch für unsere Wirtschaft, für die Wirtschaftskraft und für die Zukunftschancen für die Menschen in unserem Bundesland: in einer neuen und härter werdenden Informations- und Wissensgesellschaft. Deshalb haben wir auch den Ausbildungsbereich zu einem Schwerpunkt in diesem Regierungsprogramm gemacht. Wir müssen eintreten für eine gerechtere Gesellschaft.

Deshalb ist der Sozialbereich mit ein großes Kapitel in diesem „Regierungsprogramm“. Die einzelnen Beiträge, die heute ja auch von den Abgeordneten in diesem Bereich geliefert werden, werden das verdeutlichen, weil wir auch hier mit neuen Formen in die künftigen fünf Jahre gehen wollen; mit neuen Rahmenbedingungen. Wenn wir gesagt haben: Dadurch, dass die Mittel des Kindergeldes auf Grund, dass der „Modellfall Kärnten“ österreichweit als Vorbild gesehen und umgesetzt wurde und die finanzielle Unterstützung jetzt von Bundeseite kommt, haben wir einen finanziellen Spielraum. Und den wollen wir nutzen! Den wollen wir nutzen, indem wir einen Familienfonds schaffen und installieren, wo wir die Ideen, die von Seiten der Sozialdemokraten, von Seiten der Freiheitlichen im Vorfeld der Landtagswahl in die politische Debatte eingeflossen sind, sei es die „Mütterpension“, sei es eine „Grundsicherung“ von Seiten der Sozialdemokraten, gemeinsam umsetzen wollen.

Wir haben aber auch die Chance, Kärnten als südlichstes und modernstes Bundesland zu einem echten Innovationsland zu machen. Kärnten soll Motor für Fortschritt und Vorbild für erfolgreichen, sozial gerechten Wandel, an dem alle

teilhaben können, an dem alle Kärntnerinnen und Kärntner teilhaben sollen, werden. Zusammen mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Unternehmern, den Handwerkern sowie der Land- und auch der Forstwirtschaft, wollen wir unserem Land einen Spitzenplatz im Wettbewerb der Europäischen Union sichern. Denn dort findet in Wirklichkeit der Wettbewerb statt, nicht so sehr mehr unter den Bundesländern - das ist die Aufgabe, die wir zukünftig gemeinsam in Wien zu vertreten haben werden -, sondern einen Spitzenplatz im Wettbewerb der Europäischen Regionen, den wollen wir Kärnten sichern. (2. LHStv. Dr. Ambrozy trifft um 09.45 Uhr im Plenum ein.)

Bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen, das bleibt die wichtigste landespolitische Zukunftsaufgabe. Nachdem wir in Kärnten ein industrieschwaches Bundesland sind, kann dies nur gelingen, wenn wir in die Qualifizierung der jungen Menschen, in die Ausbildung der Menschen, auch investieren und Innovationen in Forschung und Technik entschlossen fördern. Das ist ein weiterer Schwerpunkt dieses „Regierungsprogramms“.

Ich möchte aber auch festhalten, dass gerade die Arbeitskoalition zwischen Freiheitlichen und Sozialdemokraten so etwas wie auch die Umsetzung eines Bündnisses für Arbeit, für Innovation und Qualifizierung beinhaltet. Warum? – Weil auch die Freiheitlichen – und hier spreche ich als Parteiohmann der stimmenstärksten Partei – immer auch in der Vergangenheit, und es war insbesondere der Landeshauptmann, einen Konsens auch zu Gewerkschaften, zu Arbeitnehmervertretungen gesucht haben. Dies deshalb, weil wir davon überzeugt gewesen sind. Sie wissen es: Wir haben in der Vergangenheit viele Probleme, wir haben viele Punkte auch mit Unterstützung der Sozialpartner umgesetzt, weil wir wissen, dass es nur gemeinsam geht, Politik, Arbeitnehmer und auch die Interessenvertretungen, sodass wir sozusagen dieses „Bündnis für Arbeit“ in Kärnten gemeinsam schaffen werden.

Moderne Wirtschaftspolitik erfolgt im Dialog und in der Zusammenarbeit. Wir setzen auf diese Kooperation. Wir setzen auf Kooperation anstatt Konfrontation, wie sie in den letzten fünf Jahren stattgefunden hat. Die Landesregierung wird gemeinsam mit den Interessenvertretungen, mit den Gewerkschaften, mit den Arbeitgebern im

Dr. Strutz

Land, dieses Bündnis für die Arbeit, für Innovation und für Qualifizierung, wie wir es uns vorgenommen haben, was auch der Inhalt dieses Regierungsprogrammes ist, schließen und weiter ausbauen. Im Mittelpunkt dieses Bündnisses muss die Schaffung neuer und die Sicherung vorhandener Arbeitsplätze stehen. Die Weichen dafür sind in diesem Regierungsprogramm gestellt.

Die Präambel beinhaltet aus meiner Sicht wirklich alle Punkte, um die es geht. Kärnten befindet sich in einer Zeit großer Herausforderungen. Die Belebung der Wirtschaft, mit dem Ziel des Erhalts und der Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen und der Absicherung des Wirtschaftsstandortes im internationalen Wettbewerb, die weitere Konsolidierung des öffentlichen Haushaltes, die Reform des Gesundheits- und des Sozialbereiches, die in ihrer in Kärnten außerordentlichen hohen Qualität erhalten und gesichert werden muss, ist ein klarer Arbeitsauftrag, den uns die Wählerinnen und Wähler am 7. März gegeben haben. Es wird an uns liegen, dieses ambitionierte Programm auch umzusetzen.

Wir von Seiten der Freiheitlichen Partei sind dazu mit unserem Landeshauptmann, mit dem Landeshauptmann-Stellvertreter, mit unserem Landesrat und mit allen freiheitlichen Abgeordneten im Kärntner Landtag bereit! *(Beifall der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Bevor ich dem nächsten Redner, Herrn Klubobmann Markut, das Wort erteile, möchte ich die inzwischen hier Eintreffenen, Herrn Landeshauptmann Dr. Haider und Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ambrozy, sehr herzlich begrüßen! – Ich erteile Herrn Klubobmann Markut das Wort!

Abgeordneter **Markut** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Werte Regierungsmitglieder! Geschätzte Damen und Herren! „Kärnten im Wettbewerb der Regionen, Kärnten im Wettbewerb für Investitionen

und Arbeitsplätze zukunftsweisend zu positionieren und damit die Chancen unserer zukünftigen Generationen zu nutzen“, das war der Leitsatz der Sozialdemokraten, mit dem wir in diese Wahlauseinandersetzung gegangen sind und mit dem wir auch hier die neue Gesetzgebungsperiode antreten.

Wir wurden mit diesem Programm und mit diesem Leitsatz von den Wählerinnen und Wählern am 7. März mit einem Plus von über 17.000 Stimmen gestärkt. Dieses Mehr an Vertrauen verstehen wir als einen klaren Auftrag zur Arbeit, zur Zusammenarbeit mit allen Kräften im Kärntner Landtag und zu einer gedeihlichen Arbeit für unser Land Kärnten. Und so haben wir uns entschlossen, mit der stimmenstärksten Partei gemeinsam im Kärntner Landtag ein Arbeitsübereinkommen zu treffen. Dieses Arbeitsübereinkommen ist die Basis für dieses Regierungsprogramm, das uns heute vorliegt.

Es ist in der Wirtschaft durchaus üblich, für große Herausforderungen, für große Projekte und Vorhaben so genannte Arbeitsgemeinschaften zu gründen. So sehen auch wir dieses Vorhaben Kärnten als eine Arbeitsgemeinschaft für Kärnten und für die Menschen in diesem Land!

Es ist das klare Ziel der Sozialdemokraten, für die Menschen in unserem Land zu arbeiten. Und so glaube ich, müssen wir, um dieses Ziel zu erreichen, entsprechende Maßnahmen setzen: in der Politik insgesamt, aber auch die Schwerpunkte, die sozialdemokratischen Schwerpunkte in diesem Regierungsprogramm festschreiben und herausarbeiten. Aus unserer Sicht ist das wichtigste Ziel soziale Sicherheit, Arbeit für alle und natürlich Wohlstand zu gründen. Damit stehen für uns die Sicherung der Arbeitsplätze und der Ausbau neuer wirtschaftlicher Möglichkeiten an erster Stelle. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Die Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind in diesem „Arbeitsübereinkommen“ festgeschrieben. Insbesondere werden wir die Einkommenssituation der Bevölkerung verbessern und den Zukunftsthemen im Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Technologiebereich besonderes Augenmerk schenken müssen. Mehr Geld für jene, die ein soziales Netz und die Solidarität der Gesellschaft brauchen! Darüber hinaus muss aber auch das neue, richtungweisende Modell der so

Markut

genannten und heute schon angesprochenen „Kärntner Lebenssicherung“ durch Ausweitungen im Bereich der Allgemeinen Sozialhilfe für alle jene, die sie brauchen, umgesetzt werden! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Wir haben aber auch darauf zu achten, geschätzte Damen und Herren, dass der Rückgang der Bevölkerungsentwicklung in unserem Land gebremst wird. So müssen wir dem Maßnahmen entgegen setzen, um einerseits ein konkretes Angebot für die Kinderbetreuung und andererseits flexiblere Arbeitsplätze und Arbeitszeiten zu ermöglichen. Familie und Arbeit müssen besser vereint werden können! – Sie sind wichtige Parameter, aus unserer Sicht, und Voraussetzungen, um Arbeit zu ermöglichen und die Wirtschaft anzukurbeln. Um die Wirtschaft anzukurbeln, bedarf es kurzfristig einiger Sofortmaßnahmen; mittelfristig und langfristig gesicherter, strukturierter Modelle, dass die öffentliche Hand in diesem Bereich – hier meine ich alle Institutionen der öffentlichen Hand (den Bund, das Land und die Gemeinden) - Investitionen tätigen können, in Form kurzfristig umsetzbarer und erforderlicher Bauvorhaben wie etwa dem Bau eines neuen Regierungszentrums wie auch etwa dem Einsatz von erhöhten Finanzmitteln für den Wohnbau auf kommunaler Ebene und auf privater Ebene, wobei diese Investitionen aus unserer Sicht natürlich auf das ganze Land gleich verteilt werden müssen. Es ist eine hohe Aufgabe der Politik, die Kaufkraft im Lande gerecht auf alle Regionen zu verteilen: im Zentralraum genauso wie in den ländlichen Bereichen.

Die „Stärkung des ländlichen Raumes“ darf nicht weiter ein Schlagwort bleiben, sondern muss gestützt und gelebt werden. Nahversorgerstrukturen sind erforderlich und aufrecht zu erhalten. Gezielte Maßnahmen der Raumplanung müssen hier Platz greifen. Im ländlichen Raum muss zusätzlich auch noch die neue Form der betrieblichen Zusammenarbeit von Handel, Dienstleistungsunternehmen und öffentlichen Einrichtungen gewährleistet sein.

Es wird wichtig sein, den Ausbau von Telekommunikationseinrichtungen zu verstärken. Das ist wichtig für die Wirtschaft, für die Technologie, heute auch für die Kultur, für die Bildung, weit hinein in den Bereich unserer Landeskrankenanstalten, der Gesundheit sowie im Bereich des Sozialen. Der Ausbau der Infra-

struktur in den Bezirken wie im Straßenbau, größere Gewerbeparks, gemeindeübergreifende Kooperationen mit entsprechenden kommunalen Steuerausgleichen müssen wir hier ebenfalls unterstützen, um so die Wirtschaft kurzfristig ankurbeln zu können und mittelfristig abzusichern.

Im Bereich des Wirtschaftsförderungsfonds, das ist festgeschrieben in diesem Programm, sind den Kärntner Betrieben nach Auslaufen der Förderkulissen im Jahr 2006 anstatt Zuschüssen wie bisher mehr und verstärkt Haftungsübernahmen und Eigenkapitalgarantien sicherzustellen. Die Wirtschaft wird das gerne aufnehmen. Wenn wir sie in Kärnten als Partner gewinnen, sind wir sicher, dass wir dieses vorrangige Ziel, Arbeit zu schaffen und dadurch Ausbildungsmöglichkeiten für unsere jungen Menschen zu gewährleisten, hier sicher erreichen.

In den Regionen und in den Gemeinden muss verstärkter Einsatz gewährleistet sein, um in den Regionen in Kärnten, in Österreich und darüber hinaus, wenn Kärnten immer mehr in den Mittelpunkt Europas rückt, auch europäische Dimensionen verwirklichen zu können. Hier ersuchen wir, Sonderbedarfszuweisungen als wichtiges Steuerungsinstrument für regionalpolitische Entwicklungsprozesse einzusetzen. Sie müssen budgetiert werden, und sie müssen in Formen aufgebracht und zur Verfügung gestellt werden, dass die Wirtschaft in den Regionen, die Gemeinden und die anderen Gebietskörperschaften, gemeinsam große Zukunftsprojekte auch bewältigen können. Alle Planungen und Strategien sollen insbesondere auch auf die demographische Entwicklung unserer Bevölkerung Rücksicht nehmen, denn die Bevölkerungsentwicklung ist für viele Bereiche Grundlage für entsprechenden Ausgleich zwischen Land und Gemeinden, für gemeinsame Vorhaben und in weiterer Folge auch für Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen und Pflegeeinrichtungen.

Es wird nicht darum gehen und anders wird es auch kaum möglich sein, um eine intelligente Finanzpolitik zu entwickeln, im Rahmen einer moderaten Neuverschuldung, wie es festgeschrieben ist, ein mittelfristiges Budgetprogramm zu erstellen. Denn Verlässlichkeit ist ein wichtiger Parameter in der Politik. Vertrauen setzen in die Maßnahmen der Politik: Dies fordert die Wirtschaft ständig von uns!

Markut

Den Aufholprozess in den kommenden fünf Jahren fortzusetzen, wird genauso wichtig sein, wie Kärnten mit seiner hohen Lebensqualität insgesamt durch ein intelligentes Vermögensmanagement, um neue Einnahmensquellen für das Land Kärnten auf diesem Sektor zu entwickeln. Es wird also eine strategische Entwicklung des Zukunftsstandortes und des Raumes Kärntens sein. Die strategische Entwicklung des Zukunftsstandortes Kärnten kann aus unserer Sicht eine aktive Vermarktung dieses Wirtschaftsstandortes sein sowie in einer langfristigen innovativen und zukunftsorientierten Ausrichtung vorangetrieben werden. Vom Wirtschaftsstandort zum Zukunftsstandort: Das, glaube ich, ist auch ein wichtiger Faktor, acht Tage vor der Erweiterung der EU in Richtung unserer südlichen Nachbarn.

Hier müssen wir aber auch darauf hinweisen, dass der Überblick nicht verloren gehen darf. Hier sind wir sozialdemokratische Abgeordnete aufgefordert, Fehler der vergangenen fünf Jahre nicht wieder entstehen zu lassen. Denn es ist nachhaltige Politik gefordert, mehr Verlässlichkeit in der Politik und mehr Kontinuität. Das haben wir auch von führenden Wirtschaftsunternehmen am vergangenen Montag beim „Konjunkturforum Kärnten“ gehört. Unternehmer, Investoren und Konsumenten brauchen Vertrauen, um entsprechend handeln zu können. Wir Sozialdemokraten werden der Partner sein, der Verlässlichkeit garantiert, der mit Wachsamkeit darauf achten wird, dass das immer knapper werdende Geld der Steuerzahler richtig und sinnvoll eingesetzt wird und dass Kontinuität gewährleistet ist.

Nachhaltigkeit in der Wirtschaftspolitik an Stelle tagespolitischer Effekthascherei! Zusammenarbeit mit den Gebietskörperschaften, vor allem mit den Gemeinden als verlässliche Partner an Stelle von Schuldzuweisungen! Die Gemeinden, die Städte und der ländliche Raum insgesamt werden für ein lebenswertes Kärnten stehen, denn draußen in diesen Bereichen müssen Arbeitsplätze geschaffen werden, um die Abwanderung in diesem Raum stoppen zu können. Städte und Gemeinden zu stärken, ist auch deshalb ein Gebot der Stunde, weil sie der Ort der unmittelbaren Teilnahme der Menschen am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Geschehen sind. Darin werden uns die Städte und die Gemeinden sicherlich unterstützen. Um

diesen Aufgabenbereich bewältigen zu können, muss gewährleistet sein, dass die Gemeindeautonomie sicher gestellt, gefestigt werden kann sowie durch einen ausgabenorientierten Finanzausgleich, unter Einhaltung der Regeln des Konsultationsmechanismus und anderer Beachtungen des Stabilitätspaktes, auch die finanzielle Basis für die Kärntner Gemeinden weiterhin aufrecht bleiben muss.

Ausgaben und Einnahmen zwischen Land und Gemeinden müssen im Einklang stehen. Die Infrastruktur auszubauen, regionale Identität zu stärken, sind ebenfalls wichtige Vorhaben für die Zukunft. So werden wir für eine Flexibilisierung der Rahmenbedingungen für örtliche Entwicklungskonzepte in den Regionen, in den Gemeinden eintreten, um so eine wirtschaftliche Entwicklung dieser Räume verlässlich abzusichern und zu gewährleisten.

Dies alles, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wird aber vertrauenssichernder Maßnahmen bedürfen: nicht nur der Kontinuität in der Wirtschaftspolitik, nicht nur der Verlässlichkeit draußen, sondern vor allem auch der Effizienz in der Landtagsarbeit, denn manchmal ist weniger eben mehr. Das kann sich in Form bei Wortmeldungen genauso beziehen wie beim Einbringen von Anträgen, die manchmal um des Antrags willen eingebracht wurden.

„Lean-Management“ ist heute ein eingeführter und durchaus gerechtfertigter Begriff und Parameter in der Wirtschaft geworden. Er ist erfolgreich umgesetzt. So, glaube ich, sollte auch im Sinne von Lean-Management Umsetzen statt Schwätzen im Vordergrund stehen, strukturierte Abläufe zu schaffen einerseits, andererseits in gewissen Bereichen unseres Landes hier die Flexibilität nicht außer Acht zu lassen. „Lean-Management“ ist heute kein Schlagwort mehr, sondern ein Gebot der Stunde im Wirtschaftsleben und das auch in bereits vorhandenen Institutionen.

Ich glaube, es steht uns insgesamt eine spannende Zeit bevor. Die große Herausforderung im Rahmen dieser Arbeitsgemeinschaft für Kärnten durch eine Politik von den beiden mit dem größten Vertrauen ausgestatteten Parteien in diesem Haus, unter Einbindung aller im Landtag vertretenen politischen Gruppierungen, glaube ich, wird es uns ermöglichen, diese Vorhaben, diese Aufgabenbereiche und diese Erwartungshaltun-

Markut

gen der Menschen draußen zu erfüllen. Gegenseitiges Vertrauen ist unbedingt erforderlich, das wir uns sicherlich auch noch erarbeiten und sichern müssen. Gemeinsames Vorgehen in allen Bereichen, gegenseitige Rücksichtnahme und der klare politische Wille für die Menschen in diesem schönen Land Kärnten werden die Voraussetzungen für eine gute Zukunft schaffen. Wir Sozialdemokraten sind bereit dazu! Deshalb ein kräftiges Glückauf der „ARGE Kärnten“! *(Beifall von der SPÖ-, der FPÖ- und der ÖVP-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Als Nächster hat sich Herr Klubobmann Abgeordneter Mag. Grilc zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Noch bevor uns das „Regierungsübereinkommen“ schriftlich vorlag, hat ja der Herr Landeshauptmann in der 1. Sitzung eine sehr ausführliche Erklärung abgegeben; mit Verlaub gesagt: in einer sehr langen Rede; wie mir überhaupt auffällt, je länger er im Amt ist, desto länger werden seine Reden. Aber das nur nebenher gesagt.

Ein erster Blick auf das Arbeitsübereinkommen zeigt folgenden Eindruck: Es ist in einigen Kapiteln eher improvisiert, und einige sind sehr ausführlich ausformuliert. Politisch zugeordnet könnte man vielleicht sagen: die freiheitlichen Referatsbereiche eher schlagwortförmig, die sozialdemokratischen sehr ausführlich – was aber nicht heißt, dass das insgesamt eher einen inhomogenen Eindruck erweckt und offenbar der kleinste gemeinsame Nenner der beiden Fraktionen ist. Ob das kompatibel sein wird, das wird sich weisen. Widersprüchlich ist es allemal.

Einen wesentlichen Widerspruch darf ich Ihnen gleich einmal aufzeigen. Sie haben in diesem Übereinkommen ein klares Bekenntnis zur „Idee Alpe-Adria“ drinnen. Das ist ja positiv, wird von uns natürlich mitunterstützt. Sie haben drinnen die Absichtserklärung, in einer EUREGIO zu-

sammenzuarbeiten, mit Friaul, Julisch-Venetien, mit dem Veneto, mit Slowenien, mit der Steiermark, mit Kroatien. Ein positiver Ansatz. - Aber auf derselben Seite steht drinnen, Sie wollen die Kärntner Grenze durch Bundesheer und Sicherheitsexekutive verstärken. Also das verstehe ich zum Beispiel so, als wollte ich meinem Nachbarn das Angebot machen: „Wir planen vieles gemeinsam, wir tun vieles gemeinsam – aber ich ziehe einen großen Stacheldrahtzaun um mein Haus und stelle ein paar Wachhunde hin, damit er nicht so locker zu mir kommen kann.“ (3. Präs. Ing. Scheuch: *Aber die Grenzen müssen wir belassen. Nein, nein, das hast du falsch verstanden!*) Sie werden das sicherlich aufklären können. Ich nehme zur Kenntnis, dass es hierbei noch Aufklärungsbedarf gibt. Herr Präsident, Sie haben anschließend sicherlich Gelegenheit, das zu klären.

Ein Zweites orte ich auch in diesem Übereinkommen: ein offensichtliches Abgehen von bisher bekannten politischen Linien; bei beiden Fraktionen übrigens. Ich habe die Freiheitliche Partei immer als „wirtschaftlich denkende Partei“ eingestuft und nehme nun aber erstaunt zur Kenntnis, dass ein Programmpunkt ganz klar ausformuliert ist und offenbar den Kernpunkt dieses Programms bildet: „Der Wille zur moderaten Neuverschuldung“. Das versetzt mich geistig ein bisschen zurück in die Siebzigerjahre. Es hat das schon einmal auf Bundesebene gegeben, diesen Willen, einfach Schulden zu machen, um dieses und jenes zu finanzieren. Wir kauen heute noch insgesamt als Republik Österreich daran, auch als Land Kärnten. Ob das wirklich der zielführende Ansatz ist, sei dahingestellt.

Ein Weiteres, was mich auch erstaunt hat – ein völlig anderer Bereich -: Es steht als Absichtserklärung die „Prüfung des Erhaltes des Bildungsangebotes im ländlichen Raum“ drinnen. Ich erinnere mich, vor wenigen Monaten noch haben Freiheitliche und ÖVP-Abgeordnete gemeinsam eine ganz, ganz große Verteidigungsstrategie durchgezogen gegenüber der SPÖ, die damals unser „Reformprogramm“ im Zusammenhang mit dem Schulgesetz massiv kritisiert hat. Wenn diese „Prüfung des Erhaltes im ländlichen Raum“ darauf hinzielt, hier große Veränderungen durchzuführen, dann habe ich da auch meine Bedenken. Vielleicht wirkt hier schon diese Bundesankündigung der Bundes-SPÖ herein, dass nur mehr Volksschulen über 300 Schüler

Mag. Grilc

existieren sollen? Man hat sich zwar vorsichtig davon distanziert. Ich nehme an, dass das nicht unbedingt der Kärntner Weg sei. Wir jedenfalls würden einen solchen nicht mitgehen.

Ein Kompliment an die SPÖ: Offenbar habt ihr euch in vielen Bereichen sehr stark durchgesetzt. Aber auch hier ein kritischer Punkt von mir. Ich lese: „Es ist gewollt die Forcierung des Zentralraumes“. Kein Zufall, weil markante Persönlichkeiten, sozusagen die Eckpunkte dieses Zentralraumes widerspiegelnd, hier sitzen. Der Zentralraum wird eingegrenzt: Klagenfurt, Villach, Feldkirchen, St. Veit. Wenn die Forcierung des Zentralraumes im Vordergrund steht, dann heißt das im Umkehrschluss, dass der Rest Kärntens offenbar eine ein bisschen zweitrangige Rolle spielen wird in den Überlegungen. Es steht auch dort drinnen: „Man wird eine finanzielle Neubewertung des Restes durchführen“. – Was immer das heißt? Ob dieser Regionalförderungsfonds, der im Programm drinnen steht, der Weisheit letzter Schluss ist, wird dann die Tatsache zeigen, was daraus gemacht wird.

Erstaunlich ist übrigens auch eines: Auch hier kommt etwas wieder, was auf Bundesebene schon einmal vorhanden war, ad acta gelegt worden war: 800 Euro Geburtengeld – offenbar als finanzieller Anreiz, um eben die familiäre Situation und die Tatsache zu verbessern, dass wir zu wenig Geburten im Land Kärnten haben.

Auch ein zweiter Punkt der in Ihrem „Programm“ drinnen steht, ist zu diskutieren. Er betrifft die Kinderbetreuung in den Kindergärten. Der pädagogische Ansatz, die Gruppenzahl von derzeit 25 auf 20 zu senken, erscheint vordergründig durchaus sinnvoll. Aber der Herr Präsident des Gemeindebundes zieht ein sorgenfältiges Gesicht. Mit Recht! Denn Sie dürfen eines nicht vergessen: Das klingt in der Theorie und am Papier sehr schön. „Herabsetzung“ heißt aber auch, dass die Gemeinden in Zugzwang kommen, organisatorische und infrastrukturelle Maßnahmen zu setzen. Ich erinnere mich daran, welche Probleme wir hatten, als von 35 auf 25 Kinder gesenkt wurde. Ich sage noch einmal: Pädagogisch für die Erzieherinnen dort, für die Kindergärtnerinnen, auch für die Kinder selber ist das ein durchaus positiver Ansatz – aber wir sollten das immer mit Bedacht auch darauf diskutieren und überlegen, ob das durchführbar und machbar ist.

Abgesehen davon sage ich natürlich auch aus der Sicht der Pflichtschulen: Wenn wir bei den Kindergärten beginnen, die Gruppenstärken herabzusetzen, dann ist es logisch und zielführend, dass wir auch darüber diskutieren, ob nicht in den Volksschulklassen, in den Hauptschulklassen zum Beispiel dasselbe Prinzip gelten sollte. Das hat dann natürlich aber auch massive finanzielle Auswirkungen.

Interessant ist übrigens auch ein weiteres Kapitel, nämlich jenes der gesellschaftspolitischen Ansätze der demokratiepolitischen Überlegungen. Von unserer Seite ein klares Wort: Wir gehen davon aus, dass natürlich die Verwaltung da und dort problematische Infrastrukturen hat. Diese Idee des neuen Amtsgebäudes ist diskutabel. Aber wenn das Geld nicht vorhanden ist, um Amtsgebäude und Krankenhaus gleichzeitig zu bauen, dann hat die ÖVP ein klares Prioritätsprinzip: Für uns steht in diesem Fall die Lösung der LKH-Frage im Vordergrund. Die medizinische Versorgung hat Vorrang vor der allfälligen Verbesserung der Infrastruktur in der Verwaltung; bei allem Verständnis für die Probleme, die dort bestehen.

Abgesehen davon, dass darin natürlich sehr viele allgemeine Formulierungen und Absichtserklärungen vorhanden sind, haben wir uns überlegt, auch hier gleich einen konkreten Beitrag zu dieser Thematik der demokratiepolitischen Ansätze zu liefern. Wenn Sie die bisherige Landesverfassung studieren und kennen, dann fällt Ihnen wahrscheinlich eines auf. Nach dem derzeitigen Status könnte rein theoretisch ein einziger Abgeordneter dieses Hauses den Landeshauptmann wählen. Die Juristen sagen, einer ist vielleicht zu wenig, aber mit drei geht es auf alle Fälle. Wir gehen jetzt einmal davon aus und möchten als ersten Beitrag zu diesem Diskussionspaket folgenden Antrag stellen. Diesen Antrag darf ich im Anschluss auch schriftlich dem Herrn Präsidenten überreichen: „Dass gewährleistet ist, dass zumindest der Landeshauptmann von einer Mehrheit der Abgeordneten des Landtages gewählt wird.“ Wie gesagt, ein derartiger Antrag liegt von uns schriftlich vor. Herr Präsident, ich darf ihn überreichen. *(übergibt den Antrag an den Vorsitzenden)*

Wie auch immer, man könnte hier verschiedene Punkte natürlich noch ausgiebig diskutieren. Was auffällt in diesem „Arbeitsübereinkom-

Mag. Grile

men“: Es ist eine Absichtserklärung. Es gibt viele, viele Formen, die immer wiederkehren. Etwa: „... es ist geplant ...“, „... man wird umfassend überlegen ...“, „... man wird legistische Maßnahmen auf ihre Vereinbarkeit mit diesen Grundsätzen prüfen ...“ usw. Ich gehe davon aus: Wir stehen am Beginn einer Regierungsperiode. Es wird geschrieben, was eben geschrieben wird. Gemessen werden Sie beide werden an den Taten, die hoffentlich folgen werden. Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion und von LR Mag. Dr. Martinz)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Als nächster Redner hat sich Herr Abgeordneter Gunzer gemeldet. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Gunzer** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Regierungsmitglieder! Hoher Landtag! Wir stehen in dieser Gesetzgebungsperiode vor einer großen Herausforderung, der wir uns alle stellen müssen und vor allem stellen werden. Mit der Umsetzung des vorliegenden „Regierungsprogramms“ wird die Landesregierung den gestellten Ansprüchen gerecht werden. Die EU-Erweiterung ist eine jener großen Herausforderungen für uns alle, ganz besonders aber für unsere Betriebe und deren Mitarbeiter sowie die Sozialpartnerschaft. „Flexibilität“ wird das Codewort zum zukünftigen Erfolg sein.

Kärnten wurde in den vergangenen Jahren von der Schlusslichtposition nach vorne gebracht. Eine ganze Reihe von eingeleiteten Maßnahmen wie zum Beispiel im Bildungswesen, in der Aus- und Weiterbildung, vor allem der Steuerreform, gezielte Förderungen wie die Gewerbeförderung, Solarförderung usw. haben sehr viel dazu beigetragen. Die erwähnten Maßnahmen sind im vorliegenden Regierungsprogramm enthalten und müssen nahtlos weiter umgesetzt werden. Weites sind im Regierungsprogramm festgeschriebene Punkte von größter Bedeutung und Wichtigkeit. Die verstärkte Umsetzung der Breitbandtechnologie, um vor allem zu schnellen Informationen und dem Datenaustausch mit unseren Nachbar-

regionen zu kommen, die verstärkte Initiative im Wellnessbereich, Gesundheitsbereich und vor allem Thermalbereich sollten dazu beitragen, dass wir in Kärnten zukünftig zu einem Ganzjahrestourismus kommen.

Die Unterstützung seitens des Landes bei der Kooperation von Betrieben, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, vor allem im Export, wird ein ganz wichtiger Punkt sein. Vor allem auch der Bereich installierte Grenzlandförderfonds von unserem Herrn Landeshauptmann sollte dazu beitragen, dass unsere Betriebe, vor allem in den grenznahen Regionen, wettbewerbsmäßig mit unseren zukünftigen Nachbarbetrieben mithalten können.

Eine Einrichtung als Servicestelle im Land Kärnten finde ich besonders wichtig, gerade sanierungsbedürftigen Unternehmungen und vor allem sanierungswürdigen Unternehmen zu helfen, damit die Arbeitsplätze auch in diesen Betrieben gesichert bleiben. Vor allem Maßnahmen zur Stärkung der Regionen und des ländlichen Raumes, zum Beispiel eine gezielte Flächenwidmung oder vor allem die Unterstützung der Nahversorger des Einzelhandels bei nachweislicher Sortimentserweiterung liegt mir hier ganz besonders am Herzen und ist auch im Regierungsübereinkommen festgeschrieben. Denn nur mit einer optimalen Sortimentsausstattung können die Nahversorger und klein- und mittelständischen Betriebe sowie Händler sich im ländlichen Raum auch dementsprechend präsentieren und die Kaufkraft vor Ort halten.

Ich möchte aber hier ganz bewusst auch eines erwähnen; es ist von meinem Vorredner angesprochen worden: Kaufkraftabfluss von den Regionen in die Städte. Lieber Kollege, ich bin der Meinung, wir in Kärnten sind eine Region und müssen uns daran machen, dass wir den Kaufkraftabfluss in die Nachbarregionen stoppen, zum Beispiel nach Udine, nach Laibach. Das muss unsere Zielvorgabe sein - und nicht kleinkariertes Denken von einer Stadt in Kärnten zur anderen. Mir ist es ganz besonders wichtig, dass wir unser Bundesland als Gesamtes sehen.

Ein ganz wichtiger Punkt sind mir die separaten Ausschreibungen, dass man verstärkt den ortsansässigen Unternehmungen im ländlichen Raum die Möglichkeit gibt, bei Anbotslegung mitzumachen, vor allem die Chance zu geben, auch zu Aufträgen zu kommen, weil das stärkt auch wie-

Gunzer

derum die Kaufkraft vor Ort und sichert vor allem die Arbeitsplätze vor Ort.

Weiters: Prüfung aller Möglichkeiten im Bereich des Wohnbaus, um das Bauvolumen in Kärnten wieder zu erhöhen. Ich habe mit Freude festgestellt, dass bei der Regierungssitzung die Möglichkeit gegeben wird, bereits weitere 300 Wohnungen in Kärnten zu errichten. Das Vorantreiben der Althausanierung und des Dachbodenausbaus in den Städten und Gemeinden sollte ein weiterer Pluspunkt sein.

Der Ausbau des Klagenfurter Flughafens sollte raschest weiter forciert werden, vor allem unseren Unternehmungen die Möglichkeit rascherer Kontaktaufnahme mit anderen Ländern zu ermöglichen.

Ganz besonders wichtig erscheinen mir der weitere Ausbau und die Forcierung der Berufsschulkompetenzzentren, denn das duale Ausbildungssystem hat sich bei uns bestens bewährt. Man sieht es bei den vielen Betriebsansiedlungen in Kärnten. Es entscheiden Großbetriebe sich für Kärnten, weil wir hier zuverlässige, gut ausgebildete Mitarbeiter im Lande haben. Das dient selbstverständlich der Stärkung unserer Wirtschaftskraft in Kärnten. Denn nur mit gut ausgebildeten Mitarbeitern haben wir die Chance, uns auch in Zukunft weiter bestens zu positionieren.

An dieser Stelle ist es mir ganz besonders wichtig, dass gerade im Zuge der EU-Erweiterung die Übergangsbestimmungen eingehalten werden, zumindest weitgehend eingehalten werden. Denn unser Kapital sind, wie gesagt, unsere gut ausgebildeten Mitarbeiter. Eine Lockerung dieser Übergangsbestimmungen würde eine große Gefahr mit sich bringen, dass günstige Arbeitskräfte aus unseren Nachbarländern nach Kärnten kommen. Sie sind natürlich herzlich willkommen, aber ich würde sagen, es ist uns wesentlich lieber, dass unsere einheimischen Mitarbeiter hier ihre Jobs behalten können, denn sie haben ja auch Existenzen aufgebaut. Es wird unsere Aufgabe sein, Sorge zu tragen, dass diese Jobs auch weiterhin zur Verfügung stehen.

Was die Förderungen anbelangt, habe ich eine große Bitte an den neuen Landesrat, Herrn Dr. Martinz, zuständig für EU-Förderungen: sich in Brüssel wirklich stark zu machen, damit jede Menge an EU-Geldern nach Kärnten fließt.

Denn wir dürfen nicht vergessen, dass unser zukünftiger Nachbar im EU-Raum, Slowenien, derzeit mit sehr hohen Förderungen bedacht ist. Es ist nicht einzusehen, dass Betriebe wenige Kilometer von uns entfernt, wesentliche Startvorteile gegenüber unseren alteingesessenen Unternehmungen hier in Kärnten haben. Also hier nochmals die große Bitte an Sie, Herr Dr. Martinz, so viel als möglich nach Kärnten zu transferieren!

Die Beschäftigung von jungen Menschen hat für uns von Seiten der Wirtschaft eine sehr große Bedeutung. Auf der einen Seite müssen wir unsere Fachleute selbst ausbilden und vor allem auch weiterbilden. Auf der anderen Seite haben wir von der Wirtschaft auch die große Verantwortung, unseren jungen Menschen im Lande Chancen zu bieten, ihnen Wertschätzung entgegen zu bringen, ihnen das Gefühl zu vermitteln, dass sie gebraucht werden. Diese Einstellung wird sehr viel dazu beitragen, die Jugendarbeitslosigkeit in Kärnten einzudämmen. Dazu, sage ich ganz offen, bedarf es aber auch einer Regulierung der derzeitigen Lehrverträge, denn nur ein Miteinander zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird unser Land Kärnten weiter nach vorne bringen.

Das Kennenlernen der Kulturen unserer Nachbarländer und vor allem auch das Erlernen der Sprachen unserer Nachbarländer wird ein weiterer Schwerpunkt sein, um unser Land Kärnten im Herzen Europas äußerst positiv positionieren zu können. Hier möchte ich schon auf meinen Vorredner eingehen, wenn er meint: „... Grenzen mit Stacheldraht ziehen ...“ Für mich sind die Grenzen geistig offen in unsere Nachbarländer. Aber eines, bitte, muss schon erlaubt sein, zu sagen: Die Kärntner Grenzen sind klar gezogen. Und das muss auch so bleiben! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Das vorliegende Regierungsprogramm ist auch ausgerichtet, Kärnten zu einer Wohlstandsregion mit höchster Lebensqualität zu entwickeln. Dabei hat die Wirtschaft eine sehr große Bedeutung. Denn geht es der Wirtschaft gut, geht es uns allen gut. Jeder von uns muss seinen Teil dazu beitragen, denn wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern wir sind auch verantwortlich für das, was wir nicht tun. Ein Glückauf unserem Land Kärnten! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Als Nächster hat sich Herr Abgeordneter Dr. Kaiser zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm!

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir, bevor ich zur Auseinandersetzung mit dem „Regierungsprogramm“ komme, einige generelle Vorbemerkungen und Feststellungen, die wichtig sind, damit man dieses „Regierungsprogramm“ in seiner Umsetzung richtig liest!

Landeshauptmann-Stellvertreter Ambrozy hat in der Konstituierenden Sitzung gemeint, dass dieses Programm ein „gemeinsames Regierungsprogramm“ sowie eine Vereinbarung über die technische Umsetzung dieses Programms ist. Der tiefere Sinn ist es – und hierin stimme ich mit dem vorherigen Redner überein –, die Änderung der Arbeitsweise gegenüber früheren Perioden als Handlungsmaxime zu nehmen. Weitere Rahmenbedingungen, die dieses Regierungsprogramm flankieren, sind die Tatsache, dass die inhaltlichen Punkte der Sozialdemokratie mit mehr als 17.000 Stimmen an Gewicht gewonnen haben und daher auch in dieses Programm eingeflossen sind. Als zukunftsorientierter Politiker ist mir aber trotzdem auch ein gewisser Skeptizismus geblieben, der auch darin begründet liegt, aus meiner Sicht, dass es in der Vergangenheit sehr viele Anlässe gab, die an einer wirklichen engen Kooperation zwischen den beiden Parteien Zweifel erheben. Als probates Mittel, diesen Skeptizismus schrittweise zurückzunehmen, wäre die Umsetzung dieses Regierungsprogramms – das auch aus meiner Sicht eine sehr deutliche Handschrift trägt – angebracht.

Ich schicke auch voraus, dass all das, worauf dieses „Regierungsprogramm“ fußt, als Grundvoraussetzung einen noch nicht dargebrachten Rechnungsabschluss 2003 hat, das heißt die tatsächliche Ausgangspolitik, der politische, wirtschaftspolitische und finanzpolitische Status quo ist momentan noch nicht endgültig ausgemacht und wird daher auch bei der Umsetzung entsprechend zu berücksichtigen sein.

Die Regierungserklärung ist – und damit komme ich zur Auseinandersetzung auf inhaltlicher

Ebene – eine Antwort auf das Bisherige. Wir haben auch als Landtag eine entsprechende Rolle bei der Umsetzung dieser von der Landesregierung erstellten und heute zu diskutierenden „Regierungserklärung“ einzunehmen. Ich denke, dass sich der Landtag und die Rolle des Landtages nicht nur allein auf jene des Impulsgebers zurückziehen darf, sondern dass es vor allem Aufgabe der Abgeordneten dieses Hauses sein wird, Rahmenbedingungen, Kontrollmöglichkeiten – genauso gepaart mit Eigeninitiative – mit überregionalen und internationalen Schwerpunkten mitzusetzen.

Ich habe bereits heute den Schwerpunkt „Europa“, so wie einige meiner Vorredner, dargelegt. Das wird jener Maßstab sein, an dem wir uns auch in unserer Wettbewerbsfähigkeit, an dem wir uns auch in unserer Nachhaltigkeit zu prüfen haben werden.

Ich war sehr positiv angetan, und das verhehle ich nicht, als ich eingangs der „Regierungserklärung“ die Berufung auf DDr. Radermacher, sein Konzept Kärnten fit zu machen, gesehen habe. DDr. Radermacher ist Leiter des Forschungsinstitutes – und hier spricht allein die Zuordnung Bände – für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung. Ich halte diesen Ansatz für richtig. Als einer, der einiges von DDr. Radermacher gelernt und auch gelesen hat, der auch die Gelegenheit hatte, sich mit ihm auseinanderzusetzen, weiß ich, welche Richtung dies bedeutet. Es ist eine Richtung, der wir folgen müssen. Ich möchte sie trotzdem hier im Hohen Haus etwas pointiert und zusammengefasst wiederholen. Radermacher meint, und dem liegt auch das Konzept für Kärnten zu Grunde, dass der Markt das bestimmende Steuerungsinstrument der Gesellschaft ist. Der Markt wiederum setzt sich aus zwei entscheidenden Komponenten zusammen: auf der einen Seite dem Wettbewerb und auf der anderen Seite den politischen Rahmenbedingungen. Meine Damen und Herren! Eben diese politischen Rahmenbedingungen entsprechend zu skizzieren, die auch in die Praxis als quasi wirtschaftliche Reglements mitumzusetzen, wird Aufgabe auch teilweise dieses Landtages sein. Wir haben daher soziale, ökologische und kulturelle Ausgleiche über eine entsprechende Politik des Kärntner Landtages zu schaffen. Damit meine ich, schlagwortartig: Sicherstellung der Grundversorgungen, entsprechende Forcierung der Anliegen von Senioren, von Jugend und

Mag. Dr. Kaiser

Familien - aber auch die Umsetzung der berechtigten Wünsche, die seitens der Arbeitnehmervertretungen, manifestiert durch die Arbeiterkammer, an alle Abgeordneten dieses Hohen Hauses Kärntens herangetragen worden sind.

Meine Damen und Herren! Wenn wir eine weitere Leitlinie brauchen, so nehme ich auch hier wieder DDr. Radermacher als Mentor der Kärntner Wirtschaftspolitik heran, der gemeint hat: „Aufgabe vom gesellschaftlichen Europa muss es sein, dass die Armutsgrenze nicht unterschritten wird.“ Anders als viele andere geht er auch heran und definiert diese EU-Armutsgrenze folgendermaßen: „Niemand sollte unter 50 % des Durchschnittseinkommens eines Landes als Lebensgrundlage haben.“ Meine Damen und Herren! Das werden Parameter unserer zukünftigen Politik sein, an denen wir dann gemessen werden, an denen uns vor allem die Wählerinnen und Wähler, die Bürger und Bürgerinnen dieses Landes messen werden. Denn das sind Fakten, die letztlich das umsetzen, was (in Worte gekleidet) als „Existenzsicherung Kärntens“ im „Regierungsprogramm“ definiert ist.

Meine Damen und Herren, ich gehe gleich weiter. Wir müssen auch den Mut haben, als Kärntner Landtag über die Grenzen hinauszuschauen – auch wenn die Grenzen „österreichische Bundespolitik“ heißen mögen. Denn ich glaube, dass es höchst an der Zeit ist, dieses, zugespitzt formuliert, Paradigma „Je mehr ich die Ungleichheit vergrößere, um so reicher werde ich.“ in Österreich endlich zu durchbrechen. Meine Damen und Herren! Wir werden daran gemessen werden, ob es uns gelingt, Wirtschaftsstandorte wie Kärnten auch als eine soziale Darstellung so über die Bühne zu bringen, dass es sich nicht nur zu arbeiten, sondern auch zu leben lohnt in unserem Land. Und das im Rahmen einer entsprechenden „Existenzsicherung“.

Ich glaube auch nicht, dass wir den Angstparolen jener verfallen sollten, die jetzt angesichts der EU-Erweiterung meinen, dass damit zahlreiche Arbeitsplätze und auch der Wohlstand in Österreich bzw. in Kärnten gefährdet sind. Meine Damen und Herren! Es wird in Zukunft nicht darauf ankommen, wie niedrig man Arbeitskräfte bezahlt, um damit wettbewerbsfähig zu sein. Es kommt vielmehr – und auch hier wiederum eine Anleihe bei DDr. Radermacher – darauf an, dass wir ein hohes Ausbildungsniveau haben

und dass dieses hohe Ausbildungsniveau uns dazu bringt, ein möglichst hohes Niveau der Wertschöpfung zu erreichen. Ein hohes Ausbildungsniveau und ein hohes Niveau der Wertschöpfungsfähigkeit sind der wirkliche Reichtum eines Landes. Daran zu arbeiten, wird auch Ziel der SPÖ sein!

Wir haben einen zentralen Punkt in dieser Regierungserklärung, der sehr deutlich SPÖ-Handschrift trägt. Es ist dies der Bereich der Bildungspolitik. Meine Damen und Herren! Wir wissen, dass gute Bildung ihren Preis hat. Wer nicht bereit ist, diesen Preis zu zahlen, der zahlt morgen mindestens das Doppelte, jedenfalls weitaus mehr. Wir sind daher der Meinung, dass ausgehend vom Kindergartenwesen Kindergärten bereits als „pädagogische Institutionen“ gesehen werden, dass es notwendigerweise flächendeckende Betreuungseinrichtungen diesbezüglich geben sollte. Wir unterstützen mit aller Kraft, auch als Abgeordnete mit aller Kraft, die Überlegung, flächendeckendere Vorschulen bzw. auch die generelle Einführung von Vorschulsystemen als wichtigen pädagogischen Bereich hier mitzuunterstützen.

Wir wissen, dass sämtliche Maßnahmen, sämtliche Sparmaßnahmen, wie sie auch von Bundesseite her immer wieder angedacht werden, was die Qualität der Ausbildung in unserem Bildungssystem betrifft, falsch sind. Sie sind kontraproduktiv; sie nehmen uns Zukunftschancen, respektive unseren Kindern Zukunftschancen. Wir brauchen eine Vorwärtsstrategie; eine Vorwärtsstrategie im Bildungsbereich, die ein entsprechendes flächendeckendes Angebot an Ganztagesschulformen genauso berücksichtigt wie den kostenlosen Unterricht und das kostenlose Nachholen von versäumten Bildungsabschlüssen zu späteren Zeitpunkten. Hier bin ich sehr froh über einen Punkt, der endlich – nach mehr als 30-jährigen Forderungen aus verschiedensten sozialdemokratischen Institutionen - Bestandteil des Regierungsprogramms ist. Es ist nämlich der Generelle Ausbildungsfonds für Lehrlinge, womit endlich auch im Regierungsprogramm anerkannt wird, dass Lehrlingsausbildung nicht nur Sache einiger Weniger ist, sondern der Wirtschaft insgesamt und damit auch der Kärntner Bevölkerung zugute kommt. Das ist, glaube ich, eines der Highlights dieser Regierungserklärung! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Mag. Dr. Kaiser

Ich sehe auch viel Handlungsbedarf. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wissen, dass es zu einer Reduzierung der derzeit 56 Standorte der Pädagogischen Akademie kommt. Wir alle wissen, dass wir im gemeinsamen Tun – das unterstreiche ich hier – die Klagenfurter Universität zu einem unverzichtbaren Bildungsstandort in unserem Bundesland, mit Ausstrahlung in die internationale wissenschaftliche Gemeinschaft, erarbeitet haben. Ich unterstreiche alle Bemühungen, wie sie auch von Dr. Ambrozy genannt worden sind, eine vierte Fakultät hier in Kärnten, mit technischer Orientierung, einzurichten. Sie wäre eine ideale synergetische Ergänzung zum Lakeside-Park (*Abg. Mag. Ragger: In Wolfsberg?*), der nicht in Wolfsberg sondern hier im Zentralraum Klagenfurt liegt, und sie würde auch die Theorie mit der Praxis in ausgezeichneter Art und Weise verbinden.

Gleichzeitig aber haben wir auch Dinge zu erledigen, die auf Grund des „Bologna-Abkommens“ auch auf Kärnten zukommen. Ich meine damit, dass die Entscheidung zu treffen ist – und hierfür hat Klagenfurt alle Voraussetzungen –, die Pädagogische Akademie des Bundes mit der Universität Klagenfurt zu verbinden und damit zukunftsorientiert die akademische Ausbildung durch eine universitäre Ausbildung aller Pädagoginnen und Pädagogen in Zukunft sicherzustellen.

Wir werden auch die Entscheidung zu treffen haben, ob unser Landeskonservatorium auf die Ebene einer Musikschule zurückgestellt oder auf die Ebene einer Hochschule für Musik gehoben wird. Das sind Entscheidungen, die wir als Kärntner Landtag, als Kärntner Landesregierung, bis zum Jahr 2006 (Umsetzung der „Bologna-Richtlinie“) auch hier bei uns mit zu entscheiden haben werden.

Ich möchte blitzlichtartig einige andere Aspekte, die bisher noch nicht genannt worden sind, aus dieser Regierungserklärung streifen, weil sie zwar verbal beieinander sind, aber natürlich seitens der Landtagsabgeordneten Handlungsbedarf und Inhalte erfordern.

Der Bereich „Tourismus“, und hier wurde es bereits erwähnt, ist auch aus meiner Sicht hin zu einer „Ganzjahresdestination Kärnten“ umzuorientieren und weiter zu entwickeln. Wir wären gut beraten, jugendtouristische Initiativen zu setzen, weil gerade Marketingmaßnahmen im

Bereich der Jugend auch vom biologischen Aspekt her am längsten anhalten. Aber der zentrale Bereich, auch für das Überleben und eine weitere gedeihliche Entwicklung des Tourismus, werden Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserungsprogramme in die sogenannte Hardware der Unterkünfte, aber noch mehr in jene Bereiche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sein; am besten flankiert durch eine entsprechende Fremdsprachenoffensive.

Die Kärntner Nachbarschaftspolitik ist einer jener Punkte, die deutlich gegenüber der letzten Periode, ich ergänze gegenüber den letzten Perioden, zu verbessern ist. Ich glaube, dass insgesamt der Kontakt zu unseren beiden EU-Nachbarländern Slowenien und Italien inhaltlich vertieft werden kann. Wir haben hier viele Gemeinsamkeiten, die es auch teilweise in unterschiedlichen Nuancierungen zu Gemeinsamkeiten umzufunktionieren gilt. Das betrifft einerseits die Vertretung gegenüber Brüssel bis hin zu Kooperationsformen, wie sie sich im Forschungsprogramm und Entwicklungsprogramm der EU wiederfinden können. Ich orte, Herr Abgeordneter Grilc, keinen Widerspruch zwischen einer Initiative im Alpe-Adria-Raum und dem Schaffen von Europa-Regionen, von EUREGIOs. Gerade in Ihrem Bezirk ist es ein positives Beispiel, dass fünf Gemeinden jenseits der Grenze in Slowenien und vier Gemeinden Kärntens Entwicklungsprogramme aufeinander abgestimmt entwickeln, gemeinsame Initiativen setzen. Das ist die Vorläuferposition für das, was wir unter „EUREGIO“ verstehen.

Ich stimme Ihnen völlig zu, dass das Programm deutliche Handschriften trägt. Es wäre unhöflich, Ihnen diesbezüglich zu widersprechen. Ich widerspreche Ihnen aber mit einem Zahlenbeispiel diesbezüglich, dass Sie meinen, es habe ja bereits – Sie meinen die Kreisky-Zeit - einmal eine Ära gegeben, wo man gemeint habe, man solle lieber mehr Schulden machen, dafür weniger Arbeitslose haben. Faktum ist, dass in der Kreisky-Ära, in der Politik des Keynesionismus, wie Sie gemeint haben, die Steuerquote (also die Abgabenquote) Österreichs unter 45 % gelegen ist, dass sie seit Ihrer Regierungsbeteiligung, seit Finanzminister Grassler, seit diesem Regierungspakt der letzten Jahre, bei knapp 47 % gelegen ist. Meine Frage erübrigt sich: Welche Zeit hat man besser schätzen gelernt?

Ich möchte abschließend zum Punkt der infra-

Mag. Dr. Kaiser

strukturellen Prioritäten kommen, weil dieser aus meiner Sicht ein ganz zentraler Bereich ist. Wir haben, aus meiner Sicht, fünf Projekte, die auch im Regierungsprogramm genannt sind, die für die Zukunftsentwicklung Kärntens entscheidend sein werden. Es ist dies in verkehrstechnischer Hinsicht die Schaffung und die Umsetzung des Koralmtunnels, um damit den Anschluss an die transeuropäischen Netze, die südöstlich an Österreich vorbei führen, zu finden. Es ist dies – auch wenn es da und dort Schmerzen macht – die dringende, über die Grenzen hinaus gehende Forderung nach Schaffung des Semmering-Basistunnels, der letztlich (auch entfernt von unserem Bundesland) zur Entlastung der Verkehrsströme führen wird. Es ist dies der zweigleisige Schienenausbau der Tauernbahn, der wesentlich die zukünftigen Verkehrsströme in ein erweitertes EU-Europa Richtung Südosteuropa aufzufangen haben wird. Es ist dies die Investition in Breitbandtechnologien, die die Grundvoraussetzungen für Kommunikation, für den Austausch von Daten über weite Grenzen hinaus sein werden, und es ist dies schließlich auch das „Jahrhundertprojekt Landeskrankenhaus-neu“, die alle insgesamt riesige beschäftigungswirksame Projekte sind, die wir dringend brauchen, die aber auch über die tatsächliche Beschäftigung hinaus in weiterer Folge zahlreiche Aufträge, zahlreiche andere Impulse setzen werden.

Wenn ich einen Wunsch für Kunst- und Kulturpolitik in Kärnten ebenfalls nicht verhehlen will, so ist das jener, dass man das, was verbal im Regierungsprogramm steht, auch in die Praxis umzusetzen hat, nämlich dahingehend, dass die budgetären Zahlen das widerspiegeln, was gemeint ist: dass nämlich parallel zur Volkskultur auch zeitgenössische alternative Kultur den entsprechenden Stellenwert, weil auch das Land nach außen hin darstellend, bekommen sollte.

Ich komme zum Ende und sage auch namens der SPÖ-Fraktion, dass die Wiedereinführung des entwicklungspolitischen Beirates die Erfüllung eines langjährig umkämpften Wunsches der SPÖ ist. Ich sage auch, dass für uns die Frage der Senkung der Prozenzhürde im Kärntner Landtag mit dem Einzug der Grünen nicht erledigt ist, sondern wir hier auch zukünftig Handlungsbedarf haben werden. *(Beifall der Grünen)* Seitens der SPÖ-Fraktion versichere ich den neuen Abgeordneten der Grünen Interessengemeinschaft,

dass wir in jeder Form jene Initiativen unterstützen werden, die eine Umsetzung dieses „Regierungsprogramms“ und positive Effekte für die Kärntner Bevölkerung haben werden.

Meine Damen und Herren! Ich denke, dass die „Regierungserklärung“ und das „Regierungsprogramm“ eine große Chance für Kärnten bieten. Es wird nicht letztlich von uns 36 Abgeordneten abhängen, ob es uns gelingt, dieses Programm der Exekutive des Landes Kärnten (der Landesregierung) durch das entsprechende Zutun der gesetzgebenden Körperschaft, des Kärntner Landtages, entsprechend umzusetzen. Daran werden wir in spätestens fünf Jahren gemessen werden! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und den Grünen)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Als nächster Redner hat sich Herr Abgeordneter Holub gemeldet. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf einmal zuerst meiner Freude Ausdruck geben, dass ich überhaupt hier stehen darf und meinen Wählerinnen und Wählern danken kann und von dieser Stelle aus allen die Weisheit, die Kraft und die konstruktive Zusammenarbeit der Grünen im Landtag anbiete!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie ich das „Regierungsprogramm“ gelesen habe, war ich begeistert schlechthin. Darin steht eigentlich alles, was ich auch haben will. In diesem „Chiantiprogramm“ steht alles, so eine Art politisches Schlaraffenland. Das Einzige, das ich vermisste, sind Maßnahmen, Zahlen, Finanzierung und Zeithorizont. Ein bisschen vermisste ich auch, denn die Volksgruppe kommt in zwei, drei Zeilen vor. Das ist heute in der Zeitung fast verdoppelt worden. Ein bisschen kommt es mir vor wie ein zusammen gestoppelter Wunschzettel der einzelnen Referate. Es ist einfach ein Bündel an Unverbindlichkeit, auf die Art: „Gesund ist besser als krank. Eine Umwelt ist besser, als wenn man keine hat. Und die Pensionisten sollen

Holub

auch ein Geld kriegen.“

Ich sage, ich finde das Programm großartig – nur, das ist die Theorie. Die Frage ist nur: Warum schaut es überhaupt in unserem Land nicht schon so aus, wie es da im Programm aussieht? Obwohl wir eigentlich, bis auf Kleinigkeiten, die gleiche Regierungsmannschaft haben! – Es schaut deswegen nicht so aus, weil das eben der Unterschied ist zwischen Theorie und Praxis und weil die Wirklichkeit dahingehend ist, dass die Kritik der SPÖ an der Regierung nicht mehr vorhanden ist, dass es keinen Kassasturz gibt, der von allen Parteien gefordert wurde; dass es eher eine Neuverschuldung geben wird als einen Schuldenabbau. Die Wirklichkeit schaut auch dahingehend aus, dass ungefähr 10 % der Kärntnerinnen und Kärntner an der Armutsgrenze leben, dass die Außenpolitik in Libyen stattfindet, dass die Konkurse steigen. Ich habe, wie ich im Februar auf der Galerie gesessen bin, eine Anfrage gelesen, worin gestanden ist: „Warum tönt es“, glaube ich „so nett aus dem Musikschulwerk?“ (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: So wohlklingend!*) So wohlklingend? Ich bin dann bei der Musikschule vorbei gegangen und habe mich gewundert, warum nichts tönt – weil nämlich das einzige Klavier, das die hatten, kaputt war und sie ein Formular bekommen haben, dass sie bis Dezember um ein neues ansuchen können. Das ist teilweise die Wirklichkeit.

Die Wirklichkeit ist auch, dass das Ökostromgesetz blockiert wird, dass die Universität Klagenfurt nicht eingebunden wird, im Land. Die Wirklichkeit ist eben auch, dass die Klagenfurter Politik jetzt im Speziellen von der Planung her eher aussieht wie ein 100-Meter-Lauf der Orientierungslosen, (*Abg. Lutschounig: Ein 100-Meter-Lauf geht wohl noch! - Heiterkeit im Hause.*) weil ich mir das nicht vorstellen kann: Alle reden sich immer auf die Wirtschaft aus. Wenn sich die Wirtschaft ein bisserl länger vorbereiten würde, würde man draufkommen, dass zum Beispiel im „Projekt Einkaufszentrum“ drinsteht, im „ECE-Projekt“: „Der Kaufkraftzufluss wird 4 bis 6 % betragen.“ Und der Rest kommt aus der Klagenfurter Innenstadt, wo alle zusperrten werden müssen. Das ist nur ein Beispiel. Ich hätte auch nur gerne gewusst, wie die Nachnutzung des Fußballstadions sein wird und wo das Geld herkommt.

Das ist nur eine Kleinigkeit, weil man sich im-

mer auf die Wirtschaft ausredet. Wenn man auf lange Sicht plant, sieht man: Wir sind eigentlich selber die Wirtschaft. Die externen Kosten des Verkehrs in Deutschland machen jetzt schon soviel aus wie das Bruttonationalprodukt von Österreich. Das sind die Sachen, die auf uns zukommen werden.

Ich möchte nur noch schließen mit einer kleinen Tendenz aus China, die da sagt: „Es ist nicht das Geld, das zählt – sondern der Mensch, der zählt das Geld.“ Danke! (*Abg. Dr. Strutz: Nicht einmal die Grünen klatscht! – Nun erst applaudiert Abg. Mag. Lesjak.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren, das war die Jungfernrede des Herrn Abgeordneten Holub. Wir haben ihr alle gelauscht. Ich glaube, wir sollten es so belassen. Es sind 18 Abgeordnete, die das erste Mal ans Rednerpult treten werden. Ich glaube, man sollte so fair sein, das dann entsprechend zu akzeptieren.

Als Nächster hat sich Herr Abgeordneter Lutschounig zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm!

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Keine Angst, das ist keine Jungfernrede! Herr Gallo, du kannst ruhig etwas dazwischen hinein sagen, wenn es dir nicht passt. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Aus Begeisterung! - Heiterkeit im Hause.*)

Meine Damen und Herren! Wir haben diese Vereinbarung, die zwischen FPÖ und SPÖ getroffen worden ist, natürlich auch ganz genau durchgelesen. Besonders viel Substanz, besonders viel Inhalt ist nicht drinnen. Es ist mehr, wie man sagt, eine dünne Suppe. Es ist halt das nieder geschrieben, was eh in Wirklichkeit in diesem Land stattfindet und was eigentlich geübte Praxis ist, mehr oder weniger. Also besondere Highlights, Neuigkeiten, sind mir jedenfalls beim Durchlesen nicht aufgefallen. Soviel zur Einleitung vielleicht.

Meine Damen und Herren! Es ist aber, glaube ich, schon wichtig, wenn wir vor einer Arbeit

Lutschounig

stehen, vor einer fünfjährigen Arbeit, die vor uns liegt, wo wir uns auch als Volkspartei dazu bekannt haben, dass wir zu wichtigen Fällen selbstverständlich unsere Zustimmung geben werden, wenn es darum geht, wichtige wirtschaftliche Vorhaben oder auch andere für das Land wohltuende entsprechend auch hier in Gesetzestext zu bringen, dann werden wir auch unsere Zustimmung geben. Wir werden natürlich nicht für jede Dummheit, die irgendjemandem hier in diesem Hohen Hause einfällt, zur Verfügung stehen. (*Abg. Dr. Strutz: Das ist aber neu!*) Das sage ich auch in aller Deutlichkeit. Wir werden hier schon sehr kritisch, de facto als Opposition, in Erscheinung treten und auch versuchen, gewisse Dinge aufzuklären.

Wenn ich da einige Kapitel besonders herausnehme, ist es natürlich sehr naheliegend, dass ich auch zu dem Bereich „Landwirtschaft“ Stellung nehme. Zu diesem Kapitel ist offenbar dieser Gruppe, die diese Vereinbarung getroffen hat, nicht sehr viel eingefallen. Es ist eine Dreiviertelseite. Ich nehme an, es ist irgendwann, wirklich um halb drei Uhr in der Früh, passiert. Dann habe ich durchaus Verständnis, dann ist man nicht mehr so kreativ. Dann fällt einem zu den Dingen nicht mehr viel ein. Somit, glaube ich, kann man das auch entsprechend entschuldigen.

Hier meine ich, dass einige Dinge doch breitere Basis in der Zukunft brauchen werden, auch in den Beratungen, etwa die Forstwirtschaft, die ja 60 % der Fläche unseres Landes ausmacht, in zweieinhalb Zeilen festgeschrieben, wobei man davon ausgehen muss, dass die Wertschöpfung im forstwirtschaftlichen Bereich ja größer ist als jene im landwirtschaftlichen Bereich. Das sage ich euch auch als Insider. Ich glaube, dass es schon interessant und wichtig ist, welche Funktion der Wald auch in der Zukunft hat. Das hätte schon einen Platz verdient, dass man das auch entsprechend niedergeschrieben hätte!

Genauso ist es im Bereich der Direktvermarktung. Damit ist zwar ein Bereich angezogen worden, wo es als eine Schiene, als ein Standbein hier festgeschrieben wird - aber es darf nicht so sein, wie zur Zeit, leider Gottes, viele Tendenzen merkbar sind, dass die ganzen Hygienevorschriften, zu denen wir uns alle, auch die Landwirtschaft, hundertprozentig bekennen, Vorrang haben. Denn Hygiene ist zwar eine der wichtigsten Maßnahmen in diesem Zusammen-

hang, es darf aber nicht so sein, dass nur die Hysterie im Vordergrund steht und dass man Betrieben mit dem Zusperrn droht, die einen Tisch drinnen haben, der Holzfüße hat, die am Boden stehen; wenn das nicht Plastik- oder Kunststofffüße sind. Also das sind Maßnahmen, für die wir eigentlich kein Verständnis haben.

Genauso ist der Bereich „Gentechnik“ angesprochen. Das wird noch eine Situation und ein Thema sein, über das wir wahrscheinlich sehr breit diskutieren werden, weil es eigentlich ein sehr zukunftsweisendes und doch auch von sehr großen Emotionen getragenes Thema ist. Irgendwie stimmt mich das schon ein bisschen nachdenklich, wenn ich weiß, dass bei der „Kärntner Ackerbautagung“ ein freiheitlicher Spitzenfunktionär hingehet und sagt: „Dieses Gentechnik-Vorsorgegesetz ...“, weil es von unserem ehemaligen Landesrat Wurmitzer in großer und weiser Voraussicht hier eingebracht worden ist ... (*Abg. Gallo, mit erhobenen Finger: Noch nicht eingebracht!*) Eingebracht noch nicht, aber sich in Begutachtung befindet. Du hast Recht, Herr Kollege Gallo. Wenn der dann hingehet und sagt: „Nein, nein! Das ist für uns überhaupt kein Thema. Wir wollen keine Fesselung der Landwirte auf uns nehmen.“ Hier ist es aber drinnen explizit niedergeschrieben: „... dass Kärnten zu einer gentechnikfreien Zone auserkoren werden soll“. Wenn man sich dazu bekennt, dann wird es wahrscheinlich innerhalb dieser Arbeitsgemeinschaft die kleinen oder größeren Konflikte geben. Wir werden jedenfalls diese Dinge gespannt verfolgen. Wir werden unseren Beitrag in diese Richtung natürlich auch entsprechend artikulieren.

Zur Naturschutz-, Umwelt- und Landschaftspolitik muss ich sagen, da ist „Nachhaltigkeit“ als großes Schlagwort drinnen. Wir bekennen uns zur Nachhaltigkeit. Wir haben ja einen Antrag als ÖVP eingebracht, das Jahr 2005 zum „Jahr der Nachhaltigkeit“ zu machen. Wenn das tatsächlich der Wille von SPÖ und FPÖ ist, dann können Sie diesen Antrag auch unterstützen. Wir könnten so die Nachhaltigkeit tatsächlich in den Vordergrund stellen.

Was die Hausmüllverbrennungsanlage in Arnoldstein betrifft, die ja in Riesenschritten einer Vollendung zugeführt wird, muss ich sagen, steht auch drinnen - und die Anfrage des Abgeordneten Gallo an Landesrat, wie es mit

Lutschounig

den Kosten ausschaut, ist ja durchaus begründet und berechtigt, muss ich sagen, wenngleich es innerkoalitionär vielleicht ein bisschen weh tut – , aber da kann man davon ausgehen, dass eine Erhöhung in den Gemeinden bei den Gebühren zwischen 30 und 50 % stattgefunden hat, was natürlich eine sehr schmerzhaft Sache war und dem eigentlich widerspricht, dass die Kosten auch in Zukunft moderat und günstig gehalten werden können.

Selbstverständlich ist für uns auch die Sicherung des Grundwassers und des Quellwassers eine oberste Priorität. Das ist überhaupt keine Frage. Das ist das „Gold der Zukunft“: das Wasser. Wir müssen wie die Haftelmacher aufpassen, damit nicht der Zugriff auch seitens der Europäischen Union auf dieses unser kostbare Gut gegeben ist. Da werden wir uns wirklich mit Zähnen und Klauen dagegen wehren, um zu verhindern, dass der Zugriff auf unser Wasser erfolgen kann.

Zu den Schutzgebieten, Naturparks, Schutzzonen etc., die es da gibt, muss man natürlich zu jenen sagen, die den Schutz unserer Landschaft forcieren: Wir bekennen uns auch durchaus dazu - aber es muss im Einklang mit den Betroffenen geschehen. Es muss auch im Einklang mit den Grundbesitzern erfolgen können. „Vertragsnaturschutz“ ist hier, glaube ich, das entsprechende Schlagwort. Nur wenn es einen entsprechenden Vertragsnaturschutz gibt, dann können wir uns auch hier Einvernehmen von allen Beteiligten vorstellen.

Beim Abwasser ist es ebenfalls so, dass hierbei schon ein sehr hoher Versorgungsgrad, was den Kanalanschluss in Kärnten betrifft, gegeben ist. Aber wir sollen darauf achten, dass hier auch wirklich ökonomische Überlegungen einfließen, dass man nicht sagen kann, dass jedes einzeln gelegene Haus und jeder einzeln gelegene Hof an die Ortskanalisation angeschlossen werden müssen, sondern dass es dafür auch entsprechende Alternativen gibt, die viel günstiger sind und trotzdem ökologische Maßnahmen entsprechend umsetzen.

Was den Tourismus betrifft: Ja, da sind auch viele Schlagworte drinnen, wie der Thermalbereich, damit wir in Kärnten Thermalquellen finden. Bis jetzt ist es uns leider nicht gelungen, weitere zu finden. Ich muss auch sagen, das ist offenbar ein Bereich, der schon sehr stark besetzt ist. Wenn wir unsere Nachbarregion in der

Steiermark oder im Burgenland ansehen, dann haben die das rechtzeitig genutzt, auch auf Grund der Tatsache, weil sie das Glück hatten, entsprechende Vorkommen zu finden. Ich weiß nicht, ob es noch zeitgemäß ist, diesen entsprechend zu forcieren. Wir stehen aber auch dafür, dass es ein Ganzjahrestourismus sein soll. Wellnessbereich ist sehr "in". Das ist überhaupt keine Frage.

Im allgemeinen Wirtschaftsbereich müssen wir sagen, dass es natürlich auch bei den gesamten Gesellschaften darum geht, dass eine Überschaubarkeit gegeben ist. Speziell im Tourismus ist es so, dass Touristiker selbst beklagen, dass sie überhaupt keine Durchblicksmöglichkeit mehr haben. Sie wissen nicht mehr, welche Gesellschaft welche Aufgaben zu erfüllen hat, wie die Verschachtelung ineinander ist. Da kennt sich, glaube ich, nur noch der Referent selber aus. Es geht auch darum, dass nicht der große Einflussbereich des Referenten und die Zugriffsmöglichkeiten zu allen Gesellschaften hierbei gegeben sind.

Was die Lehrlinge betrifft, über die heute schon sehr viel diskutiert worden ist, sagen wir auch, dass wir eigentlich dafür sind. Das ist eine Anregung, die aus der Wirtschaft kommt; interessanterweise aus einem Betrieb, der (politisch organisiert) eher der SPÖ zuzuordnen ist bzw. nicht „eher“, sondern er ist dort organisiert, aber gute Ideen gebracht hat. Ich glaube, gute Ideen sollte man aufgreifen. Man hat gemeint, wir sollten schauen, dass wir die Lehrlinge mit Schülern und Studenten insofern gleichstellen, als dass die Zahlungen, die Sozialversicherungsleistungen, Krankenversicherung, Pensionsversicherung, ähnlich wie beim Schüler und Studenten ebenfalls während der Ausbildungszeit von den Eltern übernommen werden, dass sie bei den Eltern mitversichert sind. Dadurch erreicht man, dass man erstens einmal den Lehrling für den Lehrbetrieb wieder günstiger macht und eine Gleichstellung zu den Auszubildenden im Schulbereich und als Studenten erfahren sollte. Ich glaube, das wäre eine Überlegung wert, die wir hier aufgreifen sollten, weil damit die Attraktivität, seitens der Betriebe wieder mehr Lehrlinge einzustellen, doch gegeben ist. Es wäre, glaube ich, überlegenswert, auch in dieser Richtung uns Gedanken zu machen.

Was die Energie betrifft: Selbstverständlich sind

Lutschounig

wir auch als Volkspartei jene, die den Alternativbereich in besonderer Weise auch in den letzten Jahren forciert haben. Wir bekennen uns zum „Kärntner Energiekonzept“. Wenn hier festgeschrieben ist, dass es Neuerungen geben sollte, dass es ein neues Konzept geben sollte, dann sind wir auch dafür zu haben. Wenn es nur als Succus hervorgeht, dass tatsächlich die Alternativenergie in allen Belangen – das ist eine sehr breite Palette – jedenfalls entsprechend forciert wird. Ich glaube, dass vor allem die landes-, bundes- und gemeindeeigenen Gebäude hierbei als Vorreiter, als Vorbild fungieren sollten. Wenn wir schon Alternativenergie-Projekte forcieren, dann sollten wir mit gutem Beispiel voran gehen. Ich glaube, es wäre dann leichter, auch zu jenen privaten Initiativen zu sagen: „Ja, wir gehen mit gutem Beispiel voran. Wir stehen nicht nur verbal hinter so einer Entwicklung.“

Die Frage „Hoffentlich wird die Anschlussförderung, wie sie von Landesrat Wurmitzer eingeführt wurde, auch vom Energiereferenten Landesrat Rohr, der jetzt auch Gemeindereferent ist, weitergeführt?“, ist sehr wichtig. Dies deshalb, weil man dadurch auch die Kosten entsprechend reduzieren kann, was die Betreiber betrifft.

Im Kulturbereich ist es so, dass natürlich das eine sehr weite Aufgliederung in diesem Papier erfährt. Nur eines fällt mir in diesem Bereich schon auf, als einem, der auch als Vertreter im kulturellen Bereich tätig ist, als Sänger und als einer, der die Volkskultur und die Kultur am Land in besonderer Weise lebt: dass es nicht so sein kann mit der zurzeit gepflogenen Praxis, dass einfach bei jeder Festivität Politiker (meistens sind es jene der Freiheitlichen Partei) dort auftreten und als die großen Geldverteiler in Aktion treten. Das ist mir, ehrlich gesagt, schon fast widerlich, diese Art und Weise, wie das passiert. Ich bekenne mich zur Volkskultur, und ich weiß, dass das auch entsprechenden Geldes bedarf und mit finanziellen Vorsorgen verbunden ist. Aber diese Art und Weise, wie sie Praxis ist, ich wiederhole mich, ist widerlich! Ich bitte darum, sich doch andere Dinge zu überlegen, damit man das nicht in der Form macht, dass jeder nur Geld gibt, die Briefftasche aufmacht und einer den anderen übertreffen will und sagt: „Eure Initiative ist mir auch 5.000 Euro wert.“ Die haben gesagt: „Aber, wir brauchen das Geld eh nicht.“, wie es unlängst einmal war. Einer sagte: „Wir haben eh Geld, aber annehmen wer-

den wir es selbstverständlich, wenn wir es bekommen.“ Dass das in Vorwahlzeichen besonders intensiviert wurde, ist natürlich selbstredend. (3. Präs. Ing. Scheuch: *Sei nicht so geizig, Lutschi! – Heiterkeit im Hause.*) Ich lasse das einmal, aber man sollte in Zukunft darüber nachdenken, wie wir das ein bisserl anders gestalten können. (*Lärm im Hause*)

Es wird notwendig sein, meine Damen und Herren, dass es auch in den vielen budgetären Maßnahmen eine Aufklärung geben wird, was die Kosten anlangt, vor allem die Wahlkampfkosten - oder, wie ich meine, die missbräuchlich verwendeten Wahlkampfkosten -, tatsächlich mit Steuergeldern, die hier geflossen sind, dass das entsprechend aufgeklärt wird. (3. Präs. Ing. Scheuch: *Die großen Wahlplakate des Wurmitzer. Da musst du einmal nachschauen gehen!*) Ich glaube, dass es hierbei einige Leichen im Keller gibt. Darüber wollen wir eine konkrete Aufklärung.

Aber im Großen und Ganzen glaube ich, dass wir auch als Volkspartei für einen neuen Anfang bereit sind, für eine neue Qualität des Zusammenarbeitens in Kärnten. Das haben wir schon am Anfang bei der 1. Sitzung bewiesen. Das wollen wir dort, wo es mit unseren Vorstellungen auch entsprechend vereinbar ist, auch in der Zukunft so sehen.

Ich wünsche unserer Arbeit jedenfalls eine gute Hand bei der Führung und eine gute Zeit! Danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion und den Grünen*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Als Nächste hat sich Frau Abgeordnete Warmuth gemeldet. Ich erteile ihr das Wort!

Abgeordnete **Warmuth** (FPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Hohe Beamtschaft! Sehr geehrte Herren auf der Zuschauertribüne! Wenn der Herr Kollege Lutschounig nur sehr wenig gefunden hat, was in diesem „Regierungsprogramm“ erwähnenswert ist, dann wundert es mich sehr – im Gegensatz zum Kollegen Grilc, der viel zu sagen gewusst hat und das

Warmuth

auch unterstreicht.

Wenn er die Freiheitlichen kritisiert hat, dass sie bei Volkstumsveranstaltungen hohe Spenden zur Verfügung stellen, darf ich dazu nur eines sagen. Ein praktisches Beispiel: Rüstwagenweihe in Klein St. Paul. Kollege Landesrat Wurmitzer hat als Feuerwehrreferent den Ehrenschutz gehabt, hat nicht nur eine namhafte Spende – was ja auch gut war – für das Feuerwehrwesen dort gemacht, sondern, ich höre und staune, 10.000 Euro für die Kulturvereine und Sänger dieses Ortes zugesagt! (*3. Präs. Ing. Scheuch: Es ist ja nur der Lutschounig neidig!*) Auch das ist vorgekommen. Das sei nur der Ordnung halber erwähnt. Es ist aber nicht verboten, gescheiter zu werden! (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Und? Hat er es auch eingehalten, der Landesrat?!*) Das weiß ich nicht. (*Abg. Lutschounig: Im Gegensatz zum Pfeifenberger hält er es ein. Es gibt Beispiele dafür!*)

Geschätzter Kollege Lutschounig, ich darf als Sozial- und Familienpolitikerin sagen, dass ich mit diesem „Regierungsprogramm“ sehr zufrieden bin. Es signalisiert für mich Stärke und Offenheit für ein noch menschlicheres und zukunftsorientierteres Kärnten. Die darin enthaltenen Themenbereiche zum Schwerpunkt „Soziales Kärnten“ beweisen Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Familien, den Senioren, der Jugend und den Menschen, die Hilfe suchen – aber auch gegenüber der Frauenproblematik! Ich freue mich daher, dass es zu einer „Kärntner Lebenssicherung“ kommt! Das hat es bisher auch noch nicht gegeben. Die Bürger sollen dabei als „Kunden des Sozialsystems“ behandelt werden, nicht als Bittsteller.

Wir stellen aber auch fest: Die Freiheitlichen lehnen die vom Bund angepeilte Umwandlung der Notstandshilfe in die Sozialhilfe – wegen der Nachteile für die Arbeitslosen – ab! Statt für die Betroffene schwer überschaubare Einzelförderungen zur Verfügung zu stellen, wo wir uns immer wieder gefragt haben: „Wo bekommt man was her?“, soll es nun eine Mindestsicherung, einen Sockelbetrag mit Rechtsanspruch, geben. Künftiges Ziel ist daher, nur mehr eine Anlaufstelle, nämlich die bei der Bezirkshauptmannschaft, zu schaffen. Es gibt hier dann eine ganzheitliche Beratung der Problemfälle durch ein kompetentes Expertenteam.

Die Vorarbeiten für die „Kärntner Lebenssiche-

rung“ werden natürlich sehr intensiv sein. Sie bedeuten aber auch ein Ende des Hürdenlaufes der Bürokratie bei den Antragsinstitutionen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich begrüße es aber auch als Sozialpolitikerin, dass in dieser Arbeitskoalition den Wünschen der älteren Menschen unseres Landes entsprochen wird, nämlich der Intention für ein Altern in Würde und Menschlichkeit. Es wird dabei auf die individuelle Lebensgewohnheit pflegebedürftiger und zu betreuender Menschen noch stärker Rücksicht genommen werden.

„Alt werden zu Hause“ ist ebenfalls ein Slogan, den wir seit vielen Monaten propagieren und den wir umsetzen wollen. Das muss durchführbar und leistbar sein! Es werden künftig mehr pflegende Angehörige noch mehr geschult, sozialrechtlich abgesichert sowie auch die Kurzzeit- und Übergangspflege ausgebaut werden.

Geschätzte Damen und Herren! Als große Herausforderung für die Zukunft zählt jedoch die Beantwortung der Frage „Wie schaffen wir es, dass Frauen und Männer künftig ihre Berufs- und Familienwelt besser vereinbaren können?“ - Nun, gerade in Kärnten haben wir wieder einen wesentlichen Schritt in Richtung „familienfreundliches Bundesland“ gemacht. 2001 wurde das Kindergeld von Kärnten ausgehend eingeführt. Es wurde die Familienförderung vom dritten auf das zehnte Lebensjahr ausgedehnt. Es gibt ein Schulstartgeld bis zum 15. Lebensjahr, und es wurden zahlreiche Kinderbetreuungseinrichtungen geschaffen. Künftig wird es aber auch notwendig sein, noch mehr Angebote an bedarfsgerechter Kinderbetreuung anzubieten, und zwar angelehnt an die Arbeitszeiten der Eltern. Ich verweise darauf, dass es in Kärnten 18.000 Kinderbetreuungsplätze gibt. Ausgelastet sind jedoch nur 16.000. Das heißt, es sind genügend Betreuungsplätze vorhanden. Was wir aber tun müssen, das ist, diese Betreuungsplätze mehr an den Bedarf der Eltern anzupassen, beispielsweise: dass jene Frauen, die nach der Karenzzeit in den Beruf wiedereinsteigen wollen, für Kinder bis zum dritten Lebensjahr Kinderbetreuung erhalten. Das ist derzeit noch ein Defizit. Da gehören Tagesstuben, aber auch Tagesmütter zur Verfügung gestellt! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Mit ein Ziel muss es aber auch sein, die Nachmittagsbetreuung mit arbeitslosen Junglehrern

Warmuth

auszubauen. Ich freue mich aber auch, dass 2002 speziell für die Abwanderungsgemeinden die „altersgemischte Kinderbetreuung“ eingeführt wurde. Ich orte jedoch – das Gesetz besteht ja immerhin schon zwei Jahre lang –, dass es in Kärnten nur elf Gemeinden gibt, die diese Betreuungseinrichtung anbieten. Ich glaube, das ist auch ein Auftrag der Bürgermeister, in der Umsetzung nicht nur zu jammern: „Die Familien wandern uns ab.“ Dann müssen wir aber auch die familiäre betreuungsrechtliche Situation mitbetrachten. Immerhin können bei der „altersgemischten Kinderbetreuung“ vom Land geförderte Betreuungspersonen zur Verfügung gestellt werden, und zwar für Kinder von 1 bis 15 Jahren. Das ist ja doch ein großes Entgegenkommen! Ich denke, dass damit auch jede kleine Gemeinde eine Chance bekommt, die Kinder betreut zu wissen und somit auch ein Zuckerl an die Familien anbieten kann.

Ich freue mich aber auch, dass die Schwerpunkte „Bewegungskindergarten“ – der ja jetzt in St. Veit zum Tragen kommt – und die „Sprachförderung im Kindergarten“ weiter geführt werden. Es ist aber auch erfreulich, dass wir in Kärnten bei der Integration der beeinträchtigten Kinder österreichweit eine Vorreiterrolle haben. Dafür muss ich schon sagen, ist dem Familienreferenten herzlich zu danken! Er war hier sehr weitblickend und sozial eingestellt. *(Den Vorsitz übernimmt um 11.03 Uhr 2. Präs. Ferlitsch.)*

Begrüßenswert ist auch, dass mit dem Familienfonds-neu ab 2005 Alleinverdiener und Alleinerzieher verstärkt zu finanziellen Unterstützungen kommen werden: je nach sozialer Bedürftigkeit. Wenn beispielsweise Kinderbetreuungseinrichtungen mit Elternbeiträgen schwer zu zahlen sind oder andere Anschaffungen in der Familie, so wird man hier ganz spezifisch das Problem durchleuchten und diese Familie unterstützen.

Ich freue mich weiters, dass die Umsetzung des Kärntner Geburtengeldes in der Höhe von 800 Euro sowie die Mütterpension für Frauen mit mehreren Kindern ohne bisherige pensionsrechtliche Absicherung zum Tragen kommen werden. Dies alles bedeutet für die Zukunft, dass die Kärntner Landespolitik ihren Familien noch mehr Wertschätzung und finanzielle Hilfestellung zuwenden wird.

Sehr geehrte Damen und Herren! Abschließend noch ein Wort zur Frauenförderung und – gleichstellung. Es ist eine Tatsache, dass in der

Wirtschaft die Frauen sehr geringe Aufstiegschancen haben. Ich bin jedoch der Meinung, dass es nicht die Politik ist, nicht die Landespolitik sein kann, dass hier eine Umsetzung in der Wirtschaft durchgeführt wird. Hier sind die Sozialpartner gefordert! Es gibt sehr wohl den „Bewerb der frauenfreundlichen Betriebe“. Es gibt, vom Bund angeboten, das „Familienaudit“, wo es auch um Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern geht. Es gibt „Frauenförderpläne“. Das alles gibt es schon – es muss nur angenommen und umgesetzt werden.

Worüber ich mich besonders freue, das ist, dass es in Kärnten im Rahmen des "gender mainstreamings" eine sehr gute Entwicklung gibt, und zwar dahingehend, dass eine Expertinnengruppe ein diesbezügliches Konzept zur Implementierung in die Landesverwaltung bereits erarbeitet hat und Kärnten österreichweit im gender mainstreaming federführend ist. Ich höre auch von der Frauenbeauftragten, dass bereits das Ausland sich für dieses gender mainstreaming hier in Kärnten interessiert. Es ist mit ein Anliegen, das ich heute ihr – in Abwesenheit der Frau Landesrätin Schaunig – höchste Anerkennung für diese Leistung ausspreche! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Ich danke aber auch dem Verhandlungsteam der Regierungsparteien, die mit diesem „Regierungsprogramm“ einen Fahrplan für ein noch sozialeres und menschlicheres Kärnten erarbeitet haben. Auch wir im Kärntner Landtag werden selbstverständlich dazu unseren Beitrag leisten. Ich schließe mit den Worten von John F. Kennedy: „Wenn wir uns einig sind, gibt es nur wenig, was wir nicht tun können. Wenn wir uns uneinig sind, gibt es nur wenig, was wir tun können.“ *(Beifall von der FPÖ- und der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gebhard Arbeiter. Ich erteile dir das Wort!

Abgeordneter **Arbeiter** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Es

Arbeiter

haben heute schon die meisten Redner das „Regierungsprogramm“ – bis auf die ÖVP, verständlicherweise – im Grunde genommen sehr positiv diskutiert und ihre Diskussionsbeiträge abgegeben. Trotzdem gestatten Sie mir, dass ich ein wenig in der Vergangenheit verbleibe! Wenn ich den Kollegen Grilc – den ich persönlich sehr schätze, damit er es weiß – gehört habe, hat die ÖVP eine völlige Kehrtwendung in einigen Fragen gemacht. Kollege Lutschounig wieder hat das relativiert, weitgehend in die alten Meinungen der ÖVP.

Ich bin schon bass erstaunt – oder liegt es am „Professor“ Sablatnig, der nicht mehr da ist? -, in welcher Weise man heute eines der größten Bauvorhaben, die wahrscheinlich in diesem Jahrhundert stattfinden werden, nämlich das LKH-neu, hier diskutiert bzw. ich höre zumindest Zustimmung von Seiten des Kollegen Grilc in diese Richtung. Weil in allen Sitzungen, Aufsichtsrat, Besprechungen in den Krankenhäusern, hier im Landtag und den Ausschüssen oder was immer es noch geben sollte, hat es bisher ein klares Nein zu diesem Vorhaben gegeben. Wir sind ja kräftigst - beide Parteien, die das getragen haben – kritisiert worden. Auch die Medien haben das immer wieder aufgegriffen.

Irgendwo waren wir uns vor vielen, vielen Jahren einig, auch mit der ÖVP, dass der Bereich „Gesundheitswesen“ und andere Bereiche, wovon die Bevölkerung wirklich betroffen ist, eigentlich aus der Tagespolitik herausgehalten werden sollten. Leider ist es in dieser Frage und auch in anderen Fragen nicht dazu gekommen. Ich werde das bei der nächsten mir möglichen Gelegenheit kundtun, dass hier eine ganz gravierende Änderung auch in der Meinung der ÖVP stattfindet. Wir werden das allerdings bei der nächsten Aufsichtsratsitzung dementsprechend sofort wieder merken.

Ich möchte trotzdem, wenn ich in die Vergangenheit zurückblicke, eine der wenigen Möglichkeiten haben, dem Herrn Landeshauptmann direkt ins Gesicht zu sehen, bei der Landtagssitzung. Er hat sicherlich, wie alle anderen Regierungsmitglieder, auch Aufgaben, die er wahrnimmt. Das kritisiere ich ja nicht. Aber er war wahlwerbend auch im LKH Klagenfurt und in vielen anderen Bereichen unterwegs. (3. Präs. Ing. Scheuch: Gott sei Dank!) Gott sei Dank! Selbstverständlich! Ja! Ich sehe das positiv. Ich

hoffe, du sagst noch einmal „Gott sei Dank!“, wenn du weißt, was ich jetzt sagen werde, lieber Herr Kollege! (*Heiterkeit im Hause*) Der Herr Landeshauptmann hat auch eines kundgetan, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor der Führungsscrew des Hauses. Es waren dort die wesentlichen Abteilungsvorstände, Oberschwestern und alles, was Rang und Namen hat, anwesend; auch der Betriebsrat war vertreten, und zwar durch Kollegen Auer. Der Herr Landeshauptmann hat dort folgenden Satz kundgetan, an den ich ihn fünf Jahre lang erinnern werde, sollte er sich nicht daran halten. Ein Bekenntnis einmal zum Gesundheitswesen, zu den Krankenanstalten, muss ich fairerweise einleitend sagen. Und dann hat er Dinge gesagt, bitte schön. Ich bringe es mit meinen Worten: Hören wir auf mit diesen Privatisierungsneurosen, mit dem Outsourcing, mit den Ausgliederungen, weil in der Vergangenheit - und das interpretiere ich jetzt dazu - diese Ausgliederungen, Privatisierungen in den Bereichen nichts gebracht haben. Ein paar Manager, die teuer bezahlt werden, die nicht das machen, was die Politik eigentlich vorgibt; leider weitgehend, muss ich dazu sagen, weniger Personal, sodass die Personaldichte in gewissen Bereichen so dünn ist, dass es wirklich Probleme gibt. Das weiß er ganz genau. Das hat er auch gesagt. Wenn man die Vergleiche einbringt und noch dazu die Kosten der Beraterfirmen, die ständig ausgegeben werden, dann frage ich mich wirklich, wofür wir in den letzten Jahren – jetzt nicht nur im Bereich der Krankenanstalten, sondern auch in anderen Bereichen – Millionen an Geldern für Beratungen ausgegeben haben, die weitgehend nur das gebracht haben, dass man zum Schluss kommt: Neubau weniger, aber dass wir wesentlich mehr in gewissen Bereichen Personal benötigen würden.

Ich bin sehr gespannt, Herr Landeshauptmann und lieber Peter Ambrozy, wie dieses Vier-Augen-Prinzip jetzt in der Bewältigung dieser Aufgabe funktionieren wird. Ich bin beauftragt von der ARGE der Landes- und Gemeindebediensteten, einmal kundzutun, dass wir sehr dringend Termine wollen – und wir haben auch schriftlich einige Punkte vorgelegt, damit will ich aber heute den Landtag nicht strapazieren -, aber dass man jetzt sehr bald auch diese Dinge bespricht, mit beiden zuständigen Herren, weil eine gewisse Verunsicherung durch neue Dinge, die in diesem Regierungsprogramm natürlich

Arbeiter

drinnen sind, für die, die es betrifft, natürlich das mit sich bringt. Ich glaube, dass man sehr bald wollen wird, gemeinsam und wir selbstverständlich als Arbeitnehmer gewählte Vertreter – weil so viele sitzen wir da im Landtag da nicht mehr herinnen, nur nebenbei bemerkt – auch eine gewisse Sicherheit. Die wollen wir auch für die zu vertretenden Kolleginnen und Kollegen, aber auch, um das der Kärntner Bevölkerung dann mitteilen zu können .

Herr Landeshauptmann, ich bin zu deinem Verhalten noch nicht fertig. Sie haben in Ihrer Tischlade einen Regierungsbeschluss. Und da war die ÖVP auch dabei – aber früher, als ich Lutschounig zugehört habe, war sie sowieso wieder nirgends dabei; das hören wir ja aus Wien jede Woche. Alles, was irgendwo ein bisserl negativ behaftet ist, da waren Sie nicht dabei. (3. Präs. Ing. Scheuch: *Deswegen war es gut, dass die ÖVP in der Regierung war.*) Sie war „eh nie in der Regierung“, Kollege Scheuch. Du bist gut beraten, wenn du bei mir wenige Zwischenrufe machst. Du solltest dich noch daran gewöhnen! (*lachend:*) Herr Landeshauptmann, Sie haben noch immer einen mehrheitlichen Beschluss der ÖVP/FPÖ zum Verkauf der Krankenanstalten in Ihrer Tischlade. Für den Verkauf der Krankenanstalten, um 109 Millionen Euro, mit Grund und Boden. (3. Präs. Ing. Scheuch: *Du hast in die falsche Tischlade geschaut. Das war es!*) Ich schaue in keine Tischlade hinein. Ich habe so viele Freunde in der FPÖ, die mir das sowieso berichten. Da brauchst du keine Sorge haben, Kollege Scheuch! (*Heiterkeit*)

Meinen Antrag in den alten Kärntner Landtag zu entsorgen, wurde natürlich, nachdem wir keine Mehrheit gehabt haben, mit den Stimmen der FPÖ – verstehe ich – und der ÖVP abgelehnt. Ich glaube, wenn wir jetzt wirklich beginnen, und sehr viele Redner haben das positiv skizziert, dass wir an diese Dinge – ich weiß nicht, ob es irgendwo eine Möglichkeit gibt, einen Reißwolf zu haben – ich meine jetzt nicht dich, (*zum 3. Präs. Ing. Scheuch gewandt*), sondern einen richtigen Reißwolf, wo man diesen Regierungsbeschluss durchjagen könnte, dass man das in der nächsten Zeit das auch machen sollte. Ich glaube, auch dieses Vorhaben hat nicht das gebracht, was wir alle wollen, und weder zur Beruhigung der Bevölkerung noch unserer zu vertretenden Bediensteten beigetragen.

Ich habe im „Regierungsprogramm“ einige recht interessante Dinge gefunden. (*LH Dr. Haider: Schon, gelt! – 3. Präs. Ing. Scheuch: Gott sei Dank!*) Ja, selbstverständlich! (*Lärm und Heiterkeit im Hause*) Kollege Ambrozy, jetzt auch hier in der Deutlichkeit: Ich bin von vielen Seiten gefragt worden, ob ich eine Freude mit dem „Arbeitsübereinkommen“ habe. Ich habe ehrlich geantwortet: „Nein.“ Ich habe mir das dann angeschaut. Nachdem er ja weiß und so weiter, sind viele Passagen drinnen, gar keine Frage - unser Klubobmann hat das ja sehr potent hier vorgetragen -, die deutliche Züge der SPÖ tragen. Die ÖVP hat gesagt, „... sogar mehr als von der FPÖ ...“, wenn ich es richtig gehört habe, Kollege Grilc. (*Abg. Mag. Grilc: Nach meiner Einschätzung: Ja! Gut zugehört! Danke!*) Das habe ich mir gemerkt. Schau dir das an! Ja! Ich horche dir immer gerne zu. Wir werden dazu selbstverständlich „ja“ sagen.

Meine Herren und die, die Verantwortung in der Landesregierung tragen! Die Dame ist nicht anwesend. Sehr wenig ausformuliert sind gewisse Fonds wie Arbeitnehmerförderung. Ich erwarte mir, dass diese Dinge nicht nur Überschriften bleiben, sondern tatsächlich, wie in der Vergangenheit, die notwendigen Mittel, um überhaupt in der Arbeiterkammer, gemeinsam natürlich mit dem Land, arbeiten zu können, dementsprechend dann auch im Budget vorhanden sein werden. Ich hätte mir dazu eine wesentlich bessere Ausformulierung erwartet. Es stört mich. Die Schlagworte brauche ich da nicht zu wiederholen: „Qualität sichern, Krankenhäuser erhalten“. Das kennen wir. Das haben wir so oft behandelt.

Aber ich möchte noch etwas einbringen. Es ist vielleicht nicht schlecht, wenn so etwas irgendwann auch einmal im Protokoll steht und man später darauf verweisen kann und selber die Arbeitsbedingungen für die Gesundheitsberufe verbessert. Es ist sonst nicht meine Art, vorzulesen – aber das lese ich vor, damit man ganz genau weiß, was da drinsteht: „Die Arbeit im Gesundheitsbereich ist verantwortungsvoll, ausbildungsintensiv sowie psychisch und physisch ungemein belastend.“ Ich glaube, das wissen wir alle. „Wir werden die Arbeitsbedingungen in allen Gesundheitsbereichen ständig verbessern und dafür sorgen, dass insgesamt ausreichend Personal“ – ausreichend Personal! – „und eine entsprechende Infrastruktur zur Verfügung stehen.“ Jetzt noch deutlicher: „Einen Personalab-

Arbeiter

bau lehnen wir ab. Stattdessen werden wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gute Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, ständig verbesserte Arbeitsbedingungen sowie ein angemessenes und gerechtes Einkommen bieten.“ Sprich K-Schema.

Ich habe das jetzt bewusst vorgelesen, weil ich möchte, dass das im Protokoll drinsteht. Dann: „Patientenrechte ausweiten“. (*LH Dr. Haider: Ist nicht schlecht! Oder?*) Selbstverständlich! Ich stehe auch voll dahinter! (*lachend:*) Herr Landeshauptmann, Sie werden der Erste sein, den ich daran erinnere, wenn es anders geht. (*LH Dr. Haider: Ich habe schon einmal eine Arbeitsplatzgarantie gemacht!*) Ich hoffe, dass das bis ins Jahr 3000 hält. (*3. Präs. Ing. Scheuch: Wenn der Landeshauptmann so lange bleibt?!*)

Wir haben in der letzten Landtagsperiode ständig diskutiert: Patientenrechte verbessern. Das ist auch gemacht worden. Patientenkarte einführen und diese ganzen Dinge, sodass diese natürlich unterstützt und weiter geführt werden. Ich brauche jetzt darauf nicht einzugehen. Wir haben aber etwas nicht zu Stande gebracht: dass wir eine Pflegeanwaltschaft eingeführt haben. Da hat mich mein Obmann, Peter Ambrozy, kritisiert, weil wir da nicht ganz einer Meinung waren. Wir sind der Meinung, dass dieser Pflegeanwalt dringend ist. Wie das gemacht wird, darüber sollte man sehr schnell diskutieren. Ich hoffe, dass es Einigkeit bei beiden verantwortlichen Parteien geben wird, weil es dringend notwendig wäre, in diesem Bereich in einer der nächsten Ausschusssitzungen darüber zu reden und vielleicht eine Lösung zu finden. Auch dabei hat die ÖVP immer eine komische Rolle gespielt. Ich bin nicht der Meinung der ÖVP, dass der jetzige Arzt als Patientenanwalt auch die Pflegeanwaltschaft übernehmen soll. Gemeinsame Führung: ja – aber in diese Richtung sollte man sehr schnell darauf eingehen. Ich weiß, dass ich nicht unbedingt die Zustimmung meines Obmannes Peter Ambrozy in dieser Frage habe. Aber vielleicht werden wir uns doch einmal zusammensetzen und das über die Bühne bringen. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Jetzt einigt euch doch endlich! – Heiterkeit im Hause.*) Herr Kollege Gallo! (*LH Dr. Haider: Ich werde zwischen euch beiden vermitteln!*) Ich habe Jahrzehnte weitgehend mit deinen Zwischenrufen gelebt. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Aber gut sind sie!*) Ich freue mich darüber! Gar keine Frage! Das nächste Mal erspare

ich mir das und nehme mir überhaupt keine Blatt vor den Mund, provoziere dich ein bisschen. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Machen wir Doppelconférencier!*) Machen wir Doppelconférencier, und dann können wir auch darüber reden.

Prinzipiell ist es so, dass wir von der SPÖ hohe Erwartungen in dieses Programm haben. Unsere Vorredner, vor allem aus der SPÖ, haben ja verschiedene Teile andiskutiert. Wir haben natürlich die Möglichkeit, bei allen Tagesordnungspunkten das auch zu machen. Ich hoffe, dass das, was da oben steht „Stark für Kärnten – offen für Europa“ auch in dieser Periode zutrifft!

Den Grünen darf ich alles Gute wünschen! Ich freue mich auf eure Wortmeldungen. Vielleicht belebt das auch den Landtag. Ihr habt ja geschrieben: „Wir bringen Farbe herein.“ Wir werden schauen, ob uns die Farbe passt. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion und den Grünen*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Lesjak. Ich erteile Ihnen das Wort!

Abgeordnete **Mag. Lesjak** (GRÜ):

Geschätzter Präsident! Sehr geehrte Regierungsmitglieder! Hoher Landtag! Geschätztes Publikum! Ergänzend zu meinem Kollegen Rolf Holub möchte ich zwei Dinge hinzufügen. Ich werde mich kurzfassen. Es ist offenbar da unüblich. Wenn man das erste Mal da ist, weiß man das noch nicht so genau, aber es ist üblich, dass da sehr lange geredet wird. Es ist auch nicht interessant, wenn viel geredet wird, ohne viel zu sagen, daher fasse ich mich kurz.

Betrachtet man das „Regierungsprogramm“ und auch die Reden dazu, dann fallen mir zwei Sachen auf. Da ist vom „Willen des Wählers“ die Rede - dem Willen des Wählers, der dann darin Ausdruck findet, dass es ein „Regierungsprogramm“ gibt und diese Regierung. Da fällt mir auf: Wenn dann vom „Wähler“ die Rede ist, schließt das die „Wählerin“ aus. Das heißt, 50 % des „Regierungsprogramms“ spiegelt diese Wirklichkeit wider. Das sind 50 % dessen, was da getan werden sollte, was getan werden muss. Die Wählerin kommt hier nicht vor. (*Den Vor-*

Mag. Lesjak

sitz übernimmt um 11.23 Uhr 1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag.)

Sie wissen ja: „Sprache schafft Wirklichkeit“. Das ist etwas, was sich in diesem „Regierungsprogramm“ quasi widerspiegelt und Ausdruck findet. Inhaltlich ist das ja auch so: Wir finden hier keine verantwortungsvolle Frauenpolitik, also Frauenförderung hat überhaupt keine stattgefunden. Da muss ich der Frau Abgeordnetenkollegin Warmuth widersprechen: von gender mainstreaming ist weit und breit keine Spur. „Frauenpolitik“ ist eine der Worthülsen im „Regierungsprogramm“. Es gibt keine verantwortungsvolle Sozialpolitik. Dies ist von vorgestern. Die ist traditionell und verfrachtet die Familien in ein Rollenbild, das wir vor 100 Jahren gehabt haben; bestenfalls. Eine Wirtschaftspolitik, wo der Aberglaube besteht, dass die Politik hier in der Wirtschaft etwas erreichen kann, dem ist ja wohl nicht so. Das ist doch ein wenig komplexer, als wenn es möglich wäre, dass man Arbeitsplätze schaffen kann. Ja, wie denn?! Ist das ein Zauber? Oder ist das eine besondere Fähigkeit? Gesehen habe ich ja nicht, dass das geht. Auch eine äußerst halbherzige Bildungspolitik, wo ich nicht sehen könnte, dass hier investiert wird in die Zukunft, nämlich in die Jugend; wovon ja immer die Rede war.

Aus meiner Sicht, aus unserer Sicht ist es so, dass wir sehr enttäuscht feststellen müssen, dass dann hier auch von „einer neuen Qualität der Zusammenarbeit“ die Rede ist, wobei sehr fraglich ist, wie das sein soll, weil die handelnden Personen fast ausschließlich dieselben sind. Es sind dieselben Personen. Wie soll es also gehen, dass hier ein alternatives „Regierungsprogramm“ auch wirksam werden kann?

Wenn dann von „positiven Kompromissen“ die Rede ist, kann das wohl nur ein Pseudonym für diese Verlegenheit der Ideenlosigkeit, der Konzeptlosigkeit sein. Es gibt kein Profil in diesem „Regierungsprogramm“. Na ja, ein bisschen Schönrederei. Es sind hauptsächlich Überschriften.

Damit komme ich auch schon ans Ende meiner Rede. Ich schließe nicht mit den Worten eines anderen. Ich habe mir selber etwas überlegt. Das sind Worthülsen, hauptsächlich, und pseudopolitische Sprachübungen, die in diesem „Regierungsprogramm“ fabriziert werden. Der Erfolg dieser Regierung bleibt daher zu bezweifeln. Wir

werden sehr genau aufpassen, ob dieses „Regierungsprogramm“ umgesetzt werden wird, ob eine Frauenpolitik umgesetzt werden wird, ob eine Sozialpolitik umgesetzt werden wird. Wir kennen natürlich, wie es bis jetzt passiert ist: eher schlecht als recht. Zum Glück sind wir aber jetzt im Landtag, und wir können dafür sorgen, dass da doch etwas weitergeht! Danke! (*Beifall vom Abg. Holub*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es liegt keine Wortmeldung von Abgeordneten mehr vor. Als Nächster hat Herr Landesrat Martinz sich eingetragen. Ich unterbreche ganz kurz. Ich habe bereits veranlasst, dass er geholt wird; er hat sich schon gemeldet. Es wird dann noch Landeshauptmann-Stellvertreter Ambrozy zu Wort kommen. (*LR Mag. Dr. Martinz trifft im Plenum ein.*) Der Herr Landesrat ist nun eingetroffen. Ich setze daher die Sitzung fort und erteile ihm gleich das Wort!

Landesrat **Mag. Dr. Martinz** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Wir haben die Loseblattsammlung durchgeklaut, die Loseblattsammlung des vorgelegten so genannten „Regierungsprogramms“, in dem ja auch unser Kollege Arbeiter lange suchen hat müssen, bis er das gefunden hat. Je nach Interesse des Gebietes ist es in der Bewertung unterschiedlich ausgefallen.

Die Arbeitskoalition? Ob lose oder fest, ob eine ARGE oder eine Arbeitskoalition; wir werden ja noch im Laufe der Jahre draufkommen, wie das wirklich heißt. Ich freue mich mit Ihnen. Mit Verwunderung stelle ich fest, dass auch die Grünen dem beitreten werden, nachdem das so ein Wunschkatalog an die Zukunft Kärntens ist.

„Der Wille des Wählers“ ist gefallen, ganz am Anfang. Die Frage des Willens des Wählers, dass sich die FPÖ freut, freut mich auch für die FPÖ. Dass die Grünen überrascht sind, ist mir klar. Die ÖVP hat gelernt und erkannt. Ob die SPÖ-Wähler noch genau wissen, was da passiert ist, weiß ich nicht. (*2. LHStv. Dr. Ambrozy: Ist*

Dr. Martinz

geheim.) Ja? (*lachend:*) Wahrscheinlich ist es geheim. Wahrscheinlich ist es eine „geheime Arbeitskoalition“.

Unser Antrag auf Verfassungsänderung zur Wahl des Landeshauptmannes kommt auch aus dieser Beobachtung der Vorgänge der letzten Wochen, dass wir einfach schauen werden müssen, dass nicht drei Abgeordnete irgendwann einmal den Landeshauptmann werden wählen können, sondern dass wir schon stabile Mehrheitsverhältnisse für die Wahl des Landeshauptmannes haben müssen. Man weiß ja nicht, wie die zukünftige Form hier noch einsetzt.

Es ist gesprochen worden von den „handelnden Personen vorher und nachher“. Vorher hat man sich offensichtlich nicht gut verstanden. Ich habe das auch immer nur aus den Medien, aus den Berichten und aus den „Streitkulturen“ entnehmen können. Nachher und jetzt sehe ich, und ich freue mich, dass das eingetreten ist: ein offensichtlich besseres Klima. Ich sehe das auch unter anderem als schon eine erste Auswirkung des Einzuges auch prominenter Persönlichkeiten aus dem Gemeindebereich, aus dem Bürgermeisterbereich, die hier ganz andere Vorstellungen gelernt haben, wie Politik vor sich geht, nämlich in konsensualer Form. Ich freue mich, dass diese Kraft hier auch im Landtag schon so zum Ausdruck kommt!

Ich sehe aber auch offensichtlich, dass die Neupositionierung unserer ÖVP und von uns her einen gewissen Druck ausübt, hier eine große Koalition schnell zu machen und hier den Konsens in den Vordergrund zu stellen, um eben diese Argumente des Gemeinsamen auch damit zu unterstreichen.

Ob das Land davon profitieren wird, meine Damen und Herren, diese Frage werden wir sehen. Ob der kleinste gemeinsame Nenner der neue Standard für die Lösung der Zukunft der Kärntner Fragen sein wird, auch das werden wir sehen. Wir werden natürlich auch genau schauen, ob nicht auch paktierte Parteiinteressen unappetitliche Urstände feiern werden, wenn so große Blöcke so halbheimlich paktieren. Mein weiß, was da dann oft herauskommt. (*Lärm im Hause*) Aus Zeitungen hat man das immer erfahren und aus den Berichten der Vergangenheit. Wenn unter der Tuchent paktiert wird, unter der Tuchent - nicht im transparenten Bereich -, erregt das schon von Anfang an eine gewisse

Aufmerksamkeit und ein gewisses Interesse.

Der finanzielle Spielraum: Es ist vom „finanziellen Spielraum“ geredet worden. Ich hoffe, das ist nicht wirklich der Wunsch an den Osterhasen und an das Christkind zur gleichen Zeit! Der nicht vorliegende Rechnungsabschluss wird uns sicher noch beschäftigen und Kopfweh bereiten. Die Finanzausgleichsverhandlungen: Wir haben gehört, dass da große Brocken auf uns warten und dass die Länder und Gemeinden hier sehr, sehr unter Druck kommen werden.

Die Steuerreformauswirkungen, über die wir uns als Bürger grundsätzlich freuen dürfen, als Wirtschaft und als Bürger und im Arbeitnehmerbereich – wir haben in der Regierung Informationen bekommen –, werden aber natürlich auch massive Auswirkungen auf die Landes- und Gemeindebudgets haben.

Ob der weitere Verkauf von Familiensilber möglich sein wird, ob die Anleihe (in Gold oder sonstwie), die „Kärnten-Anleihe“, uns wirklich einen finanziellen Spielraum bringen wird? Wir werden das alles sehen.

Ich vermisse das Wort „Sparen“ in der Loseblattsammlung. Das Wort „Sparen“ kommt nicht mehr vor. Ich hoffe nicht, dass das eine Grundsatzzfestlegung für die nächsten fünf Jahre sein wird!

Auch das Wort „Reform“, das vor allem auch auf Bundesebene ein ganz wichtiges ist, um die Sicherheit und die Sicherung der weiteren Entwicklung Österreichs, aber auch Kärntens einzuleiten, fehlt in weitesten Bereichen.

Ich werde mich inhaltlich – es ist schon so viel aufgezeigt worden – nur auf einige Punkte beschränken, die für die Zukunft Kärntens einfach wichtig sein werden.

Dieses Wort „Prüfung durch Erhalt des Bildungsangebotes im ländlichen Bereich“: Ich fürchte mich vor diesem Wort und vor diesem Satz, denn das kann und wird dazu führen, dass wir im ländlichen Bereich (im kleingemeindlichen Bereich) derartig unter Druck kommen werden und genau das verlieren werden, was wir an Bildung und Einrichtung ganz wesentlich für den ländlichen Bereich brauchen. Bitte nicht „Prüfung durch Erhalt des Bildungsbereiches“, sondern bitte „Senkung der Schülerhöchstzahl“. Das ist eine Antwort auf dieses Problem im ländlichen Bereich!

Dr. Martinz

Die Krankenhäuser-Standortsicherung: Es steht drinnen: „Die Krankenhaus-Standortsicherung wird eine wesentliche Frage sein.“ Das gilt auch für unseren Bereich Bezirk Feldkirchen, aber auch Spittal usw. Ich hoffe, dass das wirklich – und ich habe das unterstrichen – nicht nur eine Absichtserklärung bleiben wird!

Das LKH: Die langwierige, schwierige und nicht einfache LKH-Diskussion und auch das Verhalten der ÖVP - bei der aller Kritik, die wir dafür einstecken müssen – hat auch dazu geführt, dass Kostenreduktionen, in Summe, stattgefunden haben und, wie man hört, auch in der Ausformulierung des Letztstandes muss noch adaptiert werden und angepasst werden. Ich denke, das war ein wesentlicher Beitrag für dieses Projekt LKH-neu, zu dem wir selbstverständlich stehen. Die ÖVP hat maßgeblich dazu beigetragen! Vielleicht ist das nur falsch verstanden worden.

Die Gemeinden: Noch einmal die Finanzierungsbasis, sehr geehrter Herr Bürgermeister, bitte dringend und wirklich auch die Gemeinden zu unterstützen! Ich denke, dass wir hier eine Partnerschaft haben werden. Ich komme selbst aus einer Kleinstgemeinde. Ich weiß aus der Entwicklung der letzten sieben Jahre, wo ich in Ossiach sein durfte, wie schwierig die Entwicklung der Finanzlage der Gemeinden ist. Wir müssen hier dringend etwas tun! Dort kommt es zur Frage: Will man die kleinen Gemeinden noch? Ich denke, diese Frage wird niemand stellen wollen, bei uns in Kärnten.

Sicherheit: Auf der letzten Seite – ich hoffe, es ist nur zufällig die letzte Seite – steht das Kapitel „Sicherheit“. Wir haben einen sehr hohen Standard hier bei uns in Kärnten, in Österreich insgesamt. Ich bitte also, dass der Sicherheitsaspekt einen ganz besonderen Schwerpunkt bekommt. Denken wir an die Postenschließungen, an die Bezirksgendarmeriekommanden, an die Strukturen des Bundesheeres! Denken wir auch an die Unterstützung der Feuerwehren, der freiwilligen Institutionen, die hier für Sicherheit zuständig sind und die uns stark unterstützen!

Die „Frage Agrar“: Ich sehe, dass unser Referat „Agrar“ in den Absichtserklärungen sich weitestgehend deckt mit dem, was wir vorhaben. Ich denke auch, dass der Teil des agrarischen Wesens für jeden Einzelnen von Ihnen hier im Landtag und auf der Regierungsbank ein wichtiges Anliegen sein wird, das - tief verknüpft mit

den Aufgaben des ländlichen Raumes! - erste Priorität haben wird.

Europa und Außenbeziehungen: Ich hoffe nicht, dass wir eine Form von Angst, Panikmache, Verhinderung und Bundesheeraufmarsch gegen den NATO-Nachbarn haben und das nicht so eine Politik der Nachbarschaft und Außenbeziehungen sein soll, sondern ich hoffe, dass wir hier eine Koalition des Mutes der Öffnung der Partnerschaft und des Dialoges zusammenbringen.

Konsenssuche, das ist schön, zu hören! Ich hoffe auch, dass wir den endlich finden werden und dass auch die Interessenvertretungen hier einbezogen werden; Interessenvertretungen in allen Bereichen: der Wirtschaft, Arbeit, der Landwirtschaft - die Sozialpartner insgesamt. Hier habe ich in den letzten Jahren ein gewisses "An-die-Wand-drücken" der Sozialpartner feststellen müssen. Ich hoffe, dass die Sozialpartner hier wieder verstärkt in diesen Kärntner Dialog des Aufbruchs und der Neuorientierung einbezogen werden.

Meine Damen und Herren! Man hat offensichtlich lange gewartet. In den letzten Jahren ist niemand zum Handeln geschritten. Wir sind dazu bereit. Handeln wir! Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion und den Abg. Schwager und Lobnig)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Als Nächster hat sich Herr Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ambrozy zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm!

Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die Debatte über das „Regierungsprogramm 2004 - 2009“ war eine aus meiner Sicht höchst erfreuliche Debatte. Zum einen haben sich die Abgeordneten mit der Regierungszusammenarbeit sehr intensiv auch mit den Themen auseinandergesetzt. Auf der anderen Seite hat man sich sehr intensiv mit Form und äußerem Aussehen des Programms beschäftigt, wobei die Platzierung der Seiten und die Zahl, wie sie geheftet sind,

Dr. Ambrozy

ein wichtiges Thema waren. Ich denke, das ist eine sehr gute Basis für eine zukünftige Arbeit, auf der Grundlage dieses Programms.

Ich bin auch sehr froh darüber, dass erkannt worden ist, dass die Sozialdemokraten in diesem Programm sehr tieferschürfend vertreten sind und sich große Gedanken über die Zukunft Kärntens gemacht haben, wobei auch jene Teile, die mit die Handschrift der Freiheitlichen tragen, aus meiner Sicht nicht bloße Formulierungen und Absichtserklärungen sind, sondern ich habe selten ein Programm erlebt – ich bin schon länger in der Landespolitik - das derartig detailliert die Zukunft Kärntens festschreibt und auch verbindlich festschreibt. Denn dieses Programm ist ein öffentliches Programm, das erarbeitet wurde - so etwas haben wir in der vergangenen Legislaturperiode nicht gehabt -, das auch überprüfbar ist in seiner Umsetzung, in der Durchsetzung. Das haben wir ja bis jetzt nicht gehabt! Und wenn Kollege Martinz von der Tuchent gesprochen hat: Also das, was ÖVP und FPÖ in der letzten Legislaturperiode gemacht haben, das ist nur dann zu Tage gefördert worden, wenn diese Parteien plötzlich wieder in eine Konfliktsituation getreten waren. Ansonsten haben wir ja nicht gewusst, was da im Geheimen gepackelt worden ist. Ich bin daher der Meinung, dass das einmal ein geradliniger, offener Weg ist, den wir gehen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)* Das ist ein Programm, das sowohl von den technischen Voraussetzungen her über die Arbeit zu erfolgen hat, öffentlich ist und das dem Inhalte nach öffentlich ist und heute im Landtag breit diskutiert wird.

Ich erinnere mich, dass in der Vergangenheit lediglich die „Erklärung des Landeshauptmannes“ als Absichtserklärung diskutiert worden ist. Diesmal haben wir ein „Regierungsprogramm“! Die Öffentlichkeit (sprich die Wählerinnen und Wähler, die Abgeordneten des Hauses, die Presse und wer immer) wird irgendwann sagen können: „Das ist da dringestanden. Warum ist das geschehen oder so geschehen und nicht so, wie es im Programm steht?“ Ich halte das für einen guten Weg in der Politik. Daher hat mir die Debatte heute auch sehr gut gefallen.

In Wahrheit gibt es eigentlich über dieses Programm Konsens. Kollege Holub war der Meinung, das sei ein „Wunschskatalog“, und eigentlich solle Kärnten schon so sein, wie es in dem

Programm steht. Aber ich würde einmal sagen: Nachdem es nicht so ist, wollen wir es so machen! Nachdem das von dir richtig erkannt worden ist, denke ich, werden wir auch eine kräftige Unterstützung von der Seite bekommen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Grundlage, gedankliche Grundlage für uns ist gewesen, dass bei der Wahl am 12. März die SPÖ verstärkt das Vertrauen bekommen hat. *(Abg. Lutschounig: Bei uns war sie am 7. März!)* Oder am 7. März. Stimmt! Ja, aber gut, ich habe das mit der Gemeinderatswahl verwechselt, aber das ist nicht das Drama. Sagen wir: Anfang März, damit Kollege Lutschounig sich leichter findet - *(3. Präs. Ing. Scheuch: Er hat sich das gemerkt: die Wahl! – Allgemeine Heiterkeit im Hause.)* wobei ich jetzt schon verstehe, Robert, *(lachend:)* dass du das Datum nicht so schnell vergessen wirst! *(Fortgesetzt Heiterkeit im Hause)* Hervorzuheben ist, dass bei der Wahl im März verstärktes Vertrauen für die SPÖ da war. Für uns heißt das, dass die Wählerinnen und Wähler haben wollen, dass die SPÖ auch stärker das Land mitgestaltet. Und diesem Auftrag kommen wir nach.

Jetzt weiß ich schon, dass viele über diese Art der Zusammenarbeit diskutieren; dass viele überrascht sind. Ich muss ganz ehrlich sagen, die SPÖ hat hier im Hohen Hause im Wahlverhalten eine klare Position gehabt, die man auch dem Wähler gegenüber vertreten kann. Von der ÖVP kann ich das nicht behaupten, denn jetzt die SPÖ sozusagen in Diskussion zu stellen und selbst eigentlich die größte Kehrtwendung gemacht zu haben, denn das Hauptprogramm der ÖVP war, den Landeshauptmann Haider zu verhindern? Ein anderes habe ich nicht gehört, außer die „Gratiskindergärten“, die heute vom Herrn Kollegen Grilc, wie ich denke, nachhaltig relativiert worden sind, in seinem Beitrag zum Kindergartenbereich. Daher ist der Erklärungsbedarf dort.

Wir gehen davon aus, dass das, was die Wählerinnen und Wähler in Kärnten entschieden haben, eine demokratische Entscheidung ist, die zu respektieren ist. Wir sind letztlich mit dem, was heute hier im Landtag stattfindet, auf jener Linie geblieben, die wir immer gesagt haben: Uns kommt es auf die Inhalte an, die wir in den nächsten fünf Jahren verwirklichen wollen. Wir haben der Kärntner Bevölkerung ein „Regierungsprogramm der SPÖ“ vorgelegt und heute ein „Gemeinsames Programm“ vorgelegt. Man

Dr. Ambrozy

möge diese beiden Programme gegenüber stellen und vergleichende Arbeiten anstellen, dann wird man sehen, welchen Anteil die SPÖ an der Gestaltung der Zukunft Kärntens auf der Grundlage dieses „Regierungsprogramms“ haben wird. Ich muss überzeugt sagen: Da können wir uns ganz offen vor die Kärntnerinnen und Kärntner hinstellen und sagen: „Das, was wir euch versprochen haben, das wird in den nächsten fünf Jahren zu einem großen Teil auch verwirklicht werden.“ Es hat Vorstellungen gegeben, die von Beginn an übereinstimmend waren, und es hat Bereiche gegeben, wo wir gute Kompromisse gefunden haben. Die Debatte heute im Kärntner Landtag beweist mir, dass diese Kompromisse sogar über die Regierungsmehrheit hinaus tragfähig sind. Und das ist gut so! Das gibt eine gute Basis zur Erreichung jener Ziele, die eigentlich aus jedem Munde relativ gleich klingen.

Alle – so habe ich es der Debatte entnommen – wollen haben, dass wir die Lebensbedingungen der Kärntner Bevölkerung weiter verbessern; dass wir aus der relativen Schlusslichtposition heraus kommen und zu einem Land werden, das stolz darauf sein kann, dass wir was Einkommen, was Arbeit, was Bildungsentwicklung, was letztlich Chancen für die Jugend betrifft, weit nach vorne gekommen sind. Dazu gibt es viele Teile, die, werden wir sie umsetzen, so denke ich, schließlich zu dem Ziel führen, das ist jetzt formuliert habe.

Das ist im Bereich der Wirtschaftspolitik klar definiert: Vorrang für Arbeit, Vorrang für neue Arbeitsplätze und vor allen Dingen Vorrang für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes, vor allem auf Grund der humanen Ressourcen in diesem Land, die wir jetzt und zukünftig hoffentlich noch verstärkt haben werden.

Es ist ein ganz klares Ziel dieses Programms ist, dass wir im Bereich der Gesundheits- und Sozialpolitik neue Akzente setzen wollen. Wenn man heute hier formuliert hat, wenn es darum geht, das Krankenhaus zu bauen oder das Verwaltungszentrum zu bauen, dann haben wir auch eine klare Priorität, wenn diese Entscheidung zu treffen ist. Aber die Priorität ist insofern eigentlich überholt, weil die Entscheidungen ja schon gefallen sind und die Entscheidung über das Verwaltungszentrum erst endgültig zu treffen ist. Daher werden wir zügig, wie es in den Beschlüssen drinsteht, das LKH-neu und die übrigen Reorganisations- und Investitionsmaßnahmen in

den anderen Krankenanstalten setzen. Es wird dadurch zu einer deutlichen Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Menschen kommen.

Ich bin hier ganz auf dem Boden des Programms, dass eine wesentliche Voraussetzung unseres Krankenanstaltenwesens das Personal ist, das wir dort haben und eine wesentliche Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit des Personals letztlich Motivation und Zufriedenheit der Menschen sind, die dort arbeiten. Das wollen wir sicherstellen!

Wir haben neue Wege in der Sozialpolitik nicht nur angedacht, sondern wir werden sie auch umsetzen. Denn das ist in Kärnten erstmals in der Republik, dass es im ersten Bundesland einen Ansatz zur „Grundsicherung“ der Menschen geben wird, die es brauchen. Das ist eigentlich eine sensationelle Passage in diesem „Regierungsprogramm“, die viel zu wenig der Öffentlichkeit bekannt geworden ist! Dass wir, FPÖ und SPÖ, gemeinsam zu dieser grundlegenden Festlegung der Sozialpolitik kommen, das ist nicht eine Worthülse, sondern das ist ein Programmpunkt, der eigentlich der besonderen Art ist, würde ich hier sagen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Natürlich ist die Frage der Finanzierung, also die Budgetpolitik der nächsten fünf Jahre, etwas ganz Entscheidendes! Das Thema „Kassasturz“ ist ja noch nicht abgehandelt. Da muss ich einmal all jene, die das Wort „Kassasturz“ in den Mund nehmen, auffordern zu definieren, was sie damit meinen! Denn das ist nicht das Zerschlagen eines Sparschweines, um zu zählen, wie viel Zehner drin sind, sondern das ist letztlich die umfassende Darstellung der Finanzsituation dieses Landes. Auch hier haben wir uns geeinigt. Wir werden im Rahmen des Rechnungsabschlusses 2003 diese umfassende Debatte zu führen haben, weil auf Grund des Rechnungsabschlusses 2003 klargestellt sein wird, wie die wirkliche Finanzsituation des Landes aussieht, und die ist eine gegebene.

Meine Herren von der ÖVP! Diese Finanzsituation haben Sie massiv mit zu verantworten! Da können Sie nicht hergehen und sagen: „Das ist noch nicht erfüllt, was wir hier verlangt haben.“, sondern daran waren Sie maßgeblich beteiligt! Und Sie werden auch dazu stehen müssen! Auch zur Kritik, die möglicherweise dann formuliert

Dr. Ambrozy

werden wird. So einfach werden wir es Ihnen diesmal nicht machen.

Ich habe hier einmal eine Rede gehalten, die sehr zur Heiterkeit im Hause beigetragen hat, weil ich erläutert habe, bei welchen Entscheidungen die ÖVP – obwohl sie den Landeshauptmann gehabt hat – „nirgends dabei war“. Diesmal werden Sie dabei gewesen sein. Und die Debatte werden wir mit aller Intensität führen, weil sie wirklich Grundlage auch für die Finanzpolitik der Zukunft sein wird.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn man meint, das Wort „sparen“ sei nicht in den Mund genommen worden, dann muss ich sagen: Wer vom Sparen redet, aber anders handelt, verwendet das Wort „sparen“ als Worthülse. Hier in diesem Programm steht konkret drinnen, wie wir uns die Finanzpolitik vorstellen. Es ist schon – der Finanzreferent, der heute nicht hier ist, hat ja das schon öffentlich gemacht – ein Schritt auch weiter in eine ... (*Abg. Lutschou-nig: Wo steht denn „sparen“? „Moderate Aus- weitung“, steht drinnen!*) Ja, warte ein bisschen, Robert! Sei nicht nervös! Ein Schritt in eine moderne Finanzpolitik ist, wenn wir sagen, wir brauchen für die nächsten fünf Jahre nicht nur das, was in der Verfassung steht, als fortgeschriebenes Budgetprogramm, sondern ein tatsächlich politisches Budgetprogramm, bei dem wir uns auch auf jene Parameter einigen werden, die, was Neuverschuldung, was moderne Finanzierungsformen betrifft etc. hinaus laufen. Das ist auch ein gewaltiger Schritt, der nach vorne geht!

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn diejenigen, die mit dabei waren, dass wir in der Verschuldungsfrage, insbesondere in der außerbudgetären Verschuldungsfrage nach oben gegangen sind, dass wir in der Vermögensfrage in Wahrheit zurück gegangen sind, dann sagen, es darf nichts mehr passieren, weil es muss ja am Ende heraus kommen, dass das „Regierungsprogramm“ nicht erfüllt werden kann: Wenn diejenigen das wollen, dann muss ich sagen: Dem werden wir schon eine Absage erteilen! Weil finanziert muss das, was in dem Programm drinsteht, schon werden. Auch dazu muss man sich bekennen! Dann muss man auch bereit sein, in einen offenen Dialog mit der Bevölkerung zu treten: jenseits von Worthülsen, sondern mit den konkreten Inhalten.

Dass die Sozialpolitik, wenn sie so umgesetzt wird, mehr kostet, das wissen wir. Dass wir im Krankenanstaltenbereich mit weniger Geld nicht auskommen werden, wissen wir auch. Dass wenn wir im Bereich der Schulpolitik das umsetzen, was da drinsteht, wird das auch etwas kosten. Daher ist es verdammt Pflicht und Schuldigkeit von Regierung und Landtag – wenn wir das wollen –, darüber nachzudenken, wie man das finanzieren kann.

Wenn dann angesprochen wird, dass der Finanzausgleich eine deutliche Rolle spielen wird, Herr Kollege Martinz, dann fordere ich Sie auf, gerade in jenen Bereichen Ihren ÖVP-Finanzminister dazu zu bringen, dass er genau die Wünsche den Gemeinden und den Ländern gegenüber erfüllt, dass wir eine Unterstützung bei der Unterrichtsministerin bekommen, wenn es darum geht, dass die Klassenschülerzahlen gesenkt werden sollen etc. etc. Hier gibt es breiten Handlungsraum außerhalb dieser Regierungskoalition in Kärnten, um das zu erreichen, was man hier formuliert hat.

Es wird eine Aufgabe sein, ob es uns gelingt, im Bereich der Finanzierung des Gesundheitswesens eine Basis über den Finanzausgleich zu bekommen. Das wird teurer werden. Das weiß auch die Frau Gesundheitsministerin. Es wird notwendig sein, dass wir, was die Frage der Lehrerkosten betrifft, gemeinsam offensiv sind, damit die Länder nicht weiter auf der Strecke bleiben und vieles andere mehr. Ich will das gar nicht aufzählen.

Ich halte es auch für sehr amüsant, wenn aus dem Munde der ÖVP gesagt wird: „Es muss Schluss sein mit den Schließungen der Gendarmerieposten. Wir dürfen das Bezirksgendarmeriekommando Feldkirchen nicht schließen. Es muss Schluss sein mit den Strukturveränderungen im Bereich des Bundesheeres, weil unsere Kärntner Interessen dadurch in Frage gestellt werden.“ Also ich muss hier schon ganz offen und laut die Frage stellen, wer das alles ange-dacht hat oder in die Umsetzungsphase gebracht hat. Hier sollten wir nicht mit unterschiedlichen und gezinkten Karten spielen, sondern hier sollten wir sagen: „Na gut! Wenn wir das nicht wollen, dann müssen wir uns – auch gemeinsam in Kärnten – gegenüber dieser Bundesregierung durchsetzen, damit etwa das Bezirksgendarmeriekommando Feldkirchen erhalten bleibt,

Dr. Ambrozy

damit etwa unser Militärkommando erhalten bleibt, damit die Kasernenstruktur im Lande erhalten bleibt und damit auch in anderen Bereichen, etwa was die Frage der Klassenschülerhöchstzahlen (das ist die Grundlage dann auch für die Strukturen der Schulen in dem Lande) nicht gleich bleiben, sondern positiv verändert werden. Das ist der Weg, den wir dann gemeinsam gehen müssen! Wir werden nicht müde werden, immer dann, wenn etwas scheinheilig in Kärnten so und in Wien anders geredet wird, das auch tatsächlich aufzuzeigen.

Ich bin durchaus überzeugt, dass es auch zwischen den Regierungspartnern in Kärnten durchaus unterschiedliche Auffassungen geben wird. Das halte ich sogar für relativ oft den Fall, weil wir etwa in der Bewertung, das sage ich auch ganz offen, über die Steuerreform, die jetzt auf Bundesebene stattfindet, nicht einer Meinung sind. Aber das ist heute nicht der Tag, an dem wir das diskutieren werden; es wird noch andere Gelegenheiten geben.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es ist auch kritisiert worden, dass in diesem „Regierungsprogramm“ das Wort „Reform“ nicht vorkommt. Jetzt muss ich ganz ehrlich sagen: Bei der inhaltlichen Ausgestaltung, die das Wort „Reform“ in den letzten Jahren bekommen hat, will ich es der Kärntner Bevölkerung nicht antun, dieses Wort auch noch in das Programm hinein zu schreiben - weil das ist an und für sich gleichzusetzen mit dem Wort „gefährliche Drohung“. Das haben wir im Gesundheitsbereich jetzt als „gefährliche Drohung“ für die Patienten; das haben wir im Bereich der Ambulanzgebühren gehabt, das haben wir im Bereich der Unfallrentenbesteuerung gehabt, das haben wir im Bereich der Pensionen gehabt. Also wir als SPÖ haben uns eigentlich darauf verständigt, das hineinzuschreiben, was wir meinen und nicht „Reform“ darüber zu schreiben und dann eine „Bedrohung“ der Bevölkerung daraus zu machen. Das machen wir nicht! Wir gehen den umgekehrten Weg.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich möchte zum Schluss auf einen Punkt hinweisen, der für mich auch wichtig ist, weil er auch in den Mund genommen worden ist. Es ist wieder der Begriff „Konsens“ eingefordert worden, „Einbindung der Sozialpartner“. Ich muss sagen, ich freue mich sehr, dass die ÖVP so zu denken

beginnt. Ein Weg der großen Veränderung auch durch die schwarz-blaue Bundesregierung war, dass man sich eher entschlossen hat, den Weg von der Konsensdemokratie wieder hin zur Konfliktdemokratie zu gehen. Die Einsicht, dass das nicht der richtige Weg ist, freut mich! Daher wollen wir auch in Kärnten wieder die Sozialpartner in ihrer, sage ich jetzt einmal, ursprünglichen Funktion einbinden und unter wechselhafter Wahrnehmung der Aufgaben von Politik und Interessenvertretung hier zu einer Konsenslösung kommen. Den Weg werden wir unterstützen, weil er unseren Vorstellungen einer demokratischen Auseinandersetzung inhaltlich auch mit den jeweiligen Interessenvertretungen entspricht. Ich habe mit großer Freude heute auch registriert – weil das ja in den Wortmeldungen besonders auch der freiheitlichen Abgeordneten hervorgehoben wurde –, dass genau dieser Konsensweg wirklich ein gemeinsamer Weg sein wird.

Kollegen Arbeiter möchte ich nur sagen: Die Arbeitnehmerförderung wird natürlich ausgestaltet werden. Sie ist deshalb drinnen, damit sie ausgeklammert ist, aber sie wird ausgestaltet werden, weil wir insbesondere auf Grund der wachsenden Kosten im Verkehrsbereich uns in besonderem Maße widmen wollen. Das nur zur Ergänzung.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich glaube, dass heute mit dieser Debatte eine gute Grundlage für die nächsten fünf Jahre gefunden wurde. Wenn wir die Debatten offen und ehrlich über die anstehenden Themen hier führen und letztlich dann doch etwas zu Stande bringen, das dem Land und seinen Menschen gut tut, dann bin ich sehr zuversichtlich, dass wir eine gute Legislaturperiode haben werden. Die SPÖ ist jedenfalls bereit, mit alle ihren Kräften, körperlich und geistig, dazu beizutragen, dass das Ziel, das ich eingangs formuliert habe, nämlich dass die Lebensumstände der Menschen in diesem Land verbessert werden, erreicht wird. Ich danke Ihnen fürs Zuhören! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Als Nächster hat sich Herr Landeshauptmann Dr. Haider zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm!

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Debatte hat uns heute gezeigt, dass ein „Regierungsprogramm“ vorgelegt worden ist, das nicht nur vor der Landtagswahl bereits in einem hohen Ausmaß in den Programmen von Freiheitlichen und Sozialdemokraten festgeschrieben worden ist und auch daher ohne große Verwunderung die inhaltliche Findung bei den Verhandlungen nach der Wahl eigentlich selbstverständlich war, denn es hat über weite Strecken sehr viele übereinstimmende Punkte in der Wahlwerbung gegeben. Wenn wir das Revue passieren lassen, dann wissen wir ganz genau, dass in Wirklichkeit die letzte Landtagswahl in erster Linie um die Frage des Landeshauptmannes geführt worden ist und es nicht ein Streit um den inhaltlichen Weg gewesen ist, weil es hierzu – zumindest von den beiden heutigen Koalitionsparteien (SPÖ und FPÖ) sehr viele übereinstimmende Aussagen und programmatische Festlegungen gegeben hat.

Allein die Tatsache, dass wir in unseren Wahlaufzügen und in unseren Wahlprogrammen beide davon ausgegangen sind, dass die größte und wichtigste Aufgabe der Ausbau der Beschäftigung ist, der Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze und der Verbesserung der Einkommensverhältnisse, hat ja schon darauf hingewiesen, dass das niemals ein kontroversielles Thema sein kann. Die Grundlage unserer politischen Willensbildung geht in diese Richtung, dass wir auch dazu beitragen müssen, dass Kärnten sich hier positiv weiter entwickelt. Wir haben gerade jetzt bei den jüngsten Daten, die das Arbeitsmarktservice uns zur Verfügung gestellt hat (für März, April wird erst kommen), im März die höchste Beschäftigung, die Kärnten im März seit 1945 erzielen konnte. Das ist also ein Zeichen, dass wir auf einem guten Weg sind.

Es gibt durchaus unterschiedliche Beurteilungen, ob alle Maßnahmen in der Vergangenheit richtig gewesen sind. Faktum ist aber, dass Kärnten sich, gemessen an der Entwicklung der anderen Bundesländer, in den letzten fünf Jahren in dieser Richtung gut gehalten hat. Das zeigt sich auch daran, dass wir hier Maßnahmen gesetzt haben, die auch zwischen Sozialdemokratie und Freiheitlichen nicht kontroversiell sind, etwa was die Jugendbeschäftigung betrifft. Wir sind heute das einzige Bundesland, das im Monat

April mehr offene Lehrstellen anbietet, als lehrstellensuchende Jugendliche in Kärnten registriert sind! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion und BR Ing. Kampl*)

Wir wollen somit ansetzen an einem Prozess, der ja nicht von heute auf morgen Veränderungen gestalten kann, sondern jeder von uns weiß: Ansiedlung von Betrieben, Entwicklung von neuen Unternehmen, Investitionen in den bestehenden Unternehmen, die zu Arbeitsplätzen führen, das ist die Sache eines Prozesses – das ist aber auch die Sache eines entsprechenden Klimas.

Ich glaube, wir haben gemeinsam mit diesem „Regierungsprogramm“ einen guten Beitrag geleistet, einmal ein politisches Klima im Lande herzustellen, das auch in völliger Ruhe und Gemeinsamkeit wichtige Investitionen verfolgen lässt, die am Ende auch mehr Beschäftigung und mehr Einkommen für die Bevölkerung bringen sollen; weil wir in einer historischen Situation stehen. Wir haben es ja bei der „Regierungserklärung“ auch schon gesagt, beide übereinstimmend: Kärnten hat natürlich die Chance – zum Unterschied von anderen Bundesländern, die vielleicht diesen Prozess schon konsumiert haben –, so etwas wie ein Sprungbrett zu den südlichen Märkten zu sein. Das dürfen wir nicht unterschätzen! Dieses Sprungbrett heißt, dass es natürlich auch für Firmen, die bisher nicht in Österreich beheimatet waren, interessant ist, sich hier anzusiedeln und vom „sicheren Hafen Kärnten aus“ in Richtung Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, auch Ungarn zu operieren, ohne dabei selbst bereits in diese neuen Länder gehen zu müssen. Das beste Beispiel ist unsere eigene Hypo-Bank, die ja in den Jahren seit der Reorganisation einen beachtlichen Aufschwung erzielt hat. In den Jahren 1991/1992 wurde die Hypobank umgestaltet. Wir haben eine Teilprivatisierung gemacht, aber die Mehrheit (52 %) behalten. Damals haben wir 280 Mitarbeiter gehabt. Heute haben wir in Kärnten über 800 Mitarbeiter auf qualifizierten Arbeitsplätzen und im Gesamtkonzern, durch die Gründung von Bankfilialinstituten in den südlichen Bereichen Kroatien, Slowenien, Oberitalien, Bosnien-Herzegowina, Serbien usw. haben wir schon über 3.500 Mitarbeiter. Da sind aber sehr viele Kärntner dabei, die jetzt in diesen neuen Märkten arbeiten.

Wenn wir jetzt begonnen haben, eine Geschäftsstelle in München zu eröffnen, weil wir auch den

Dr. Haider

deutschen Markt stärker ansprechen wollen, dann hat das damit zu tun, dass natürlich in Deutschland zurzeit eine derartige Verunsicherung herrscht, dass viele Betriebe auch den Wunsch haben, sich für Kärnten oder auch für Österreich zu interessieren, um von diesem „sicheren Hafen“ aus ihre Expansionspläne vorzunehmen. Das ist, glaube ich, die Debatte, die wir führen.

Ob jetzt im Einzelfall jeder von uns immer die richtige Sicht der Dinge gehabt hat oder haben wird, ist ja nicht entscheidend. Entscheidend ist, dass wir unsere Chancen gemeinsam begreifen und dass wir versuchen, aus diesen Chancen, die es gibt, die richtigen Handlungskonzepte zu tätigen und dass wir bereit sind – im Sinne eines breiten politischen Konsenses – zu signalisieren: Dieses Land hat erkannt, worum es geht und dass wir die Zukunft jetzt gewinnen können, indem wir diese neuen Märkte und diese Chance auf den neuen Märkten wahrnehmen. Und daher tun wir das alles!

Wenn wir in München heute vor Ort mit unserer Hypo-Bank sind, dann ist das die Kontaktstelle auch für deutsche Unternehmungen: ob das jetzt Infineon ist, ob das Software-Unternehmungen sind. Und wir haben ja Erfolg! Es ist also einerseits die Verlagerung von Forschungsstellen aus dem Infineon-Bereich nach Kärnten mit 270 Forschungsarbeitsplätzen ein Zeichen in dieser Richtung. Es ist die Tatsache, dass Heraklith seine Stabstelle in Wien geschlossen hat und nach Kärnten verlagert hat, ein Zeichen in diese Richtung: Sprungbrett zu den neuen Märkten. Es ist die Tatsache, dass wir in den letzten 14 Tagen auch eine weitere Investitionsentscheidung für den Lakeside-Park bekommen haben, dass aus dem bayerischen Bereich Software-Unternehmen mit etwa 100 bis 120 neuen Arbeitsplätzen sich hier neben Kapsch und neben anderen ansiedeln. Auch das ist ein Zeichen in diese Richtung. Und das, glaube ich, sollten wir akzeptieren und auch verstehen! In diese Richtung wollen und sollen auch unsere wirtschaftspolitischen Bemühungen gehen, dann kann am Ende eine positive Bilanz daraus resultieren und abgeschlossen werden.

Wir haben auch im Land sehr viel vor. Es sind viele Projekte, die in Gang gekommen sind. Es gibt viele Projekte, die wir neu machen werden. Wir werden daher alle Hände voll zu tun haben,

a) unsere budgetäre Ausgangsposition übereinstimmend festzustellen, b) zu schauen: Wie können wir das nötige Geld rechtzeitig sicherstellen, um diese Zukunftsinvestitionen auch zu tätigen? Man darf ja nicht übersehen, was da alles an Maßnahmen im Gange ist. Ich habe mir nur ein paar Dinge aufgeschrieben. Wenn ich denke, was allein im Tourismus investiert wird, zurzeit: wenn also am Nassfeld neben der Großinvestition in dieses neue Jugendhotel mit 700 Betten, was jetzt abgeschlossen ist, ein weiteres Gesundheitshotel aus der Falkensteiner Gruppe mit fast 400 Betten dort jetzt entsteht. Wir werden ein Kongresshotel in St. Veit bekommen. Wir werden ein Kongresshotel in Villach bekommen. Wir werden, so Gott will, ein Kongresszentrum in Klagenfurt an einem Standort, der genehm ist, realisieren. Die Finanzierung wäre da. Die Frage ist, ob es die Stadtväter einmal schaffen, einen Konsens zu erzielen. Das ist eine andere Frage. Wir werden das Schloss in Velden – auch nach eingehender Diskussion – reaktivieren. Es wird die Werzer Realität in wenigen Wochen in neuem Glanz am Wörther See als ein Luxushotel erster Kategorie entstehen: mit einer riesigen Anziehungskraft! Es werden andere Investitionen in den Schigebieten weiter entstehen, wie am Katschberg, wo in Klubanlagen investiert wird.

Erinnert euch, welche Freude wir gehabt haben, als vor Jahren einmal der Robinson-Klub am Katschberg geschaffen worden ist. Heute geht das in Serie in Kärnten, das heißt nach guten Saisonen, nach riesigen Wachstumsziffern. Alleine wenn ich schaue, im Februar 20 % Zuwachs im Wintertourismus: Das ist ja nicht irgendetwas, das man einfach ignorieren soll! Wir sind gut unterwegs! Das ist jetzt nicht das Verdienst der Landesregierung, das Verdienst des Landeshauptmannes und das Verdienst des Landtages, sondern es ist das Verdienst aller positiven Kräfte im Lande, dass das zu Stande kommen kann. Es ist natürlich aber auch wichtig, dass die Landesregierung die Weichen stellt und dass die Förderstellen funktionieren und man rechtzeitig auch Investoren signalisiert: „Ihr seid hier erwünscht!“, weil sonst wäre vieles von dem, was wir heute schon haben, nicht realisiert worden. Das ist, glaube ich, auch das, was wir erkennen müssen! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Ich denke auch an die großen Investitionen:

Dr. Haider

LKH-neu. Nach langen Diskussionen haben wir in der vergangenen Periode die Weichen gestellt; die ersten Finanzierungsgrundlagen. Der Bau ist im Gange. Das Glanbett ist sogar verlegt worden. Es wird ein völlig neues Krankenhaus entstehen: mit all den Chancen, die wir auch dabei haben, für die Bauwirtschaft, für die ausstattenden Betriebe; auch Kärntner Betriebe in großer Anzahl werden entsprechende Aufträge haben. Das wird bereits in den nächsten Jahren sein. Das ist in Wirklichkeit die größte Baustelle, die wir im Hochbau in den nächsten Jahren haben werden. Das darf man nicht unterschätzen! Da ist auch viel Auftragsvolumen für unsere gewerbliche Wirtschaft drinnen! Dasselbe gilt für andere Großprojekte. Das Krankenhaus ist ein technologisch besonders anspruchsvolles Projekt. Das ist auch für unsere Kärntner Betriebe gut, weil sie mit dieser Erfahrung wieder woanders auch leichter anbieten können und sich damit letztlich präqualifizieren, wie das heute so schön heißt. Das sind Arbeitsplätze, und das ist Einkommen für die Leute! Das werden wir auch finanzieren. Natürlich! Da werden wir auch neue Finanzierungsüberlegungen haben. Da werden wir auch mit unserer eigenen Landesbank überlegen, ob wir nicht eine Art Immobilien-Finanzierungsgesellschaft aufstellen, um nicht das Landesbudget heute mit einer langfristigen Investition zu belasten. Denn jeder weiß: Ein Krankenhaus-neu in Klagenfurt, das das zweit- oder drittgrößte Krankenhaus dieser Art in ganz Österreich mit modernstem Status ist, das kann ja nicht von einer Generation abfinanziert werden. Das ist ja für mehrere Generationen ein Vorteil. Wenn also der Vorteil für mehrere Generationen ist, dann soll man die Finanzierung auch auf mehrere Generationen anlegen, damit man für das, was man im Landesbudget braucht, um heute vorzusorgen, ausreichend Spielraum hat. Das ist für mich Finanzpolitik, über die wir reden werden, damit das auch funktioniert. Daher soll dann auch eine erfolgreiche Landesbank, die im Ausland mit unserer Haftungsübernahme und mit unserer Risikoübernahme heute gut verdient, sich dankbar erweisen und gefälligst auch im Lande wichtige Investitionen finanzieren. Das ist das Ziel unserer Politik! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Oder denken wir auch an die Erarbeitung des Stadions. Ob man jetzt für die Fußball-WM ist oder nicht, aber es wird ein Stadion geben. Wir

haben gerade gestern die Präsentation vom Sportinstitut und vom Bundessportsekretariat bekommen, wie das ausschauen wird. Das ist auch eine riesige Investition. Wenn das dann, sage ich einmal, eine Kärntner Firma ist, die von mir aus im Stahlbau besonders erfolgreich ist, und die Chance kriegt, dort vielleicht auch mitzumachen, dann ist das wirklich eine Arbeitsplatzsicherung und eine Ausweitung für Kärntner Arbeitnehmer, die dann über mehrere Jahre geht. Daran sollte man auch einmal denken, weil ich immer nur jene höre, die Einwände haben gegen alles, was wir neu machen! Und diesen Bremsern müssen wir jetzt einmal auf die Schliche kommen, die dauernd bremsen und dauernd „nein“ sagen (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) und nicht erkennen, dass sie damit die Entwicklung des Landes behindern! Sich da herauszustellen und zu sagen: „Super! Das ist ein Wunschkatalog! Ja, wäre das alles nur verwirklicht!“, aber dann hinauszugehen und zu sagen: „Jetzt machen wir gleich die nächste Bürgerinitiative, damit ja nichts passiert in diesem Land.“? - Dann werden die Investitionen woanders sein, in der Nachbarschaft, in anderen Bundesländern, aber wir werden das Nachsehen haben. Und dazu muss sich die Politik jetzt bekennen: Wir wollen gestalten und verwirklichen! Nur wenn wir es tun, werden wir Arbeitsplätze sichern – nicht aber, wenn wir jammern und wenn wir verhindern, wie das eben in diesem Land passiert ist. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Oder denken wir an das Projekt der Alpe-Adria-Musikakademie in Ossiach! Wenn wir das umsetzen, kann das der Startschuss für die Wiederbelebung auch des Ossiacher Sees und seines Tourismus sein. Schläft eh alles dort, also muss man etwas tun. Nach dem Wörther See, wo sich jetzt etwas rührt, kommt der Ossiacher See dran. Da könnte ich mir vorstellen, dass das ein durchaus vernünftiger Impulsgeber sein kann: mit einem Ganzjahresbetrieb, der nicht nur Ossiach erfassen wird, sondern die ganze Region positiv erfassen wird. Dasselbe haben wir mit unserem Musikzentrum in Knappenberg vor, womit dort ein bisschen mehr Geschäft, Beweglichkeit, Aktivitäten hinein bringen, um damit auch die Region zu unterstützen. Das Projekt ist bereits auf Schiene. Oder das Gesundheitszentrum am Wörther See. Ja, wenn hier eine neue Gruppe aufsteht, die das Areal des Hotels Astoria übernimmt und noch mit den angrenzenden Hoteli-

Dr. Haider

ers, ob Linde oder Ebner und wie sie alle heißen, eine Kooperation eingeht und sagt: „Wir wollen ein Ganzjahres-Gesundheitszentrum am Wörther See schaffen.“, dann müssen wir doch froh sein, dass das passiert! Dann sind wir begeistert, dass wir damit einen weiteren Beitrag haben, um den Kärntner Saisontourismus in Richtung Ganzjahrestourismus umzugestalten.

Wenn wir das Verwaltungszentrum-neu angehen, dann stört Sie ja nicht die Frage - da bin ich Dr. Ambrozy dankbar, dass er das klargestellt hat -, ob das eine oder das andere. Das eine läuft schon. Wir haben schon „ja“ gesagt zum LKH-neu. Wir diskutieren darüber gar nicht mehr, sondern wir sind jetzt dabei, die besten Finanzierungsgrundlagen zu haben, damit wir das auch über die Jahre ordentlich hinkriegen werden und wirklich das beste Krankenhaus Österreichs damit darstellen: mit allen technologischen Erkenntnissen, auch im Bereich der EDV, auch im Bereich der Datenverarbeitung und der Patientendokumentation. Wir haben damit die Möglichkeit, auch dieses Verwaltungszentrum zu realisieren. Ich glaube, dass wir uns da im Grundsatz schon gefunden haben. Das ist ja der Erfolg, dass das passiert, was Kollege Martinz verlangt hat. Durch ein Projekt zeigen wir, wie man auch sparen kann. Denn wenn eine Verwaltung auf 26 verschiedene Dienststellen in der Stadt verteilt ist, ist das unwirtschaftlich. Wer sich die Mietverträge, die über die Jahrzehnte entstanden sind, anschaut, der weiß, wie unterschiedlich hohe Mieten wir zahlen, zum Teil abenteuerlich hohe Mieten. Der weiß ganz genau, dass so ein Zentrum sich natürlich rechnet; umso mehr, als wir ja ohnedies unseren Verwaltungsturm neben dem Hauptgebäude sanieren müssen, weil er sonst baubehördlich nicht mehr akzeptabel ist. Damit würden wir auch eine moderne Verwaltungseinheit zu Stande bringen, die bürgernah und offen den Kundenverkehr abwickeln kann. Gleichzeitig aber ist das natürlich auch in den nächsten Jahren wieder ein riesiges Bauprojekt, woran unsere Kärntner Firmen ebenfalls mitbeteiligt sein werden. Genauso wie etwa am großen Verkehrsprojekt Koralmbahn, das immerhin 46.000 Arbeitsplätze in den nächsten acht Jahren für die Kärntner Bauwirtschaft bedeuten wird.

Das ist das, was Kärnten von uns erwartet: dass wir diese Dinge auch wirklich jetzt umsetzen. Das haben wir eben deshalb alles ins Regie-

rungsprogramm hinein geschrieben. Das ist wirklich seit vielen Jahren, ja man kann sagen, eigentlich seit Jahrzehnten ein Regierungsprogramm, das sehr konkret ist. Wir werden daher natürlich auch im Landtag selbstverständlich hinterfragt werden, von Kollegen, die wissen wollen: Was macht ihr? Oder: Habt ihr das schon realisiert? Es wird unser Ehrgeiz sein, möglichst vieles aus diesem „Regierungsprogramm“ umzusetzen, zu realisieren und zu sagen: Jawohl! Es hat sich ausgezahlt. Wir haben einen großen Teil auch wirklich geschafft, und wir sind dabei kein unnötiges Risiko in der Budgetpolitik eingegangen.

Deshalb haben wir auch die Idee mit der „Kärnten-Anleihe“, um langfristige Investitionen, die der Zukunft dienen, gemeinsam mit den Kärntner Finanzierungsinstituten zu machen, weil wir ja kein Geld herschenken wollen. Wenn heute die Zinsen so billig sind und wenn am Kapitalmarkt Anlegemöglichkeiten gesucht werden - nachdem ja die Blase in der New economy geplatzt ist und viele Anleger nicht wissen, wohin sie ihr Geld disponieren sollen, sind wir ein solides Angebot. Denn wir haben realistische Projekte: ob das jetzt ein Stadion ist oder ob das ein Krankenhaus ist, ob es ein Verkehrsprojekt ist oder was immer. Das sind reale Dinge, die sich nicht in Luft auflösen können, sondern dahinter stehen Werte! Und dann wird positiv Wertschöpfung geleistet. Dafür haben wir eigentlich diese Idee ins Auge gefasst.

Ich bin auch sehr froh, wenn Kollege Arbeiter gesagt hat, er habe sich das gut gemerkt - leider ist er jetzt nicht da, aber vielleicht wird er noch herein schauen -, er werde sich merken, was ich zur Privatisierung gesagt habe. Das ist so! Das ist auch so und die, die mich schon ein paar Mal bei solchen Diskussionen zu dem Thema gehört haben, die wissen, dass das auch meine Überzeugung ist: Man kann vieles privatisieren, aber es gibt bestimmte Leistungen der Daseinsvorsorge. Dabei sollten wir vorsichtig sein! Denn ein Gemeinwesen zeichnet sich auch dadurch aus, dass es den Bürgern Sicherheit in der Daseinsvorsorge gibt. Das sind die elementaren Dinge: ob das das Wasser ist, das ich täglich brauche; ob das die Verkehrsverbindungen sind; ob das die Elektrizität ist; ob das die Gesundheitsvorsorge ist. Das sind Dinge der Daseinsvorsorge. Die Daseinsvorsorge ist eine Aufgabe des Gemeinwesens, der öffentlichen Hand!

Dr. Haider

Da kann man private Organisationsformen als öffentlicher Eigentümer verwenden, um leichter und flexibler arbeiten zu können. So, wie wir das beim Krankenhaus getan haben, weil wir gesagt haben: Es ist in einer privaten Form konstituiert, aber der Eigentümer sind wir. Und wir behalten auch das Gesetz des Handelns. Dort, wo wir bereits private Gesellschaften für öffentliches Eigentum haben, wie etwa bei der Landes-Elektrizitätsgesellschaft KELAG beispielsweise, haben wir ja auch einen Weg beschritten, wo wir festgelegt haben: „Wir wollen immer Herr im eigenen Haus bleiben, weil die Elektrizitätsversorgung, die Energieversorgung für uns etwas Wichtiges ist. Das wollen wir nicht aus der Hand geben, damit nicht jemand anderer dort mitspielt oder uns letztlich diktiert.“

Wenn man das heute anschaut, dann hat sich der Weg ja bewährt, denn in allen anderen Bundesländern hat es mit Beginn des Jahres massive Strompreiserhöhungen gegeben. In Kärnten nicht, weil der Eigentümer auch einen klaren Willen hat und gesagt hat: „Wir wollen, dass unser Bundesland auch als Wirtschaftsstandort sich dadurch profiliert, dass wir günstige Konditionen haben.“ Gleichzeitig ist das ja letztlich auch für die Bevölkerung, die das zahlen muss, eine vernünftige Sache.

Ich bekenne mich daher dazu und denke, da gibt es keine Meinungsverschiedenheiten auch zum Koalitionspartner, dass wir diese Fragen der öffentlichen Daseinsvorsorge auch in Zukunft so sehen sollten. Hier haben wir auch gesehen, dass die Freiheitlichen österreichweit eine durchaus andere Sicht haben als ihre politischen Mitbewerber, mit denen sie, von mir aus, auch in der Bundeskoalition sitzen. Gorbach hat vor wenigen Tagen in einem Interview auch gesagt, er will nicht, dass die Eisenbahn, die ÖBB, verkauft wird, so wie beispielsweise in England. Er will mit beitragen, dass durch die Maßnahmen, die zu setzen sind, die ÖBB eine der fünf staatlichen Eisenbahngesellschaften in Europa bleibt, die überleben werden – weil die anderen nicht überlebensfähig sind, so wie sie momentan aufgestellt sind. Das ist an sich ein gutes Ziel, finde ich, weil wir damit auch als Land, als Staat, Verkehrspolitik machen können und in der Mittel- und Osteuropas in einem Entwicklungsprozess auf das Einfluss nehmen können, was uns wichtig ist und nicht, was einzelnen Wirtschaftsinteressen dient. Ich glaube, das ist ein Selbstver-

ständnis, mit dem man leben kann und das unsere Politik in den nächsten Jahren hier gemeinsam in der Koalition betreffen wird.

Ich denke, dass in Summe dieses „Regierungsprogramm“ etwas ist, wo man konkret weiß, woran man ist. Wir haben gesagt, wo die Reise hingehen soll. Wir haben uns viel vorgenommen. Es ist überhaupt keine Frage, dass das nicht alles ein Spaziergang sein wird und dass hier vieles auch noch hart „erdiskutiert“ werden muss, aber es gibt bei diesen Grundpfeilern ein hohes Maß an Übereinstimmung. Das, glaube ich, hat die Leute im Norden beruhigt, denn ich bin niemandem begegnet, der gesagt hat: Wir haben da wirklich einen Fehler gemacht, dass wir eine breite Basis der Zusammenarbeit gesucht haben, damit Kärnten nicht intern im politischen Kampf sich erschöpft, um damit nach außen nicht mehr wirksam zu werden. Wir brauchen alle unsere Kraft und Energie, um uns als kleines Land in diesem stärker werdenden Wettbewerb zu behaupten. Und da sind wir, glaube ich, gut aufgestellt.

Es ist auch gut, dass viele Bürgermeister in den Landtag neu gewählt worden sind, weil dadurch im Grunde genommen auch die Ideen, die Vorstellungen der regionalen Entwicklung stärker einfließen. Auch das werden wir brauchen. Daher überhaupt kein Widerspruch, wenn im „Regierungsprogramm“ vom „Zentralraum“ und vom „ländlichen Raum“ die Rede ist, sondern das ist einfach eine ehrliche Analyse. Bitte soll eine oder einer in dem Raum da aufstehen und sagen, dass die Frage „Zentralraum - ländlicher Raum“ nicht an sich die richtige Analyse und Formulierung ist! Wir haben einen Zentralraum, der zum Unterschied von anderen Bundesländern ein relativ kleiner und schwacher ist. Die Steiermark hat einen ganz anderen Zentralraum mit Graz und Umgebung, als zweitgrößter Stadt. Das ist eine andere Dynamik, die dort entstehen kann. Wir haben einen ganz kleinen Zentralraum, weil das Bundesland Kärnten an sich mit 560.000 Einwohnern ja nicht viel größer ist als eine mitteleuropäische Stadt. Daher muss man einmal sehen, in welcher Dimension wir uns dann als Mitbewerber bewähren müssen. Das Wichtigste ist, dass wir da die richtigen Analysen treffen und dann zu vernünftigen Handlungen kommen. Der Zentralraum ist halt einmal zwischen Klagenfurt, Villach, Feldkirchen und St. Veit angesiedelt. Dort haben wir auch eine Kon-

Dr. Haider

zentration im Bildungsbereich gemacht. Dort haben wir eine Konzentration im Technologiebereich gemacht. Dort wollen wir die Schwerpunkte auch der Strukturveränderung unserer Wirtschaft haben: in Richtung moderne Unternehmen, Lakeside-Projekte, Infineon, SEZ und wie sie alle heißen, die also der Kärntner Wirtschaft neue Impulse und neue qualifizierte Beschäftigungsmöglichkeiten geben. Dort haben wir interessante Industrieparks, wie jetzt etwa jenen in St. Veit, der sich ja toll entwickelt hat; der auch neuen Raum brauchen wird, weil einiges ansteht, was wir dort neu machen können; wo von mir aus der größte Solarzellenerzeuger oder Solaranlagenerzeuger Europas ist. Das unterschätzen wir alle ein bisserl, was uns da schon alles an Voraussetzungen gelungen ist. Diesen Zentralraum muss man zur treibenden Kraft der wirtschaftlichen Entwicklung im Land machen!

Gleichzeitig haben wir gesagt - und das steht im Regierungsprogramm -, wir analysieren jetzt einmal in einem Gutachten, das der KWF mitfinanziert: Welche Finanzströme haben wir in den letzten Jahren in den ländlichen Raum gegeben und wie hat sich das ausgewirkt? Wir sind uns ja gar nicht sicher, ob das Geld überall richtig angelegt war. Was bewirkt es? - Dann kann man sagen: Welche Politik machen wir für den ländlichen Raum, damit die Abwanderung gebremst werden kann, damit es attraktiv ist, dort zu wohnen, damit die Menschen dort gleichberechtigte Lebenschancen vorfinden? Bisher haben wir ja versucht, aus einer Notsituation heraus ein bisserl Abwehrmaßnahmen zu setzen, etwa in der Schulpolitik. Das hat dem Land Kärnten viel gekostet: 130 Millionen Euro jedes Jahr für Lehrer, die wir bezahlen, damit wir kleine Schulen nicht zusperren müssen. Das war ein klares Bekenntnis des Landtages! Darüber soll man nicht diskutieren. Es wäre aber nett, wenn der Kollege Martinz seinen Einfluss bei der Unterrichtsministerin geltend machen könnte, dass er ihr sagt, wenigstens gescheit abrechnen sollen sie mit uns und uns nicht übers Ohr hauen, weil da warten wir noch immer auf das Geld vom Unterrichtsministerium für die Lehrer, für die eigentlich der Bund verantwortlich ist. Das würde uns schon helfen, wenn das einmal funktionieren täte.

Wir haben uns dazu bekannt, weil wir gesagt haben, wir wollen sehr bewusst die kleinen Schulen erhalten. Jetzt werden wir in der Zukunft reden müssen, was wir tun, damit uns das

nicht sozusagen als unfinanzierbares Projekt erscheint, aber trotzdem ein klares Bekenntnis zu einem qualitätsvollen Unterricht bedeuten kann. Wir werden dann auf der Grundlage dieser Gutachten die Maßnahmen setzen müssen.

Vom Bau haben wir gesagt: Ein Leitbild für jede Region. Im Oberkärntner und Spittaler Bezirk, für die Täler, für das Görtschitztal, für das Lavanttal und was immer. Das ist ein interessantes Projekt, in das auch die Abgeordneten massiv eingebunden werden sollen, weil sie ja die Vertreter dieser Regionen sind. Sie sollen an dem Projekt der Neudefinition der wirtschaftlichen und sozialen Zukunft auch unserer Regionen mitwirken. Da müssen wir unser ganzes Gehirnschmalz investieren, damit wir etwas Gescheites zusammenbringen. An dem werden wir gemessen werden: ob es uns gelingt, da neue positive, vernünftige Akzente zu setzen.

Alles andere, was im „Regierungsprogramm“ formuliert ist, ist ja in vielen Bereichen auch eine Weiterentwicklung dessen, was wir uns vorgestellt haben oder was wir bisher schon getan haben. Der Arbeitnehmerfonds, da kann jeder unbesorgt sein, ist ein wichtiges Instrument für uns. Das haben wir ja auch in der Vergangenheit, glaube ich, so gezeigt. Da haben wir also nicht nur für die Lehrlinge und für die Jugendbeschäftigung viel gemacht, sondern da haben wir auch für die Pendler viel erreicht. Wir haben mit 1. Jänner für die Pendler wieder verbesserte Förderbedingungen durchsetzen können.

Wir werden natürlich auch den Familienfonds zusätzlich noch haben. Das ist ja auch eine soziale einkommenspolitische Maßnahme, die wir setzen, indem es dort die Geburtenprämie geben wird, indem der Familienfonds auch neue einkommensunterstützende Maßnahmen für die Familien – neben den jetzt in Kraft tretenden steuerpolitischen Maßnahmen, die wir ja auch mitfinanzieren müssen – enthalten wird. Das muss man ja auch sagen: Die Steuerreform kostet uns ja auch Geld. Wenn die Österreicherinnen und Österreicher und wenn die Kärntnerinnen und Kärntner ab dem Jahre 2004 mehr Geld in den Taschen haben, dann ist das auch durch einen Beitrag des Landes Kärnten mitfinanziert; wenn wir (2. Präs. Ferlitsch: *Und der Gemeinden!*) aus Einnahmen aus den Bedarfszuweisungen und den Kärntner Gemeinden, wie Präsident Ferlitsch richtig anmerkt, auch mitfinanzieren.

Dr. Haider

Wir haben uns das in der Regierung angeschaut. Das sind gar nicht so kleine Summen.

Es ist daher wichtig, den Leuten zu sagen: Natürlich bedeutet das, dass auch im Jahre 2004 etwa für die Familienalleinvertiener die Absetzbeträge verbessert werden, mit der Kinderanzahl. Da habe ich halt dann einen erhöhten Alleinvertienerabsetzbetrag oder eine Frau hat einen Alleinerzieherabsetzbetrag, der sich steigert, nach Kindern. 365 Euro Alleinvertienerabsetzbetrag, für das erste Kind 130 Euro dazu, für das zweite 175 dazu und für das dritte 220 Euro dazu. Das ist ein schöner Absetzbetrag! Und wer das nicht ausschöpfen kann, der kriegt erstmals auch den vollen Absetzbetrag, den er nicht ausschöpft, ausbezahlt. Das ist eine wichtige Einkommenshilfe! Daher kostet uns das auch etwas vom Land.

Das wird 2004 schon umgesetzt. Unsere Aufgabe muss es im Land sein, mitzuhelfen mit der Arbeiterkammer als Beratungsstelle und mit dem Land Kärnten als Beratungsstelle, dass die Firmen bereit sind, a) in der zweiten Hälfte des Jahres 2004 diese Alleinvertienerabsetzbeträge auch wirklich in die Lohnberechnung einzukalkulieren und für das erste Halbjahr, wo das noch nicht möglich gewesen ist, aber wo es gelten wird, am Ende des Jahres in einer Pauschalabrechnung den Mitarbeitern dieses Geld auszahlen. Das wird unsere Aufgabe sein, weil das ist Einkommen für die Kärntner Bevölkerung und gar nicht so wenig! Denn alleine von dieser Maßnahme sind 70.000 Alleinvertiener in Kärnten betroffen. Und 20.000 alleinerziehende Mütter und Frauen sind von dieser Maßnahme betroffen. Da geht es um viel Geld! Da müssen wir auch schauen, dass von uns das richtig gemacht wird!

Letztlich aber sind die Sorgen, die hier geäußert worden sind, unbegründet. Ich denke: Das, was hier angemerkt worden ist, ist eher eine Ermunterung für uns, dass wir sagen, wir haben das Programm so zu Stande gebracht, unter Mithilfe vieler, dass es eine breite Basis hat, dass es in Wirklichkeit von niemandem hier im Landtag in Frage gestellt worden ist und wir halt über die Durchführung intensive Verhandlungen machen müssen, um auch den Zeitplan einzuhalten. Denn das ist auch wichtig, dass wir diese Zeitpläne umsetzen!

Bei der Gelegenheit sage ich auch: Wir werden

uns angewöhnen müssen, dass wir nicht – weil man in einer Landesregierung sitzt – so tun, als gehöre man nicht dazu. Wenn der Kollege Martinz heute die Dinge angemerkt hat, sozusagen als Beobachter, dann registriere ich das jetzt einmal, weil er in dieser Funktion neu ist. Ich würde ihn aber schon bitten zu akzeptieren, dass er Mitglied der Landesregierung ist und mit uns gemeinsam für Kärnten Regierungsarbeit zu machen hat und nicht irgendwelche Kommentare abzugeben hat, weil er für die Landwirtschaft zuständig ist! Sehr bewusst!

Mir hätte viel besser gefallen, als Anmerkungen zu hören, auch von dir zu hören, was du für die Landwirtschaft machst und zu sagen, (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) dass wir hier beispielsweise in diesem „Regierungsprogramm“ etwas drinnen haben, was in der Vorperiode leider ausgelaufen ist. Wir haben uns zum Beispiel dazu bekannt, auch die Sozialdemokratie, dass wir diesen Milchhygiene-Unterstützungsbeitrag wieder einführen wollen, weil wir ganz genau wissen, dass das auch eine wichtige Frage im ländlichen Raum ist. Denn wie sollen wir denn sonst vom hintersten Bauer im letzten Graben die Milch herunter führen, wenn wir das nicht mehr mitunterstützen?! Wenn wir wollen, dass das funktioniert, dann müssen wir diese Maßnahme aufrecht erhalten. Das ist Stabilisierung auch von Betrieben im ländlichen Raum. Und darüber wünsche ich mir auch von allen Regierungsmitgliedern, vor allem von denen, die dafür zuständig sind, das entsprechende Engagement: bis dorthin, dass wir unsere Bauern auch verteidigen!

Wenn wir heute wieder lesen, dass die Finanzprokuratur einem Kärntner Bauer schreibt, der gegenüber der AMA gewonnen hat, und dem man zu Unrecht seine Förderungen nicht ausbezahlt hat: „Das geht uns nichts an. Die Förderungen werden trotzdem nicht ausbezahlt, obwohl der Bauer Recht bekommen hat“, dann haben wir einen Handlungsbedarf. Dann können wir ja unsere Bauern nicht im Regen stehen lassen, sondern müssen wir auch für sie etwas tun! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Wir werden uns natürlich genauso dagegen wehren, das darf ich zum Schluss sagen, dass unsere positive und engagierte Nachbarschaftspolitik, zu der wir uns auch bekannt haben – wir haben das sogar im Titel des „Arbeitsübereinkommens“ bzw. des „Regierungsprogramms“ zum

Dr. Haider

Ausdruck gebracht: „Stark für Kärnten – offen für Europa“ -, dass wir diese bekannte und deklarierte Offenheit für das Zugehen auf unsere Nachbarn und für das Gestalten unserer Nachbarschaftspolitik nicht dadurch schlecht machen lassen, dass es da einzelne Funktionäre aus dem Rat der christlichen Slowenen gibt, die nach Slowenien hinunter pilgern und fürchterliche Dinge von dieser Landesregierung erzählen und von der Koalition und sie mit einer Diktion schlecht machen wollen, die absolut nicht mehr zeitgemäß ist, weil wir jetzt im 21. Jahrhundert leben und die totalitären Verfehlungen des 20. Jahrhunderts gut hinter uns gelassen haben. Wir wollen jetzt gemeinsam mit unseren Nachbarn zur Stärkung des Friedens arbeiten. Aber da brauchen wir keine Heißköpfe, die uns in Laibach verleumden und dort schlechte Stimmung machen! (*Abg. Mitterer: Bravo! – Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Es hat keine negative Volksgruppenpolitik, und zwar jetzt sage ich einmal nicht nur in den letzten fünf Jahren, sondern über einen sehr, sehr langen Zeitraum in diesem Land gegeben! Überlegen wir nur einmal, dass vor zwei Jahren im Burgenland eine große, begeisterte Feier stattgefunden hat, weil Burgenland – nach Jahrzehnten der Nichterfüllung des Staatsvertrages! – die erste zweisprachig kroatisch-deutsche Ortstafel aufgestellt hat! Wenn wir das getan hätten, dann möchte ich nicht wissen, was für ein Theater in Österreich gewesen wäre, wenn wir Jahrzehnte gebraucht hätten, bis wir den ersten Schritt zur Erfüllung des Staatsvertrages in diesem Bereich gesetzt hätten. Aber wir stehen ständig auf der Anklagebank, (*Abg. Lobnig: So ist es!*) obwohl in diesem Land vieles getan wird, was weit über den Staatsvertrag hinausgeht! Die Tatsache, dass wir einen Kindergartenfonds für das gemischt-sprachige Kindergartenwesen geschaffen haben, ist vorbildlich in Europa! Das gibt es nirgendwo, so wie wir das hier gemacht haben und uns dazu bekannt haben! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Die Tatsache, dass wir es akzeptieren, weil es der Wunsch der Volksgruppe ist, ihre Kinder nicht in das Kärntner Musikschulwerk zu integrieren, sondern ein eigenes Musikschulwerk haben zu wollen, und dann einen Mehrjahresvertrag mit entsprechend steigender Unterstützung abgeschlossen haben, sollte man auch einmal in der Öffentlichkeit sagen! Dass wir das Minderheitenschulwesen evaluiert und beste Noten

dafür bekommen haben, weil hier ein qualitativ guter Unterricht geleistet wird und weil uns bescheinigt worden ist, dass die Kinder hier eine optimale Zuwendung haben und wir sehr, sehr viel Geld dafür ausgeben – was wir in anderen Bereichen, in den normalen Regelschulen im übrigen Kärnten, nicht aufwenden können -, das muss man auch einmal sagen!

Aber das ist ein Bekenntnis, und das haben wir auch gemacht. Das wollen wir gar nicht in Frage stellen – aber wir hätten dann ganz gerne, dass zumindest jene Volksgruppenvertreter, die hier in Kärnten tätig sind, auch die Wahrheit über die Grenze hinaus berichten, aber nicht dieses Land verleumden, sondern mit uns über eine positive Zukunftsgestaltung fest und intensiv verhandeln. Wenn sie sich dann nicht durchsetzen, dann können sie diskutieren – aber nicht vorher uns schlecht machen! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Ich glaube nur, dass das ohnedies alles nicht mehr so gut ankommt, denn wir werden am 30. April am Dreiländereck diese gemeinsame Feier haben, wo das neue EU-Mitglied Slowenien begrüßt werden wird: durch die Anwesenheit des Staatspräsidenten Drnovšek, durch die Anwesenheit des italienischen Regierungschef Berlusconi und durch die Anwesenheit des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Schüssel. Wir werden damit auch sichtbar machen, dass wir schon andere Akzente in der Nachbarschaftspolitik setzen und zu setzen bereit sind und dass es ein entspanntes und gutes Verhältnis des Miteinanders gibt, das auch durch derartige Aktivitäten nicht gestört werden darf.

Natürlich wissen wir – und dazu hat sich auch die Landesregierung bekannt -, dass wir in diesem Prozess der Erweiterung unser Land auch vor Gefahren zu schützen haben. Wenn wir den Grenzlandfonds geschaffen haben, dann hat das den Sinn, die Wettbewerbsnachteile, die sich für grenznahe Unternehmen gegenüber Slowenien ergeben werden, das Ziel 1-Gebiet sein wird, einfach abzufedern. Das ist ja nichts Schlechtes. Das kann man ja nicht sozusagen kritisieren. Da kann man nicht sagen: Sie tun schon wieder die Grenze hochziehen oder Stacheldraht. Mitnichten! Ich kenne keinen Slowenen, der nicht der Meinung wäre, dass die Grenze Sloweniens wichtig ist, weil die haben vor etwas mehr als zehn Jahren erst ihre demokratische Selbstständigkeit bekommen. Denen ist die Grenze ihres

Dr. Haider

Landes sehr wichtig. Bei uns ist das schon so lange aus, aber es gibt da immer noch ein paar Suderanten, die unterwegs sind und ständig sagen: „Wir müssen die Grenzen abbauen. Wir müssen die Grenzen in unseren Köpfen abbauen.“ Wir haben keine Grenzen in unseren Köpfen! – Aber wir haben die staatspolitische Verpflichtung, die Grenzen dieser Republik Österreich zu wahren; auch die Kärntner Grenzen im Süden, denn dazu haben wir ein Verfassungsergebnis geleistet, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Daher kann ja Nachbarschaftspolitik nur stattfinden, wenn es Nachbarn sind, die auch durch Grenzen definiert sind. Wenn das alles nicht mehr da ist, dann gehören wir eh alle zusammen und bilden einen Einheitsstaat Europa. Dann sind wir eine Bezirkshauptmannschaft von Europa, brauchen keine Landesregierung, keinen Landtag, keine Demokratie – sondern dann werden wir das entgegen nehmen, was uns von Brüssel an Dienstanweisungen gegeben wird. Das wäre auch nicht eine so tolle Vision. Daher ist es schon so richtig, wie wir das aufgestellt haben. Deshalb haben wir das auch im gemeinsamen Regierungsprogramm so formuliert, damit jeder weiß, was quasi auch die geistigen gemeinsamen Grundlagen unseres politischen Handelns in der Zukunft sein sollen.

Ich bin sehr erfreut gewesen, dass wir heute eine konstruktive und positive Debatte gehabt haben. Wir haben klar formuliert, wo die Reise hingeht. Jetzt müssen wir alle mit großer Energie und Kraft uns bemühen, die Bürgerinnen und Bürger nicht zu enttäuschen, sondern vieles von dem, was drinnensteht, umzusetzen. Ich bin optimistisch, dass uns das gelingen wird! *(Starker Beifall der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nach der Wortmeldung des Herrn Landeshauptmannes zum „Regierungsprogramm 2004 – 2009“ liegt keine Wortmeldung mehr vor. Wir haben den Tagesordnungspunkt 1 abgeschlossen und kommen zum Tagesordnungspunkt 2:

2. Ldtgs.Zl. 81-1/29:

**Bericht und Antrag des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr zum selbstständigen Antrag des Ausschusses gem. § 17 Abs. 1 K-LTGO betreffend den Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Kärntner Landesholding-Gesetz geändert wird
./ mit Gesetzentwurf**

Berichtersteller ist der Abgeordnete Gritsch. Gemäß § 17 Abs. 2 K-LTGO lasse ich über das unmittelbare Eingehen in die zweite Lesung abstimmen. Ich darf Sie ersuchen, wenn Sie diesem Antrag zustimmen, Ihr Handzeichen zu geben! – Das ist einstimmig so beschlossen. Ich erteile dem Berichtersteller das Wort!

Berichtersteller Abgeordneter **Gritsch** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren! Dieser Gesetzesentwurf, der als ein Instrumentarium zur Wirtschaftsbelebung im Lande beiträgt, sieht vor, eine unbeschränkte Haftung des Landes Kärnten als Ausfallsbürge für Verbindlichkeiten der Hypo-Alpe-Adria-Bank im Falle der Zahlungsunfähigkeit der Aktiengesellschaft, wobei diese Haftung nicht nur alle Verbindlichkeiten vor dem Zeitpunkt der Einbringung als bankgeschäftliches Unternehmen umfasst, sondern auch alle zukünftigen Verbindlichkeiten der Aktiengesellschaft beinhaltet. Die Ausfallsbürgschaft kann einseitig vom Land Kärnten aufgekündigt werden, wobei die Hypo für die Übernahme der Ausfallsbürgschaft eine Haftungsprovision zu leisten hat.

Dem liegt ein einstimmiger Regierungsbeschluss zu Grunde, gefasst am 16. 12. 2003. Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Ich eröffne die Generaldebatte. Als erstem Redner erteile ich Herrn Klubobmann Dr. Strutz das Wort.

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Der Herr Landeshauptmann hat soeben in seinem Debattenbeitrag zur „Regierungserklärung“ deutlich darauf hingewiesen, wie wichtig und notwendig es ist, dass das Land Kärnten ein Instrumentarium besitzt, das es ermöglicht, einerseits finanzielle Spielräume zu günstigen Konditionen auch für das Land Kärnten zu besorgen und andererseits auch ein wichtiges wirtschaftspolitisches Instrumentarium zu besitzen. Im Eigentum einer Bank ist das Risiko des Landes minimiert. Wir haben mit der Hypo-Alpe-Adria-Bank nicht nur ein Instrumentarium, das im Bankwesengeschäft außerordentlich erfolgreich ist und damit dem Eigentümer auch immer wieder Dividendenausschüttungen zur Verfügung stellen kann, was unserer budgetären Situation gut tut. Wir sind mit der Hypo-Alpe-Adria-Bank aber auch im Besitz einer Bank, die gegebenenfalls bereit ist, das Risiko von Investitionen zu tragen, die in wirtschaftspolitischer Hinsicht notwendig sind.

Wenn wir jetzt Sanierungsmaßnahmen im Tourismusbereich zu tätigen haben, dann haben wir mit dieser Bank die Möglichkeit und auch die Bereitschaft – das ist, glaube ich, auch hier von Seiten des Landtages anzuerkennen –, ein Geldinstitut, das weit über die normale Risikofreudigkeit von Bankunternehmen in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation bereit ist, hier auch Risiko zu übernehmen, langfristige Finanzierungen zu sichern.

Deshalb bekennen wir Freiheitlichen – sehr zum Unterschied zur ÖVP – uns voll zu dieser landeseigenen Bank. Wir bekennen uns voll zur Hypo-Alpe-Adria-Bank und auch den dort, mit Ausnahme der ÖVP, gefassten Plänen, diese Hypo-Alpe-Adria-Bank im Süden Österreichs zu einer Drehscheibe zu machen: für weitere Kontakte und wirtschaftliche Verpflichtungen in den südlichen Regionen, zu Italien, zu Slowenien, zu Kroatien, wo wir ja schon sehr erfolgreich tätig sind.

Ich erteile deshalb hier von Seiten der Freiheitlichen den Plänen der ÖVP, nämlich diese erfolgreiche Bank zu zerschlagen und bewusst Anteile zu veräußern, eine klare Absage! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Das ist nicht nur wirtschaftspolitisch ein außerordentlicher Nonsens - da hat man offenbar über die Worte nicht nachgedacht, die

hier geäußert worden sind -, sondern sie sind auch als strategische Überlegung für Kärnten ein absoluter Schwachsinn.

Wir werden deshalb von Seiten der Freiheitlichen Partei alles unternehmen, damit diese Überlegungen der ÖVP, nämlich einen Verkauf und eine Privatisierung der Anteile des Landes an der Hypo-Alpe-Adria-Bank und damit eine Aufsplittierung, eine Zerschlagung, nicht zum Tragen kommen. So wie man es von Seiten der Österreichischen Volkspartei im Gesundheitsbereich versucht hat beim Krankenhaus Klagenfurt, so gilt der nächste Anschlag der Hypo-Alpe-Adria-Bank. Ich bin froh, dass der Wähler am 7. März ein klares und deutliches Zeichen gesetzt hat, dass nämlich derartige Pläne in der Kärntner Bevölkerung keinen Rückhalt finden und deshalb auch klar abzulehnen sind.

Wir bekennen uns zur Hypo-Alpe-Adria-Bank und sind deshalb auch bereit, die Haftung für dieses Unternehmen weiterhin von Seiten des Landes zu übernehmen. Es ist ein erfolgreiches Kreditinstitut, das vor allem in den letzten Jahren gezeigt hat, dass es im Wettbewerb auch mit den anderen österreichischen Banken außerordentlich erfolgreich ist. Es ist der Wunsch der Eigentümer, und wir sind ja in der Landesholding vertreten, weiterhin modern zu gestalten, wettbewerbsorientiert zu gestalten und auch das Risiko der grenzüberschreitenden Tätigkeiten, deren Nutznießer letztlich das Land Kärnten ist, weiterhin zu decken, indem wir die Haftung gewähren. (*Im Saal ertönt ein Handyruf.*) Wir haben damit natürlich auch unmittelbar einen finanziellen Vorteil, weil das "rating" dieser Bank – Herr Präsident, ich ersuche, das Telefonieren im Landtagssaal abzustellen! – damit höher eingestuft wird. Wir bekommen damit auch ein besseres Zinsniveau - Günter Willegger, der sich dabei besser auskennt, wird sich heute noch zu Wort melden – und haben damit natürlich auch finanzielle Mittel und einen finanziellen Spielraum wieder für das Land zur Verfügung. Das war ja auch die Überlegung der Gründung der Holding, dass wir die Anteile an dem Unternehmen (sprich an der Hypo) derart gut managen, damit wir auch einen finanziellen Gewinn haben.

Deshalb ein Ja der Freiheitlichen zur Landeshaftung, auch mit dem Bekenntnis, dass wir die strukturellen Veränderungen der Hypo-Alpe-

Dr. Strutz

Adria-Bank mittragen. Es ist geplant, und ich weiß, dass es in den Gremien schon so beschlossen worden ist, jetzt eine gesellschaftsrechtliche Umstrukturierung vorzunehmen, und zwar in der Form, dass man den österreichischen Geschäftsanteil oder die Geschäftstätigkeit, die sich ausschließlich auf Österreich reduziert, von den Tätigkeiten im Ausland abspaltet. Das macht Sinn! Wir bekennen und dazu und übernehmen selbstverständlich alle Verpflichtungen auch für die zweite Gesellschaft, die von Seiten der Hypo in Gründung ist.

Ich bin sehr froh, dass mit der heutigen Gesetzesbeschlussfassung auch eine so genannte „Patronanzerklärung des Landes Kärnten“ sowohl gegenüber der Kärntner Landesholding als auch gegenüber der Hypo-Alpe-Adria-Bank abgegeben wird und damit auch zu den rechtmäßigen Geschäftsnachfolgern, weil wir damit in dieser „Patronanzerklärung“ das Naheverhältnis (die Nahebeziehung), das das Land Kärnten zu diesem erfolgreichen Unternehmen hat, auch unterstreichen, dass wir uns zu dieser Konzernstruktur bekennen und dass die besondere Verbundenheit des Landes zu dieser Bank damit auch hervorgehoben wird und andererseits auch die Bereitschaft der Hypo-Alpe-Adria-Bank, sich noch stärker in Kärnten zu engagieren, sich noch stärker zu engagieren im Bereich der Realisierung von wirtschaftspolitischen Interessen.

Wenn der Herr Landeshauptmann davon gesprochen hat, dass wir vor allem im Tourismusbereich hier ein Institut haben, das kostengünstig finanziert, das Risiko trägt, beispielsweise beim Schloss Velden, beispielsweise auch bei der Errichtung des Veranstaltungszentrums in Klagenfurt – eine jahrelange Forderung der politischen Parteien in der Landeshauptstadt, im Land -, wo aber die Landeshauptstadt gar nicht alleine im Stande ist und die finanzielle Kraft hat, dieses Veranstaltungszentrum auch zu errichten, da ist es gut, wenn wir im Besitz dieses Geldinstitutes sind. Da ist es gut, dass wir von Seiten des Landes die Haftung unterstreichen und heute erneuern, weil ich glaube, dass die Interessen in dieser wirtschaftspolitischen Hinsicht bei den Infrastruktureinrichtungen einfach einen Partner benötigen. Das Land, die Städte und die Kommunen werden zukünftig allein nicht mehr in der Lage sein, große Infrastrukturprojekte zu finanzieren. Dazu benötigt es so genannter PBB-Modelle, das heißt öffentliche und private Ein-

richtungen werden gemeinsam finanzieren, werden gemeinsam das Risiko zu tragen haben, so wie wir es auch im Bereich des Gesundheitswesens im LKH Klagenfurt-neu machen wollen. Dazu brauchen wir die Hypo-Alpe-Adria-Bank. Deshalb ein uneingeschränktes Bekenntnis der Freiheitlichen zur Haftung, die wir heute beschließen und zu diesem Geldinstitut! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich festhalten, dass die Regelung, die wir freiwillig getroffen haben, dass passives und aktives Telefonieren hier in diesem Raume auch für die Zuschauer nicht erlaubt ist, aufrecht ist. Wenn eine Übertretung dieser Vereinbarung stattfindet, sind 10 Euro in die Sozialkasse einzubringen. Ich bitte also, wenn sich jemand, auf Hinweis des Herrn Klubobmannes, schuldig fühlt, soll er mit einem Zehner heraus kommen. *(Heiterkeit)* Das wird für einen karitativen Zweck am Jahresende vom Präsidenten verdoppelt, so dass wir immer zwischen 250 und 300 und noch mehr Euro einem Mitbürger zur Verfügung stellen können.

Als Nächster hat sich Herr Abgeordneter Seiser gemeldet. *(Einwand aus der ÖVP-Fraktion)* Entschuldigung! Abgeordneter Tauschitz, bitte, zu seiner Jungferrede! *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo wegen der vorherigen Handybenützung zum Abg. Tauschitz: 10 Euro als Erster abgeben!)*

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Kollegen! Ich freue mich, heute an diesem Tag hier meine Jungferrede zum Landesholdinggesetz abhalten zu dürfen und möchte einiges dazu sagen.

Die gestern von Seiten unseres Paradeunternehmens abgehaltene Bilanz-Pressekonferenz der Hypo-Alpe-Adria-Bank und die dort präsentierten Bilanzergebnisse sind überaus erfreulich und zeigen, dass unsere Landesbank auf einem sehr erfolgreichen Weg ist.

Ich möchte hier namens der Kärntner Volkspartei zu diesem Rekordergebnis gratulieren und

Tauschitz

auch dazu gratulieren, dass seitens der Verantwortlichen der Hypo-Bank schon frühzeitig und rechtzeitig vorausschauend die Chancen in den südosteuropäischen Märkten ergriffen wurden, erkannt und auch umgesetzt wurden, besonders dann, wenn wir – wie wir heute schon gehört haben – acht Tage vor dem EU-Beitritt Sloweniens zur Europäischen Union stehen und besonders dann, wenn wir uns als Land Kärnten durch die Holding in diesen Bereichen schon jetzt Standortvorteile gesichert haben.

Ich möchte aber auch nicht verhehlen, dass seitens der Kärntner Volkspartei uns diese Ergebnisse mit einigem Stolz erfüllen, weil gerade die Kärntner Volkspartei diesen Weg der Hypo und der Landesholding immer aktiv und tatkräftig unterstützt hat. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur erwähnen, dass es der ÖVP-Landtagsklub war, der in der letzten Gesetzgebungsperiode gleich zu Beginn die Initiativen für ein modernes Landesholdinggesetz gesetzt hat.

Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf werden die bisherigen Landeshaftungsbestimmungen entsprechend den EU-Vorschriften einerseits zeitlich eingeschränkt, andererseits aber auch mit dem Gesetzesentwurf Vorsorge getroffen, dass die Haftungsbestimmungen auch für die Gesamtrechtsnachfolger der AG Geltung erlangen. Damit ist Vorsorge getroffen, dass die Landeshaftung auch für die Gesamtrechtsnachfolger der AG Platz greifen, wenn seitens der Hypo-Alpe-Adria-AG die vorgesehenen gesellschaftlichen Umstrukturierungs- und Umgründungsmaßnahmen – und jetzt kommt es -, welche in den Gremien erst beschlossen werden müssen, die sind nämlich noch nicht beschlossen, erfolgt sind. Ich kann es nicht zulassen, dass hier eine falsche Darstellung passiert, dass von Seiten unseres Regierungsmitgliedes ein Verkauf verhindert werde oder dass wir uns gegen diese Reform stellen. Ganz im Gegenteil! Von unserer Seite gibt es heute grünes Licht! Es kann nur nicht so sein, dass die Regierung – präjudiziell sozusagen – vorgreift, bevor die Beschlüsse in den Aufsichtsratssitzungen und den zuständigen Gremien getroffen werden: weil die liegen erst vor, die kommen erst am 25. April, meines Wissens. Das steht in der Vorlage.

Es ist bekannt, dass auf der Ebene der Hypo-Alpe-Adria-Bank nur den Anforderungen eines modernen und wettbewerbsorientierten Unter-

nehmens und vor allem grenzüberschreitend tätigen Unternehmens entsprechende Überlegungen bestehen, die gesellschaftsrechtlichen Umstrukturierungen so vorzunehmen, als dass es eine Abspaltung geben soll, von der Hypo-Alpe-Adria-Bank, mit einer Hypo-International-AG sozusagen.

Seitens des Landes Kärnten soll es diesbezüglich keine politischen Vorgaben geben. Wir sind überzeugt davon, dass die Verantwortlichen in den Gremien, in den Banken und in der Holding am besten wissen, was für das Unternehmen gut ist und dass sie auch durchaus verantwortlich handeln werden, um die richtigen Schritte zu setzen.

Ich möchte aber nicht verschweigen – und das ist auch ein Punkt, der wichtig ist -, dass es im Rahmen des Begutachtungsverfahrens zu diesem Gesetz einige kritische Stellungnahmen gegeben hat (einige, das sind ziemlich viele, vom Finanzministerium über den UVS etc.), die gerade dieser vorgesehenen Ausdehnung der Landeshaftung auf die Gesamtrechtsnachfolger sehr kritisch gegenüber stehen. Ich glaube, diese Gefahr oder diese Kritik ist ernst zu nehmen, denn es gibt im Land Kärnten Bestrebungen von einigen aktiven Regierungsmitgliedern. Die haben ihre Zweitliebingsbeschäftigung, irgendwelche Gesellschaften zu gründen. Ich möchte nicht, dass auf Grund dieser Machtkonzentration seitens der beiden Regierungspartner SPÖ und FPÖ das ausgenützt wird, um weiterhin auch dort einige Gesellschaften zu gründen.

Es wird daher unsere Aufgabe sein, im Rahmen der Möglichkeiten der Landesholding natürlich, als Eigentümerin oder zumindest als kontrollierende Instanz dieser Gesamtrechtsnachfolger, darauf Einfluss zu nehmen, dass die in diesen Stellungnahmen ausgedrückten Befürchtungen – die durchaus da sind – nicht schlagend werden.

Von unserer Seite, noch einmal, gibt es auf jeden Fall grünes Licht für diese Gesetzesnovelle, wobei ich schon darauf hinweisen möchte, dass der Vertreter der Kärntner Volkspartei bereits in der Regierungssitzung vom 16. Dezember letzten Jahres (also vor vier Monaten) diesem Entwurf zugestimmt hat und dass es nicht – wie fälschlich dargestellt ist – einen einstimmigen Regierungsbeschluss vom 16. Dezember gibt. Nein! Die SPÖ war dagegen! Die SPÖ hat sich am 16. Dezember, vor vier Monaten, nicht dafür

Tauschitz

ausgesprochen und hat jetzt offensichtlich einen Sinneswandel gemacht; was mich persönlich sehr freut.

Ich glaube, dass seitens der Landespolitik für dieses Paradeunternehmen jene gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, die es diesem ermöglichen, den eingeschlagenen Erfolgskurs weiter fortzusetzen: damit die Hypo-Alpe-Adria-AG auch weiterhin erfolgreich ist.

Wenn der Herr Klubobmann Strutz vorhin erwähnt hat, dass die ÖVP an eine Zerschlagung des Unternehmens Hypo-Alpe-Adria-AG denkt, dann möchte ich dem nur entgegen halten: Das war eine Idee. Aber vor nicht allzu langer Zeit hat die FPÖ sehr ernsthaft darüber nachgedacht, die Hypo-Alpe-Adria-AG zu zerschlagen und zu privatisieren, also ganz so ist das ja nicht.

Zum Abschluss möchte ich noch etwas sagen. Der Butros Butros Ghali hat einmal gesagt: „Macht korrumpiert“. Absolute Macht korrumpiert absolut. Und in der derzeitigen Form der Landesregierung sind 80 % der Macht aufgeteilt auf die FPÖ und die SPÖ. Gehen Sie sorgsam damit um! Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion. – Abg. Mitterer: Das hat ja der Wähler so gewollt!)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Als nächster Redner hat sich Abgeordneter Willegger zu seiner ersten Rede im Hohen Haus gemeldet. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Willegger** (FPÖ):

Sehr geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! *(mit Blick auf die Galerie:)* Die letzten zwei Zuhörer möchte ich auch noch begrüßen! Am Machu Picchu darf man so lange reden, so lange man auf einem Bein steht. Es waren prominente Vorredner in diesem Saal, in diesem Hohen Haus. Für mich als Erstling oder Neuling war es wunderbar, zuzuhören. Ich bin stolz und ich gehe auch mit Demut an die Aufgabe heran. Für mich ist „Wirtschaftspolitik“ und „Politik“ nicht nur ein Wort, das man so locker ausspricht, sondern man muss dem Souverän, dem Volk, auch Rede und Antwort und vielleicht in fünf Jahren auch tatsächlich dem gegenüber stehen, was man

in den letzten fünf Jahren geleistet hat.

Wirtschaftspolitik findet nicht nur in Kärnten und in den Regionen statt, sondern findet auch – ich bin natürlich als Organisatorischer kein Neueinsteiger, von den Inhalten her nicht – in Libyen statt. Ich habe am eigenen Leib und hautnah miterlebt, wie wir gemeinsam mit 90 Experten und 90 Unternehmern in Libyen auch schon in die Auftragsbücher Aufträge hineinschreiben konnten. Ich habe das nicht nur dem Verhandlungsgeschick unseres Herrn Landeshauptmannes zugesprochen sondern auch den wertvollen Beiträgen unserer Unternehmen. Was wir in Kärnten an Arbeit und was wir an Produkten schaffen, damit konnten wir uns in Libyen wirklich sehr gut präsentieren. *(Den Vorsitz übernimmt um 12.58 Uhr 2. Präs. Ferlitsch.)*

Finanzen sind natürlich der Nerv eines Landes. Das hat schon Friedrich der Große dem Karl – nicht dem Karl von Kärnten – geschrieben, sondern 1789 dem Karl von Württemberg. Ich habe gemerkt, dass sehr viele Zitate auch herangezogen werden. Das gefällt mir sehr gut. Man lernt dann auch von der Geschichte und auch von seinen Kollegen.

Die Hypo-Bank ist wirklich ein wunderbares Instrument des Landes Kärnten. Ich habe das in der Vergangenheit – und das ist schon länger her –, der Herr Bundespräsident Klestil verwendet eben immer diese Worte „... mit großer Sorge ...“ beobachtet, nämlich wirklich mit großer Sorge, wo – ich weiß nicht, wer damals Landeshauptmann war, wenn ich nachschaue, fällt es mir sicherlich sofort ein – wir uns gedacht haben: „Eine Landeshaftung für so eine Bank mitzutragen wäre wahrscheinlich nicht möglich gewesen.“

Jetzt, wo die Hypo ihr Netz tatsächlich ausgeweitet hat, wo sie sich zu den "big playern" in der Region im Süden, im Osten und jetzt auch in den Westen hinauf gearbeitet hat, werden wir überall im Staate Österreich beneidet, so eine Landesbank zu haben. Aber: „Neid muss man sich natürlich erarbeiten – Mitleid bekommt man gratis.“ Das zeigt wirklich das Beispiel, die Bank Burgenland, die plötzlich verschwunden ist und mit ihr auch ein Landeshauptmann. Glauben Sie mir, dieser "big player", diese Landes-Hypothekenbank, gibt uns, nicht nur uns, dem Landtag und der Landesregierung und letztlich nicht allein der Kärntner Bevölkerung sondern auch

Willegger

den Sparern und den Anlegern die Sicherheit mit dieser Landeshaftung, dass das Geld auch sicher ist.

Wie Sie vielleicht wissen, nach dem Bankwesengesetz, § 97, gibt es eine so genannte „Einlagen-Sicherungsklausel“, die besagt, dass nur 20.000 Euro Einlagen gesichert sind. Dieser Vorteil der Landeshaftung, den wir dieser Bank auch bieten – und wir lukrieren auch davon ganz schön; im Vorjahr waren es 11,3 Millionen Euro, einschließlich Dividende –, macht sie, ich wiederhole mich natürlich wieder, zu dem "big player" in dem Land. Das trägt natürlich auch zur Vermögensbildung bei und hebt den Wert dieser Bank.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Das Management ist besonnen genug, mit dieser Verantwortung umzugehen. Glauben Sie mir, mit diesen Mitarbeitern und mit diesem Management habe ich und haben wir Freiheitlichen überhaupt keine Sorge, nämlich in der Zukunft noch mehr Ausschüttungen, noch mehr für die Bevölkerung heraus zu holen. Ich glaube, das Vertrauen, das wir in diese Bank setzen, ist voll gerecht. Danke schön! *(Beifall von der FPÖ- und der ÖVP-Fraktion sowie den Grünen)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor. – Ich erteile dem Berichterstatter das Schlusswort.

Berichterstatter Abgeordneter **Gritsch** (FPÖ):

Ich verzichte auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte. Gleichzeitig beantrage ich das ziffernmäßige Aufrufen und Abstimmen zu diesem Gesetzestext.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Ich lasse über das Eingehen in die Spezialdebatte abstimmen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen! – Danke, das ist einstimmig so beschlossen. Weiters lasse ich über die ziffernmäßige Verlesung abstimmen.

Ich bitte die Abgeordneten noch einmal um ein Handzeichen! – Danke, das ist ebenfalls einstimmig so beschlossen. Ich bitte, fortzufahren!

Berichterstatter Abgeordneter **Gritsch** (FPÖ):

Artikel I: Das Kärntner Landesholding-Gesetz – K-LHG, LGBl. Nr. 37/1991, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 24/2001, wird wie folgt geändert: Ziffer 1, Ziffer 2, Ziffer 3, Ziffer 4, Ziffer 5, Ziffer 6, Ziffer 7, Ziffer 8.

Artikel II: Absatz 1, Absatz 2.

Ich beantrage die Annahme.

(Art. I und II werden einstimmig angenommen. – Vorsitzender: Kopf und Eingang! – Berichterstatter:)

Gesetz vom 22. 4. 2004, mit dem das Kärntner Landesholding-Gesetz geändert wird

Der Landtag von Kärnten hat beschlossen:

Ich beantrage die Annahme.

(Kopf und Eingang werden einstimmig angenommen. – Vorsitzender: Dritte Lesung! – Berichterstatter:)

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Kärntner Landesholding-Gesetz – K-LHG, LGBl. Nr. 37/1999, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 24/2001, geändert wird, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

(Der Gesetzentwurf wird in dritter Lesung einstimmig angenommen.)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3:

3. Ldtgs.Zl. 82-1/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr zum selbstständigen Antrag des Ausschusses gem. § 17 Abs. 1 K-LTGO betref-

Ferlitsch**fend ESG Wohnungsgesellschaft mbH Villach, Ausübung des Vorkaufsrechtes**

Berichterstatter ist Abgeordneter Gritsch. Ich bitte dich um den Bericht!

Berichterstatter Abgeordneter **Gritsch** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Ganz kurz zur Vorgeschichte dieses Antrages: Der Bund hat im Dezember 2000 eine Initiative zum Abverkauf der Wohnungen der Bundeswohnbaugenossenschaften gestartet und Anfang 2002 die Vergabe der Ausarbeitung eines Verwertungskonzeptes mit dem Ziel der Veräußerung oder sonstigen Verwertung der Wohnbaugesellschaften öffentlich ausgeschrieben.

In weiterer Folge wurde der Finanzminister ermächtigt, die Geschäftsanteile des Bundes an seinen fünf Wohnbaugesellschaften bestmöglich zu veräußern oder an die Österreichische Industrieholding bzw. an die Bundesimmobiliengesellschaft zu übertragen und bestmögliche Verwertungsmaßnahmen in Form eines Verbriefungsgeschäftes durchzuführen.

Am 17. 6. 2002 wurde zwischen Finanzminister Karl-Heinz Grasser und Landeshauptmann Dr. Jörg Haider eine Vereinbarung geschlossen, mit der dem Land Kärnten ein Vorkaufsrecht für den Erwerb des Geschäftsanteiles des Bundes an der ESG Wohnungsges. mbH Villach eingeräumt wurde, wobei für den Bund die Zielsetzung der Erlösmaximierung im Vordergrund stand. Nach zahlreichen Gesprächen mit den gemeinnützigen Wohnbauträgern Kärntens, mit Experten und Landeshauptmann-Stellvertreter Pfeifenberger hat sich auch die Landesregierung in ihren Sitzungen vom 4. 11. 2003 und 8. März 2004 mit der Frage des Vorkaufsrechtes befasst und der Ausübung des Vorkaufsrechtes – unabhängig von der Höhe des Bieterpreises – zugestimmt.

Nunmehr geht es darum, dementsprechende Ermächtigungen zu erteilen, die zum einen vorsehen, ein eingeräumtes Vorkaufsrecht für den Erwerb des Geschäftsanteiles des Bundes an der ESG Villach für die Zwischenfinanzierung des Kaufpreises bzw. die Aufnahme von Barvorlagen im erforderlichen Ausmaß vorzunehmen und zum anderen das dem Land Kärnten eingeräumte

Vorkaufsrecht für den Erwerb der Geschäftsanteile des Bundes an der ESG bzw. verwertbare Forderungen aus aushaftenden Wohnbauförderungsdarlehen zu verkaufen.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Die Generaldebatte ist eröffnet. Als Erster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Herwig Seiser. Ich erteile dir das Wort!

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Die Initiative des Bundes, die bundeseigenen Wohnbaugesellschaften abzuverkaufen, entwickelt sich nach und nach zu einem veritablen Flop. Dem Herrn Finanzminister kommen die zu verkaufenden Wohnbaugesellschaften, dem Vernehmen nach und auch den Presseberichten nach, abhanden. Nachdem also das Land Kärnten jetzt sein Vorkaufsrecht ausüben wird, hat auch die Wiener Eisenbahner Genossenschaft die Wiener Eisenbahner Gesellschaft aufgekauft. Es stehen den potenziellen Investoren letztlich nur noch drei Gesellschaften – das sind also die zwei Linzer Genossenschaften und die BUWOG – zur Verfügung.

Versteckt hinter dieser „Geldbeschaffungsaktion“ war die Absicht, in erster Linie den Mietern die Möglichkeit zu geben, ihre Wohnungen günstig zu erwerben, was aber auf Grund des nicht vorhandenen Interesses nicht zu Stande gekommen ist. Somit hat sich also diese Initiative zu einer „Geldbeschaffungsaktion“ reduziert, in der auch versteckt war ein Anschlag auf die Gemeinnützigkeit und in der auch versteckt war ein Anschlag auf die Wohnbauförderung.

Wenn wir jetzt von diesen beiden Begriffen „Gemeinnützigkeit“ und „Wohnbauförderung“ sprechen, dann meinen wir mit „Wohnbauförderung“ ein System, das die Ausgaben bzw. das die Kosten der öffentlichen Hand relativ gering hält und einen sehr, sehr hohen Wirkungsgrad erzielt. Die Ausgaben für die Subventionierung des Wohnungsneubaus in Österreich betragen,

Seiser

im internationalen Vergleich gesehen, 1,3 % des Bruttoinlandsproduktes; jene der Bundesrepublik Deutschland betragen 2,6 % des Bruttoinlandsproduktes und jene in Schweden sogar 2,65 %. Als Vergleich dazu: die USA mit 1,6 %. Ich weiß, man wollte hier ein System aushungern, das also durchaus auch seine volkswirtschaftliche Berechtigung hat.

Wenn wir von der „Gemeinnützigkeit“ sprechen, dann wissen wir, dass jeder vierte Österreicher entweder in einer von einer gemeinnützigen Bauvereinigung verwalteten oder in einer von einer gemeinnützigen Bauvereinigung errichteten Wohnung lebt. Wir sprechen von 780.000 Wohnungen im Verwaltungsbestand der Gemeinnützigen Bauvereinigungen. Und dieses System wollte man zum alten Eisen legen. Dieses System wollte man aushungern.

In Österreich ist der Anteil der Fertigstellungen im Wohnungsneubau von Seiten der gemeinnützigen Bauvereinigungen bei 50 % des insgesamt Neubaubestandes, was also einer jährlichen Neubauleistung von 15.000 Wohnungen entspricht; was weiter heißt, dass hier ein Bauvolumen von 2,2 Milliarden Euro pro Jahr in Umlauf gebracht wird; was in weiterer Folge heißt, dass in der Bauwirtschaft 45.000 Arbeitsplätze gesichert sind, im Zusammenhang mit der Tätigkeit der gemeinnützigen Bauvereinigungen.

Das Land Kärnten wird jetzt durch die Ausübung dieses Vorkaufsrechtes ein ganz, ganz klares Bekenntnis zur Gemeinnützigkeit ablegen. Das Land Kärnten wird die Unsicherheit, die bei den ungefähr 40.000 Menschen in 12.500 neuen ESG-Wohnungen entstanden ist, beseitigen und damit einen weiteren Schritt dazu setzen, die Mietenstabilisierung und die soziale Ausgeglichenheit in unserem Bundesland zu sichern.

Die Finanzierung des Ankaufs der Bundesanteile der ESG bedarf einer eingehenden Diskussion. Die Finanzierung sollte sehr kreativ angegangen werden, weil die Wohnbauförderungsmittel, wie wir gehört haben, auch wieder Thema in den kommenden Finanzausgleichsverhandlungen sein werden. Der Finanzminister stellt also schon wieder die Rute der Kürzung der Wohnbauförderungsgelder ins Fenster. Daher wird es notwendig sein, hier im Hohen Haus und auch in der Regierung sehr sorgsam mit diesen Mitteln umzugehen!

Sehr geschätzte Damen und Herren! Ich hoffe, dass bei diesem Finanzierungsweg nicht der Weg des geringsten Widerstandes gegangen wird, sondern dass hier ein verantwortungsbewusster Weg gegangen wird, der mit der Sicherung der ESG-Anteile auch den Fortbestand der Wohnbauförderung bzw. der Gemeinnützigkeit in unserem Land sichert. Danke schön! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hueter. Ich darf dich ersuchen, zu sprechen!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Zuerst einmal darf ich persönlich den Eindruck wiedergeben. Bei der ersten Sitzung bzw. bei der zweiten ist, glaube ich, wirklich eine andere Liga wie in einem kleinen Gemeinderat. Trotzdem, glaube ich, ist es sehr spannend. Ich glaube, erfreuen tut mich das, dass erstens einmal sehr viel mehr Damen als bei mir im Gemeinderat daheim anwesend sind. Der Anblick alleine ist schon etwas Schönes. *(Abg. Warmuth: Danke! – Beifall von der ÖVP- und von der FPÖ-Fraktion)*

Aber zu diesem Punkt, glaube ich, sollte ich auch ein paar Dinge klarstellen, und zwar auf meinen Vorredner hin zu diesem Privatisierungsgedanken, Ankauf der ESG-Anlage. Ich bin grundsätzlich ein Bekenner zur Privatisierung, aber ich glaube, dass man hier einfach das Geld umschichtet von der linken auf die rechte Hand, also Bund zum Land. Ich glaube, das Ganze hätte man sehr rasch gemacht. Deswegen, denke ich, sollte man eher überlegen, diesen Mietern und den Städten dieses Vorkaufsrecht anzubieten, als dass wir vom Land hergehen und das dann über Umwege hingeben.

Zweitens, glaube ich, ist es für mich nicht ganz nachvollziehbar, wie hier ein Antrag da ist, und zwar ein Blankoscheck „Wir kaufen um jeden Preis.“ Und erst dann wird verhandelt. Ich würde eher den umgekehrten Weg, glaube ich, einschlagen. Natürlich müssen wir auch wissen,

Ing. Hueter

dass der Kauf aus den Wohnbaudarlehen zu erfolgen hat, das heißt auch hier wird der Spielraum kleiner. Ich glaube, dass dieser Weg nicht der ganz richtige ist.

Deswegen würden wir vorschlagen, einen „Wohnbaugipfel“ noch einmal einzufordern, um diese Thematik wirklich genauestens zu erörtern, alle offenen Fragen zu klären und dann diesen Beschluss zu machen. Danke schön! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Als Nächster ist Herr Abgeordneter Holub zu Wort gemeldet. Ich darf Ihnen das Wort erteilen!

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Geschätzter Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Die Grüne Fraktion hat Bedenken in Bezug auf die Finanzierung dieser Transaktion und beruft sich auf die Meinung des Rechnungshofes aus dem Jahr 2000, der schon einmal gesagt hat, dass das Zedieren der Forderungen aus gewährten Wohnbauförderungsdarlehen ohne öffentliche Ausschreibung, was damals an die Hypo-Bank gegangen ist, bedenklich ist und dass auch durch den Verkauf der Forderungen das Finanzierungsmodell dem Land weniger Manövriermasse im Budget ermöglicht. Deswegen werden wir diesem Antrag nicht zustimmen. (*Abg. Mitterer: Kein Applaus? – Daraufhin klatscht Abg. Mag. Lesjak.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Als Nächster ist Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo zu Wort gemeldet. Ich darf dir das Wort erteilen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Wohnen gehört zu den Grundbedürfnissen des Menschen. Es handelt sich also hier um einen Bereich des täglichen Lebens von höchster

Wichtigkeit! Das sprichwörtliche „Dach über dem Kopf“ wird ja immer zitiert. Wohnen ist auch ein sehr sensibles Thema, denn hier prallen doch einigermaßen unterschiedliche Interessen aufeinander.

Ich darf dennoch hier mit Freude feststellen: Wohnen in Kärnten ist, seit es dafür eine freierliche Verantwortung gibt, in guten und in sicheren Händen!

Ich erinnere, dass es nach der Landtagswahl 1999, also noch im vorigen Jahrhundert, zu einer massiven Mietensenkung gekommen ist, dass ein Wahlversprechen unmittelbar danach eingelöst worden ist. Ich erinnere daran, dass wir die „Bauordnung“ und die „Bauvorschriften“ liberalisiert haben, geändert haben und dem heimischen Rohstoff Holz einen wichtigen Stellenwert eingeräumt haben, beispielsweise dadurch, dass Holz nunmehr auch für den mehrgeschossigen Wohnbau herangezogen werden darf; was bis dahin nicht der Fall war.

Wir haben die landeseigenen Wohnbaugesellschaften zusammengeführt und damit wieder Einsparungspotenziale für die Mieterinnen und Mieter lukriert. Und es sind mehrere Wohnbauprogramme durchgeführt worden.

Im Bereich der Althausanierung und der Revitalisierung ist es zu enormen Ausweitungen des Fördervolumens gekommen: Es ist mehr als eine Verdoppelung eingetreten! Vorgestern ist in der Regierung – leider nur mit Mehrheit – ein sehr flexibles neues Finanzierungsmodell beschlossen worden, das immerhin zu einem Titel „Land baut mehr Wohnungen“ geführt hat.

In Summe sind es also bisher einige Punkte gewesen, die einen guten Weg markieren. Dieser gute Weg wird durch den nunmehrigen Kauf der Bundesanteile der ESG fortgesetzt werden. Ich möchte darauf verweisen – weil das noch niemand angesprochen hat –, dass genau dieser Punkt auch im „Regierungsübereinkommen“ an sehr prominenter Stelle, bereits auf Seite ... sehr weit vorne (*blättert in der Unterlage*) Platz gefunden hat. (*Abg. Lutschounig: Seite 6!*) Ich werde einmal schauen, ob du Recht hast. Wichtig! Danke, Kollege Lutschounig. (*Abg. Lutschounig: Ich helfe dir ja immer, wenn du Hilfe brauchst! – Heiterkeit im Hause.*) Das darf ich auch festhalten, gerade an die Adresse der ÖVP: dass nach der Beschlussfassung in der Regierung bereits der erste Punkt dieses „Regie-

Dipl.-Ing. Gallo

rungsabkommens“ von der Regierungskoalition umgesetzt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da komme ich ein bisschen zu dem, was meine Vorredner gesagt haben. Ich beginne aber beim Herrn Landeshauptmann. Er hat heute zur „Daseinsvorsorge“ sehr ernste Worte gesprochen. Im Randbereich gehört auch das Wohnen zu diesem Bereich. Es ist sein großes Verdienst, dass er am 17. Juni 2002 diese Vereinbarung mit dem Finanzminister geschlossen hat. Wenn ich heute gehört habe, dass jetzt in Wien dasselbe gemacht wird, dann war Kärnten wieder einmal Vorreiter für ganz Österreich und der Herr Landeshauptmann mit an der Spitze! (3. Präs. Ing. Scheuch: *Bravo! - Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Hier ist politische Verantwortung in einem hohen Ausmaß für jene übernommen worden, die das nicht können, nämlich die Mieterinnen und Mieter in den ESG-Wohneinheiten. Die Zahl differiert in allen möglichen Aussendungen. Mein Vorredner hat von „40.000“ gesprochen - es können auch mehr sein - ebenso wie viel Wohneinheiten es tatsächlich sind. Das sei aber für die Statistiker eine Sache, die sie sich ausmachen sollen.

Wichtig ist, und das will ich hervorheben, weil das auch im Ausschuss diskutiert worden ist: Es geht um den Erwerb von Geschäftsanteilen und nicht um besondere Objekte, wo beispielsweise auch bestimmte Einweisungsrechte da sind.

Ich möchte mich noch in zwei Sätzen auch der ÖVP widmen. Kollege Hueter hat von einem „Blankoscheck“ gesprochen und den Vorgang umdrehen wollen. Das geht deshalb nicht, weil bestimmte Formalismen einzuhalten sind. Der Finanzreferent oder Wirtschaftsreferent braucht die Ermächtigung. Es wird aber – auch das hat er im Ausschuss gesagt – danach, wenn es zur endgültigen Beschlussfassung kommt, das Ergebnis vorgelegt werden. Da ist Zeit genug, „ja“ oder „nein“ zu sagen.

Der Vorschlag mit dem „Wohnbaugipfel“ erinnert mich an die vergangene Periode. Wir haben in den, glaube ich, letzten beiden Sitzungen des Rechts- und Verfassungsausschusses über dieses Thema gesprochen. Einmal war Kollege Lutschounig dabei. Der Herr Präsident Freunschlag hat damals die Entscheidungen eingemahnt und auch davon gesprochen, dass der

Landtag eine Verantwortung hat und sich nicht davon verabschieden soll, denn es bestehe die Gefahr, dass sich der Landtag selbst wegrationalisiere. Die größten Bremser damals kamen von der ÖVP! Es ist Kollege Sablatnig gewesen, der sich selbst wegrationalisiert hat. (Abg. Lutschounig: *Was ich mich erinnern kann, Kollege, war auch die SPÖ dagegen, aber die kannst du jetzt nicht angreifen, weil ihr auf Kuschelkurs seid! – Lärm im Hause. - 3. Präs. Ing. Scheuch zum Abg. Lutschounig: Der größte Bremser warst wohl du!*) Ich bin dir sehr dankbar! Ich rede von den Bremsern von damals und von heute. Ihr seid die Bremser und die Kassandra geblieben – die SPÖ hat sich gewandelt. Ich stelle das fest. Das ist so! (Abg. Lutschounig: *Okay!*) Gut! (*Heiterkeit im Hause*)

Was wir sollten, glaube ich, das ist, jetzt nicht auf Kosten der Bürger da eine Bestemmpolitik machen, um Vergangenes fortzusetzen, sondern wir sollten uns vielmehr überlegen: Warum gibt es im Wohnbereich ein Stadt-Land-Gefälle? Warum ist die Nachfrage in den Städten so groß, und am Land gibt es Überkapazitäten? Warum sind vorgemerkte Wohnungs... (Abg. Lutschounig: *Das hat mit dem nichts zu tun!*) Natürlich hat das mit dem etwas zu tun! Das ist Wohnbaupolitik, Kollege. Ich bin ja wenigstens beim Thema geblieben. Heute haben ja so viele Leute geredet, die irgendetwas daher erzählt haben und sich danach beklagt haben, dass im „Regierungsprogramm“ nichts drinsteht. Aber es hat ja der Herr Landeshauptmann schon sehr deutlich gesagt, worum es dabei geht.

Was ich sagen will, das ist, dass wir aufgefordert sind, uns auch zu überlegen, warum es bestimmte Erscheinungen gibt. Wenn wir die Wohnungsuchenden analysieren, dann stellen wir zwei große Gruppen fest: einmal dadurch, dass es sehr viele Scheidungen gibt und der weichende Partner eine neue Behausung bracht. Das Zweite: Die jungen Menschen „gehen“ viel früher, verlassen den Familienverband, gehen weg und brauchen eine Wohnung, die sie letztlich dann auch schwer bezahlen können. Das sollten wir uns überlegen - von der wirtschaftlichen Seite abgesehen.

Ich möchte zum Schluss kommend meiner Freude Ausdruck verleihen, denn heute ist ein Freudentag für den Wohnbau in Kärnten: Bestehendes wird, ohne Belastung für die Menschen,

Dipl.-Ing. Gallo

abgesichert und Neues ermöglicht! Den Herrn Finanzreferenten begleiten für die Verhandlungen unsere besten Wünsche! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Bürgermeister Gerhard Mock. Ich darf dir das Wort erteilen! *(Abg. Mock an der Höhenverstellung des Rednerpultes hantierend: Das lernt man.)*

Abgeordneter **Mock** (SPÖ):

Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Für uns ist es eine Jungferrede, obwohl wir oft in den Gemeinden auch solche Rednerpulte haben und auch wissen, wie wir reden sollen. Wenn man zu diesem Thema die Wortmeldungen sich angehört hat und wenn man mitverfolgt, mit welcher Begeisterung man an sich heute hier zu diesem Thema diskutiert, meine Damen und Herren, dann glaube ich: Spät, aber doch. Ich kann mich noch so gut erinnern, im Jahr 2001 haben wir, ich als Bürgermeister von St. Veit, und auch der Bürgermeister von Villach, versucht, meine Damen und Herren, mit dem Finanzminister zu verhandeln, dass wir unsere Wohnungen in St. Veit, weil wir sehr viele ESG-Wohnungen haben, und auch er in Villach, die Wohnungen zu kaufen.

Meine Damen und Herren! Das war für mich fast peinlich, wie lange der Finanzminister benötigt hat, uns eine Antwort schriftlich mitzuteilen. Wir haben diese Antwort dann bekommen und, siehe da, sie war genau so kaltschnäuzig, wie man über diese Gemeinnützigkeit der ESG schlussendlich diskutiert hat. Meine Damen und Herren! Es hat wenige Wortmeldungen in Kärnten gegeben, es hat wenige Wortmeldungen in der Steiermark gegeben und es hat natürlich noch weniger Wortmeldungen in Tirol gegeben; weil es dort auch ESG-Wohnungen gibt. Man hat dieses Thema totgeschwiegen. Man hat damals – und jetzt verzeihen Sie mir, wenn man doch ein bisschen politisch das Ganze auch sieht – schon gespürt, dass diese ESG an sich eine eher rote Gesellschaft gewesen ist.

Meine Damen und Herren! Ich habe viele, viele Diskussionen zu diesem Thema geführt, aber mir ist es nicht darum gegangen, ob rote, schwarze oder blaue Mieter in diesen Häusern wohnen, sondern mir ist es darum gegangen: Was bedeutet eigentlich „Gemeinnützigkeit“? Meine Damen und Herren, dieses Wort „Gemeinnützigkeit“, das hat schon eine Aussagekraft, mit der sich jeder Politiker an sich auseinandersetzen sollte – nicht einfach zu sagen: „Drei Jahre melden wir uns überhaupt nicht zu Wort, weil diese Gemeinnützigkeit uns nicht berührt.“ „Gemeinnützigkeit“ ist ein sozial ausgewogener Wohnbau!

Meine Damen und Herren! „Gemeinnützigkeit“ heißt auch ordnungsgemäßes Handling mit öffentlichen Mitteln. Ordnungsgemäß! Nicht so gewinnbringend, dass man das wiederum vielleicht dem Mieter anrechnen kann. Abrechnung der Bauprojekte nach Kostenwahrheit, meine Damen und Herren, das heißt auch „Gemeinnützigkeit“.

Wohl der wichtigste Punkt der „Gemeinnützigkeit“, meine Damen und Herren, ist die Kalkulation der Mieten nach dem Prinzip der sozialen Kostenwahrheit. Das ist, was mir persönlich als Bürgermeister und jetzt als Abgeordneter natürlich sehr gut gefällt, dass der Kärntner Landtag diesen heutigen Beschluss fassen wird. Meine Damen und Herren, hoffentlich schnell! Denn wenn wir noch ein paar Tage warten, ist es zu spät!

Meine Damen und Herren! Die einzige Frage, die mich persönlich noch fasziniert und interessiert – es ist leider Gottes zu spät, Herr Abgeordneter, wenn man jetzt sagen würde, einen Wohnbauausschuss oder ein Gremium einzurichten, das jetzt beurteilen sollte, wie man kaufen soll oder wie man schlussendlich dieses abhandelt. Das ist zu spät, wir würden also die Frist versäumen. Jetzt könnte man nur noch sagen: Wunsch und Bitte an die ÖVP und natürlich auch an die FPÖ, dass man bei ihren Ministern in Wien jetzt interveniert, dass man die Zahlungsformalitäten so abwickelt, dass das Land Kärnten eine lange Zeit hat, diese Mittel dann zurückzuzahlen.

Meine Damen und Herren! Damit würde man in Kärnten allein über 10.000 Wohnungen wiederum in den Besitz bekommen. Ich gebe den Abgeordneten schon Recht, die meinen – ich glau-

Mock

be, (in Richtung ÖVP-Fraktion:) du hast das gesagt? Er hat es gesagt? -, man sollte den Gemeinden ein Vorkaufsrecht anbieten. Wir haben dieses Angebot dem Herrn Finanzminister vor zweieinhalb Jahren gemacht, aber bis heute nichts Gescheites von ihm bekommen. Danke! (Beifall von der SPÖ-Fraktion und Teilen der FPÖ-Fraktion)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort!

(Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte.)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Ich lasse über das Eingehen in die Spezialdebatte abstimmen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen! – Danke! Das ist mit den Stimmen der Freiheitlichen Fraktion und der SPÖ-Fraktion, gegen die Stimmen der Grünen und der ÖVP-Fraktion, so beschlossen! Ich bitte, fortzufahren!

Berichterstatter Abgeordneter **Gritsch** (FPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

- a) Die Kärntner Landesregierung wird gemäß Artikel 62 Abs. 2 K-LVG ermächtigt, in Ausübung des dem Land Kärnten eingeräumten Vorkaufsrechtes für den Erwerb des Geschäftsanteiles des Bundes an der ESG Wohnungsgesellschaft mbH Villach für die Zwischenfinanzierung des Kaufpreises bzw. die teilweise Ausfinanzierung des Kaufpreises – sofern der Erlös aus der Verwertung von Forderungen aus aushaftenden Wohnbauförderungsdarlehen nicht ausreichen sollte – die Aufnahme von Barvorlagen bzw. langfristigen Darlehen oder die Begebung von Anleihen samt Anhang im erforderlichen Ausmaß vorzunehmen.
- b) Die Kärntner Landesregierung wird gemäß Artikel 64 Abs. 1 K-LVG ermächtigt, in Ausübung des dem Land Kärnten einge-

räumten Vorkaufsrechtes für den Erwerb des Geschäftsanteiles des Bundes an der ESG Wohnungsgesellschaft mbH Villach zum Zwecke der Finanzierung des Kaufpreises verwertbare Forderungen aus aushaftenden Wohnbauförderungsdarlehen nach den Wohnbauförderungsgesetzen 1968, 1984 und 1991 im Wege eines auf Basis einer Ausschreibung vorzunehmenden „Barwertverkaufs vornehmlich an heimische Kreditinstitute“ im erforderlichen Ausmaß unter Übernahme einer Landeshaftung in Form einer Bürge- und Zahlerhaftung gemäß § 1357 ABGB zu verkaufen.

- c) Die Kärntner Landesregierung wird gemäß Artikel 64. Abs. 2 K-LVG ermächtigt, im Zusammenhang mit dem derzeit gemäß Artikel 60 Abs. 3 für das laufende Finanzjahr in Wirksamkeit befindlichen Budgetprovisorium in Ausübung des dem Land Kärnten eingeräumten Vorkaufsrechtes für den Erwerb des Geschäftsanteiles des Bundes an der ESG Wohnungsgesellschaft mbH Villach die Hypo-Alpe-Adria-Bank AG zu beauftragen, im Wege einer Anweisung zur Zahlung (§ 1400 ABGB) auf Rechnung des Landes Kärnten den Kaufpreis für den Erwerb der ESG-Villach-Anteile des Bundes an die Republik Österreich gegen entsprechendes Entgelt und Ersatz der getätigten Aufwendungen zu leisten.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist wiederum mit den Stimmen der Freiheitlichen Fraktion und der SPÖ-Fraktion, gegen die Stimmen der ÖVP-Fraktion und der Grünen, so beschlossen!

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 4:

4. Ldtgs.Zl. 13-2/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa zur Regierungsvorlage

Ferlitsch**betreffend den Entwurf einer Verordnung, mit der die Referate auf die Mitglieder der Landesregierung aufgeteilt werden (Referatseinteilung)**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Mag. Ragger. Ich erteile dir das Wort!

Berichterstatter Abgeordneter **Mag. Ragger** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hauses! Es liegt ein Bericht vom Ausschuss für Verfassungsfragen zu einer Verordnung der Landesregierung vom 31. März 2004 vor, mit dem die Referate neu aufgeteilt wurden. Die Verordnung ist bereits erlassen worden; herausgegeben am 7. April 2004 im Kärntner Landesgesetzblatt und auch kundgemacht. Damit wird die Verordnung aus dem Jahr 2002 außer Kraft gesetzt.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Die Generaldebatte ist eröffnet. Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich schließe die Generaldebatte und erteile dem Berichterstatter das Schlusswort.

(Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte.)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Die Spezialdebatte wurde beantragt. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen. Ich bitte, fortzufahren!

Berichterstatter Abgeordneter **Mag. Ragger** (FPÖ):

Die Verordnung der Landesregierung vom 31. März 2004, Zahl 1-LAD-ALLG-29/1-2004, mit der die Referatseinteilung der Landesregierung

erlassen wird, wird zur Kenntnis genommen.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist wiederum die einstimmige Annahme! Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 5:

5. Ldtgs.Zl. 83-2/29:**Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa zur Regierungsvorlage betreffend Grundversorgungsvereinbarung gemäß Art. 15a B-VG**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo. Ich erteile dir das Wort!

Berichterstatter Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Bei dem nun zur Beschlussfassung vorliegenden Tagesordnungspunkt handelt es sich um eine Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a Bundesverfassungsgesetz über gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde, Asylwerber sowie für Vertriebene und andere aus rechtlichen oder faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen in Österreich.

Diese Vereinbarung gliedert sich in 16 Artikel, beginnt mit Artikel 1, der „Zielsetzung“, die lautet: „Ziel der Vereinbarung ist die bundesweite Vereinheitlichung der Gewährleistung der vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde, die im Bundesgebiet sind, im Rahmen der bestehenden verfassungsrechtlichen Kompetenzbereiche. Die Grundversorgung soll bundesweit einheitlich sein, partnerschaftlich durchgeführt werden, eine regionale Überbelastung vermeiden und Rechtssicherheit für die betroffenen Fremden schaffen.“

Dipl.-Ing. Gallo

Artikel 2 nennt die „Zielgruppe“. Ich darf auch diese zur Kenntnis bringen: „Zielgruppe dieser Vereinbarung sind ... hilfs- und schutzbedürftige Fremde, die unterstützungswürdig sind.“

Es geht dann weiter mit den „Aufgaben des Bundes“, den „Aufgaben der Länder“, mit dem „Bund-Länder-Koordinationsrat“, der „Grundversorgung“, mit den „Kostenhöchstsätzen“. Zu den „Kosten“ wird im Artikel 10 ausgesagt: „Die Gesamtkosten, die in Durchführung der Maßnahmen dieser Vereinbarung entstehen, werden zwischen Bund und Ländern im Verhältnis sechs zu vier aufgeteilt.“ Ausgenommen dabei sind die Kosten für die Grundversorgung Fremder gemäß der Absätze 1 bis 3, deren Asylverfahren bis zur rechtskräftigen materiellen Entscheidung länger als den obgenannten Zeitraum dauern, denn diese Kosten trägt der Bund alleine.

Die Vereinbarung trägt bereits die Unterschriften aller neun Landeshauptleute oder Landeshauptfrauen von Österreichs Bundesländern, einschließlich des Bürgermeisters der Landeshauptstadt Wien. In einem Nachhang, benannt „Vorblatt“, ist auch eine Angabe über die Kosten enthalten. Auf der Basis von täglich durchschnittlich 16.000 zu betreuenden Fremden, werden – bezogen auf ein Jahr – Gesamtkosten von 130,140.737,09 Euro festgelegt. Auf Kärnten umgerechnet: also 40 % davon und für die in den Medien kolportierten 1.000 Fremden, die zu versorgen sein werden, macht das – wenn ich richtig gerechnet habe – 3,25 Millionen Euro je Jahr aus; in alten Schilling ungefähr 45 Millionen. Dazu trägt der Bund noch weitere Kosten.

Ich schließe mit dem letzten Satz dieser Kostenermittlung: „Die weiteren Kosten der Länder

sind ho. nicht bekannt.“

Ich bitte um die Durchführung der Generaldebatte.

(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte. Es liegt keine Wortmeldung vor. – Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort. – Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. – Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. – Berichterstatter:)

Der Landtag wolle beschließen:

Der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde (Asylwerber, Asylberechtigte, Vertriebene und aus rechtlichen oder faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen) in Österreich (Grundversorgungsvereinbarung – Art. 15a B-VG), wird gemäß Art. 66 Abs. 1 K-LVG die Zustimmung erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen. Danke sehr! Damit sind wir am Ende der Tagesordnung. – Ich darf Herrn Schriftführer und Landtagsdirektor bitten, uns den Einlauf bekannt zu geben!

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

Der heutige Einlauf umfasst fünf Anträge.

Anträge von Abgeordneten:

1. Ldtgs.Zl. 84-1/29:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend taggleiche Wertstellung von Ein- und Auszahlungen mit

folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung sicherzustellen, dass eine gesetzliche Regelung in das Bankwesengesetz aufgenommen wird, wonach im Zahlungsverkehr mit Verbrauchern generell taggleich wertgestellt wird.

Zuweisung: **Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und**

Mag. Weiß

Verkehr

2. Ldtgs.Zl. 15-1/29:

Antrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Änderung der Kärntner Landesverfassung mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dem Kärntner Landtag einen Entwurf über eine Änderung der Kärntner Landesverfassung dahingehend vorzulegen, dass für die Wahl des Landeshauptmannes in der Zukunft neben den derzeit geltenden Bestimmungen über das Präsenzquorum der Landeshauptmann mit Stimmenmehrheit der Mitglieder des Landtages gewählt werden muss. Gleichzeitig sollten die Bestimmungen über die Abwahl des Landeshauptmannes an die Bestimmungen über die Wahl des Landeshauptmannes angepasst werden.

Zuweisung: **Ausschuss für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa**

3. Ldtgs.Zl. 85-1/29:

Antrag von Abgeordneten des Freiheitlichen Landtagsklubs betreffend Schutz der einheimischen Fische mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Da der einheimische Fischbestand, insbesondere die Äsche, durch das vermehrte Auftreten des an sich in Kärnten nicht heimischen Kormorans und dessen Fressverhalten in allerhöchstem Maße gefährdet ist, wird die Kärntner Landesregierung aufgefordert, die sofortige und drastische Dezimierung dieses Vogels zu ermöglichen.

Zuweisung: **Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Raumplanung**

4. Ldtgs.Zl. 86-1/29:

Antrag von Abgeordneten des Frei-

heitlichen Landtagsklubs betreffend Finanzierung des Jungfeuerwehrwesens mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit dem Landesfeuerwehrverband für eine Finanzierung zum Aufbau des Jungfeuerwehrwesens zu sorgen.

Zuweisung: **Ausschuss für Budget und Landeshaushalt, Tourismus und Bauwesen**

5. Ldtgs.Zl. 17-1/29:

Antrag von Abgeordneten der Grünen im Kärntner Landtag betreffend Gesetz, mit dem die Geschäftsordnung des Kärntner Landtages geändert wird mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Dem Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Geschäftsordnung des Kärntner Landtages – K-LTGO, LGBl. Nr. 87/1996, in der Fassung des Landesverfassungsgesetzes LGBl. Nr. 57/2002 und der Gesetze LGBl. Nr. 48/2003 und 12/2004, geändert wird, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Zuweisung: **Ausschuss für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa**

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Danke für die Verlesung des Einlaufes! Ich glaube, wir können heute am Ende der 2. Landtagssitzung feststellen, dass es hervorragende Debattenbeiträge gegeben hat, sowohl der Damen und Herren Abgeordneten, auch der Erstredner (Jungferneredner), aber auch der Regierungsmitglieder. Es war eigentlich eine Wonne, zuzuhören. Man kann feststellen: Wenn die Zukunft ebenfalls von dieser Einhelligkeit und von diesen Debattenbeiträgen geprägt sein wird, so ist das sicherlich ein schönes Arbeiten und trägt zur gegenseitigen Aufgabenstellung für unsere Kärntnerinnen und Kärntner bei.

Ferlitsch

Ich darf mich auch für den ordnungsgemäßen Sitzungsverlauf herzlich bedanken! Es hat keine wesentlichen Zwischenrufe gegeben, sodass wir

nicht einschreiten mussten. Ich schließe damit die 2. Landtagssitzung! (*Beifall im Hause*)

Ende der Sitzung: 13.43 Uhr